



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

10 | 2012

STATISTISCHE MONATSFESTE




Statistik nutzen

Aus dem Inhalt:

Erwerbstätigkeit 2011

Ausbildung im Gesundheitswesen 2011/12

Abwasserentsorgung 2010



Fotonachweis

Titelfoto: © pressmaster - Fotolia.com

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus waren im Jahr 2011 rund 1,95 Millionen Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler erwerbstätig; die Erwerbstätigenquote erreichte mit 48,6 Prozent einen neuen Höchststand. Dies ist unter anderem auf die zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen zurückzuführen.

Autorenfotos: Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau

Beilage: Faltblatt „Mikrozensus“

10 | 2012

STATISTISCHE MONATSFESTE

65. Jahrgang

kurz + aktuell **877**

Industrie ■ Bauhauptgewerbe ■ Bruttoinlandsprodukt ■ Handwerk
Gründungen ■ Insolvenzen ■ Tourismus ■ Weinbau ■ Bevölkerung
Migration ■ Armutsquote ■ Gesundheit ■ Umweltschutz ■ Verkehr

Verbraucherpreise **892**

Rheinland-Pfalz in Karten: Beschäftigte in den
Hochtechnologiebranchen am 30. Juni 2011 **893**

Ausbildung an den Schulen des Gesundheitswesens
und in den Bildungsgängen der Altenpflege 2011/12 **894**

Erwerbstätigkeit 2011 **903**

Abwasserentsorgung 2010 **913**

Daten zur Konjunktur **921**

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz **953**

Neuerscheinungen **969**

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2012

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Industrie im Juli mit Auftragsplus

Im Vergleich zum Vormonat stieg der Auftragseingang der Industrie im Juli 2012 preis-, kalender- und saisonbereinigt um ein Prozent. Während sich die Inlandsnachfrage um 3,6 Prozent verbesserte, verringerte sich die Auslandsnachfrage um 0,7 Prozent. Insbesondere die Vorleistungsgüterproduzenten profitierten von der gestiegenen Nachfrage (+5 Prozent). Dagegen verzeichneten die Investitionsgüterproduzenten einen Rückgang (-3,4 Prozent). Die Konsumgüterproduzenten blieben unverändert. Von den drei großen Branchen der rheinland-pfälzischen Industrie verbuchten die chemische Industrie (+5,3 Prozent) und der Maschinenbau (+4,8 Prozent) ein Auftragsplus. Im Fahrzeugbau ging die Nachfrage um zehn Prozent zurück.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Auftragslage in der rheinland-pfälzischen Industrie im Juli 2012 preis-, kalender- und saisonbereinigt um 2,4 Prozent verschlechtert. Die Inlandsnachfrage fiel um 3,5 Prozent niedriger aus als im Juli 2011. Ein Auftragsminus von 1,6 Prozent wurde im Auslandgeschäft verbucht. Bei den Vorleistungsgüterproduzenten verbesserte sich die Nachfrage (+3,4 Prozent). Sowohl die Investitionsgüterproduzenten (-8,3 Prozent) als auch die Konsumgüterproduzenten (-4,8 Prozent) verbuchten weniger Aufträge als im Vorjahr. Von den drei großen Branchen des Landes registrierte nur die chemische Industrie einen leichten (+1,9 Prozent) Zuwachs

Gütergruppe / Branche	Konjunktur in Rheinland-Pfalz			
	Juli 2012		Januar bis Juli 2012	
	Veränderung des Indexwertes ¹ zu			
	Juni 2012	Juli 2011	Januar bis Juli 2011	
	in %			
Industrie	1,0 % ↗	-2,4 % ↓	-3,4 % ↓	
Inland	3,6 % ↑	-3,5 % ↓	-5,3 % ↓	
Ausland	-0,7 % ↘	-1,6 % ↘	-1,9 % ↘	
Vorleistungsgüterproduzenten ²	5,0 % ↑	3,4 % ↑	-1,5 % ↘	
Investitionsgüterproduzenten	-3,4 % ↓	-8,3 % ↓	-6,1 % ↓	
Konsumgüterproduzenten	0 % →	-4,8 % ↓	-1,0 % ↘	
Chemie	5,3 % ↑	1,9 % ↗	-1,4 % ↘	
Fahrzeugbau	-10,4 % ↓	-12,3 % ↓	-8,0 % ↓	
Maschinenbau	4,8 % ↑	-1,8 % ↘	-6,3 % ↓	

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – 2 Einschließlich Energie.

der Nachfrage. Im Maschinenbau gingen 1,8 Prozent und im Fahrzeugbau sogar zwölf Prozent weniger Aufträge ein als noch im Vorjahr.

Industrieproduktion im Juli niedriger als im Vormonat

Die rheinland-pfälzische Industrie hat im Juli weniger produziert als im Monat zuvor, die Produktion gegenüber Juli 2011 aber erhöht. Die Produktion sank gegenüber Juni 2012 preis-, kalender- und saisonbereinigt um 1,3 Prozent. Sowohl die Konsumgüterproduzenten (-3,3 Prozent) als auch die Investitionsgüterproduzenten (-1,7 Prozent) und die Vorleistungsgüterproduzenten (-0,4 Pro-

zent) verringerten ihre Produktion. In allen drei großen Branchen der rheinland-pfälzischen Industrie wurde ein Produktionsrückgang verzeichnet. Die Verschlechterung fiel im Fahrzeugbau mit drei Prozent am höchsten aus, gefolgt von der chemischen Industrie (-2,2 Prozent) und dem Maschinenbau (-1,4 Prozent).

Gegenüber dem Vorjahr stieg der Güterausstoß um 2,3 Prozent. Sowohl bei den Konsumgüterproduzenten (+6,9 Prozent) als auch bei den Investitionsgüterproduzenten (+4,1 Prozent) erhöhte sich die Produktion. Lediglich die Vorleistungsgüterproduzenten produzierten weniger (-1 Prozent) als im Vorjahr. Von den drei

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.



großen Branchen des Landes registrierte nur der Fahrzeugbau einen Produktionszuwachs (+4,5 Prozent). Der Maschinenbau (-4,9 Prozent) und die chemische Industrie (-1,3 Prozent) meldeten eine geringere Produktion als noch im Vorjahr.

Umsätze der Industriebetriebe legen erneut zu, Zahl der Beschäftigten steigt weiter

Die rheinland-pfälzische Industrie erzielte von Januar bis Juli 2012 Umsätze in Höhe von 50 Milliarden Euro. Das waren 3,9 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum (Deutschland: +2,6 Prozent). Die Auslandserlöse stiegen kräftig um 6,6 Prozent (Deutschland: +3,6 Prozent), die Inlandsumsätze um 0,8 Prozent (Deutschland: +1,8 Prozent). Der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz (Exportquote) belief sich auf 54,3 Prozent (Deutschland: 46,8 Prozent).

Die Zahl der Beschäftigten lag im Juli bei 250 100, das waren gut 4 800 bzw. zwei Prozent mehr als im Vorjahresmonat (Deutschland: +2,4 Prozent). Damit erreichten die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe erstmals wieder das Niveau des Vorkrisenjahres 2008. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden lag um 2,4 Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraums (Deutschland: ebenfalls +2,4 Prozent).

Von den umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Industriebranchen konnten vor allem die Hersteller von

Umsätze von Januar bis Juli 2012 und Beschäftigte im Juli 2012 in der Industrie nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



pharmazeutischen Produkten und die chemische Industrie ihre Erlöse kräftig steigern (+9,6 bzw. 8,2 Prozent). Der Maschinenbau konnte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ebenfalls deutliche Erlöszuwächse verbuchen (+5,4 Prozent).

Deutliche Beschäftigungszuwächse gegenüber dem Vorjahresmonat von 4,4 bzw. 4 Prozent verzeichneten der Maschinenbau und die Pharmaindustrie. Die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln erhöhten ihren Beschäftigtenstand um 3,2 Prozent, die chemische Industrie um drei Prozent. Die Wirtschaftszweige „Metallerzeugung und -bearbeitung“

und „Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren“ bauten Stellen ab (-2,2 bzw. -1,3 Prozent).

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe gegenüber dem Vorjahr im Plus

Die Auftragseingänge im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe sind im Juli 2012 im Vorjahresvergleich um fünf Prozent gestiegen. Damit kam es im Juli 2012 – nach dem leichten Anstieg im Juni (+0,3 Prozent) – zu einer deutlicheren Verbesserung der Auftragslage. Während sich die Nachfrage im Hochbau kräftig erhöhte

(+26 Prozent), verbuchte der Tiefbau einen Rückgang gegenüber dem Vorjahresergebnis (-9,6 Prozent).

Im Vormonatsvergleich sank die Nachfrage nach Bauleistung im Juli 2012 um 5,9 Prozent. Im Hochbau war ein Anstieg der Auftragseingänge um 13,4 Prozent zu verzeichnen. Dagegen verschlechterte sich im Tiefbau das Ergebnis gegenüber Mai um 19,2 Prozent.

Im Vergleich zum Juli 2011 stieg der baugewerbliche Umsatz um 6,3 Prozent auf rund 260 Millionen Euro. Während sich im Hochbau die Umsätze um 6,4 Prozent auf knapp 121 Millionen Euro erhöhten, verzeichnete der Tiefbau ein Umsatzplus von 6,2 Prozent auf fast 139 Millionen Euro.

Gegenüber dem Vormonat kam es im Juli 2012 zu einem Anstieg des baugewerblichen Umsatzes um 0,7 Prozent. Im Vergleich zum Mai gab es im Hochbau ein Minus von 5,6 Prozent; im Tiefbau wurde eine Verbesserung um 6,9 Prozent registriert.

Bruttoinlandsprodukt stieg im ersten Halbjahr um 1,4 Prozent

Das Bruttoinlandsprodukt ist in Rheinland-Pfalz im ersten Halbjahr 2012 weiter gestiegen, allerdings nicht mehr so stark wie im vergangenen Jahr. Nach einem Zuwachs von 3,3 Prozent im Jahr 2011 nahm es im ersten Halbjahr 2012 gegenüber den ersten sechs Monaten 2011 preisbereinigt um 1,4 Prozent zu. Damit lag das Wachstum über dem Bundes-

Konjunktur im Bauhauptgewerbe

Indikator	Monatswerte		Veränderung Juli 2012	
	Juli 2012 2005=100		zum Vorjahresmonat	zum Vormonat
Auftragseingang	137,9		5,0% ↑	-5,9% ↓
Hochbau insgesamt	141,5		26,0% ↑	13,4% ↑
Wohnungsbau	165,3		47,6% ↑	12,6% ↑
gewerblicher Hochbau	148,5		56,2% ↑	15,9% ↑
öffentlicher Hochbau	108,5		-22,5% ↓	9,5% ↑
Tiefbau insgesamt	134,5		-9,6% ↓	-19,2% ↓
gewerblicher Tiefbau	147,9		-25,9% ↓	-23,5% ↓
öffentlicher Tiefbau	118,9		22,6% ↑	13,7% ↑
Straßenbau	139,8		-14,9% ↓	-28,3% ↓
Baugewerblicher Umsatz	137,4		6,3% ↑	0,7% ↗
Hochbau insgesamt	129,4		6,4% ↑	-5,6% ↓
Wohnungsbau	181,5		29,2% ↑	11,7% ↑
gewerblicher Hochbau	120,7		-0,9% ↓	-14,2% ↓
öffentlicher Hochbau	95,9		-8,2% ↓	-12,3% ↓
Tiefbau insgesamt	145,3		6,2% ↑	6,9% ↑
gewerblicher Tiefbau	171,5		4,7% ↑	2,3% ↑
öffentlicher Tiefbau	121,5		15,6% ↑	10,6% ↑
Straßenbau	151,5		2,5% ↑	7,0% ↑

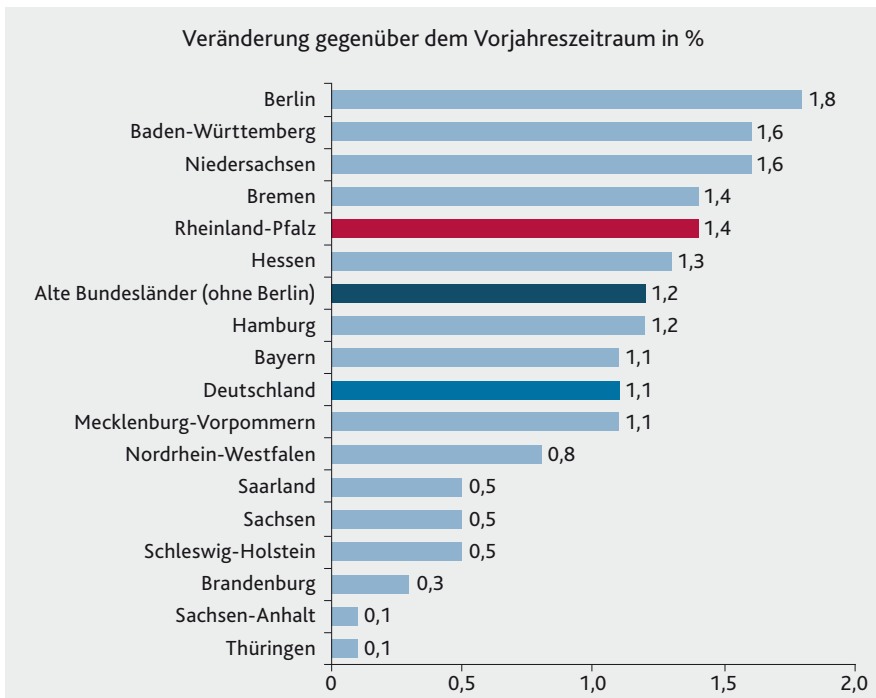
durchschnitt. In Deutschland wuchs die Summe der erbrachten wirtschaftlichen Leistung preisbereinigt um 1,1 Prozent, in den alten Ländern ohne Berlin um 1,2 Prozent. In jeweiligen Preisen lag die Zuwachsrate in Rheinland-Pfalz bei 2,8 Prozent (Deutschland: +2,3 Prozent). Diese Angaben basieren auf einer vorläufigen Berechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

Im ersten Halbjahr haben die Dienstleistungsbranchen, die knapp 64 Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung ausmachen, überwiegend zum Wachstum der rheinland-pfälzischen Wirtschaft beigetragen. Die kräftigsten Impulse kamen aus den Bereichen „Unternehmensdienstleister“ sowie

„Handel, Verkehr, Gastgewerbe“. Im Handel sind insbesondere die Einzelhandelsumsätze in den ersten sechs Monaten gestiegen, sie lagen um 3,4 Prozent über dem Vorjahreswert (Deutschland: +3 Prozent). Der Bereich Kfz-Handel, Instandhaltung und Reparatur erzielte einen Umsatzzuwachs um ein Prozent (Deutschland: +1 Prozent), der Großhandel hatte ein leichtes Minus von 0,7 Prozent zu verzeichnen (Deutschland: +2,1 Prozent). Von den übrigen Dienstleistern kamen weitere Wachstumsimpulse insbesondere aus dem Gesundheitsbereich.

Das Baugewerbe entwickelte sich im ersten Halbjahr günstig, was vor allem auf das Ausbaugewerbe zurückzuführen ist. Hier stiegen die Umsätze

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt im 1. Halbjahr 2012 nach Ländern



in Rheinland-Pfalz um knapp 25 Prozent, im Bundesdurchschnitt war mit 4,1 Prozent ein deutlich geringerer Zuwachs zu verzeichnen. Im Bauhauptgewerbe war dagegen in Rheinland-Pfalz ein leichter Rückgang um 0,7 Prozent zu verzeichnen, in ganz Deutschland gab es einen leichten Anstieg um 1,5 Prozent. Das Baugewerbe trägt rund fünf Prozent zur rheinland-pfälzischen Wertschöpfung bei.

Aus dem verarbeitenden Gewerbe, auf das rund 26 Prozent der gesamten Wertschöpfung entfällt, kamen dagegen, anders als in den vergangenen beiden Jahren, nur geringe Wachstumsimpulse. Im ersten Halbjahr 2012 stieg der Umsatz der Industriebetriebe in Rheinland-Pfalz im Vergleich zu den ersten sechs Monaten

2011 um 3,1 Prozent (Deutschland: +2,4 Prozent), allerdings hat es in den für Rheinland-Pfalz bedeutsamen Branchen auch deutliche Preissteigerungen gegeben.

Zum Anstieg des Gesamtumsatzes hat hauptsächlich die Auslandsnachfrage beigetragen. Die Auslandserlöse stiegen um 5,3 Prozent (Deutschland: +3,3 Prozent), die Inlandsumsätze um 0,6 Prozent (Deutschland: +1,7 Prozent). Den höchsten Zuwachs verzeichneten die Hersteller von chemischen Erzeugnissen, deren Erlöse um 7,3 Prozent stiegen, wobei die Auslandsnachfrage stärker zunahm (+8,7 Prozent) als das Inlandsgeschäft (+4,4 Prozent). Auch die Pharmaindustrie (+6 Prozent), die Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (+5,9 Prozent) sowie der Maschi-

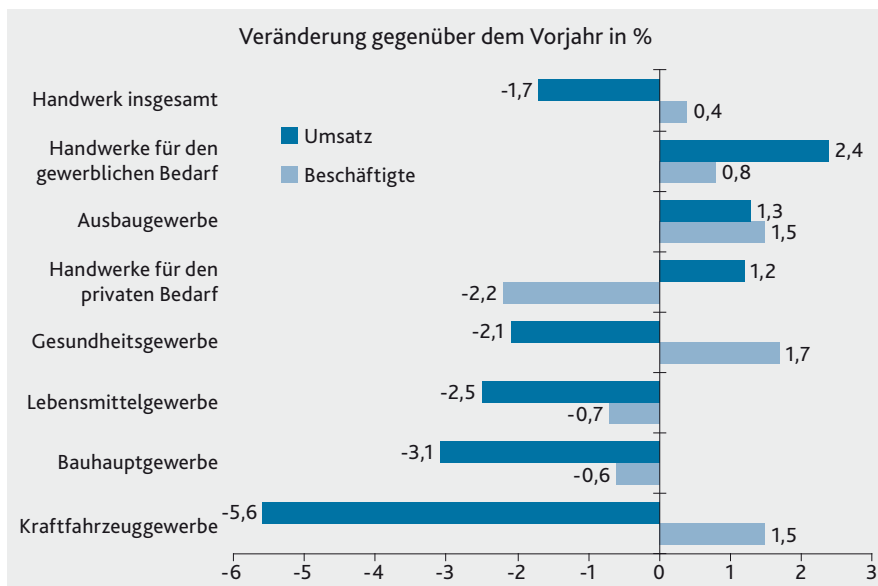
nenbau (+5,5 Prozent) verzeichneten deutlich mehr Umsatz als im ersten Halbjahr 2011. Deutlich weniger stark legten die Geschäfte der Hersteller von Kraftwagen- und Kraftwagen teilen sowie von Metallerzeugnissen zu, die ein Umsatzplus von 1,3 bzw. 1,2 Prozent erzielten. In den übrigen Wirtschaftszweigen waren zum Teil deutliche Umsatzrückgänge zu verzeichnen. So gingen die Verkaufserlöse in der Metallerzeugung und -bearbeitung um 7,8 Prozent zurück, in erster Linie verursacht durch ein Minus im Inlandsgeschäft (-14,4 Prozent; Ausland: -1,2 Prozent). Spürbar weniger setzten auch die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren um (-4,6 Prozent).

Handwerksumsätze sanken im zweiten Quartal

Das rheinland-pfälzische Handwerk meldete – nach mehreren Quartalen mit Zuwächsen – im zweiten Vierteljahr 2012 einen Rückgang der Umsätze. Die Umsätze sanken gegenüber dem zweiten Quartal 2011 um 1,7 Prozent. Wie bereits im Vorquartal verzeichnete das Kraftfahrzeuggewerbe mit einem Minus von 5,6 Prozent den stärksten Umsatzrückgang.

Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich gegenüber dem Vorjahresquartal um 0,4 Prozent. Den größten Zuwachs verzeichnete das Gesundheitsgewerbe (+1,7 Prozent), gefolgt vom Kraftfahrzeuggewerbe, das trotz rückläufiger Umsätze 1,5 Prozent mehr Beschäftigte zählte als im zweiten Quartal 2011.

Umsatz und Beschäftigte im zulassungspflichtigen Handwerk im 2. Quartal 2012 nach Gewerbebezügen



Weniger Betriebsgründungen im ersten Halbjahr 2012

In Rheinland-Pfalz wurden im ersten Halbjahr 2012 weniger Betriebe gegründet, bei denen aufgrund ihrer Rechtsform oder voraussichtlichen Beschäftigtenzahl eine größere wirtschaftliche Relevanz vermutet werden kann. Die Zahl dieser sogenannten Betriebsgründungen sank im Vergleich zum ersten Halbjahr des Vorjahres um 3,6 Prozent auf 3 235. Zu den Betriebsgründungen zählen alle Neugründungen von Kapital- und Personengesellschaften sowie Neugründungen von Einzelunternehmen, bei denen ein Handelsregistereintrag oder eine Handwerkskarte vorliegt oder die mindestens einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben.

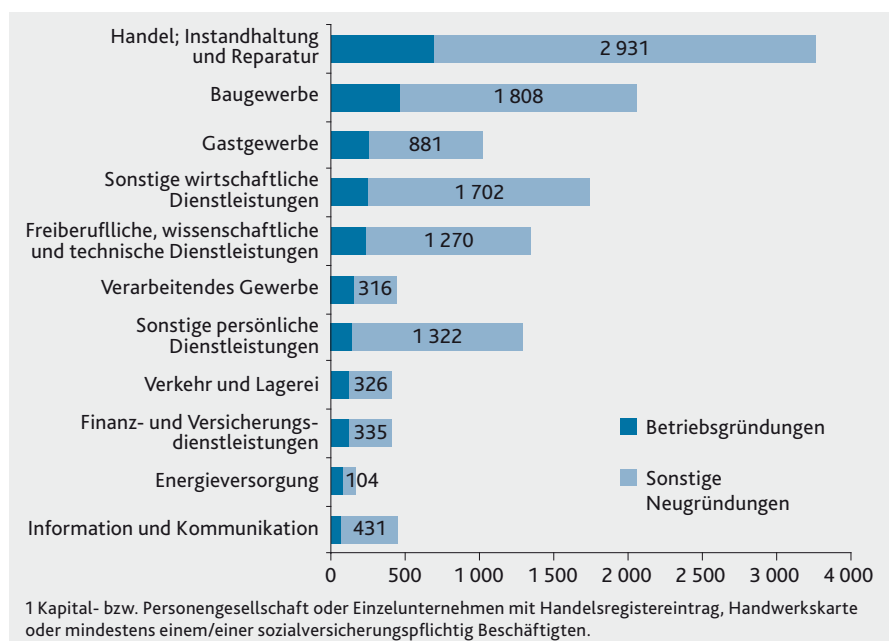
Den höchsten Anteil an den Betriebsgründungen hatte mit 25 Prozent der Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur“.

Reparatur von Kraftfahrzeugen“. Es folgten das Baugewerbe mit einem Anteil von 16,5 Prozent, das Gastgewerbe (8,9 Prozent), der Bereich der „Sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ (8,7 Prozent) und der

Bereich der „Freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ (8,5 Prozent).

Die Anzahl der sonstigen Neugründungen lag in den ersten sechs Monaten des Jahres 2012 um 6,5 Prozent niedriger als im Vorjahreszeitraum. Ihre Anzahl verringerte sich um 861 auf 12 476. Dieser Rückgang betraf besonders die Wirtschaftsabschnitte „Energieversorgung“, „Finanz- und Versicherungsdienstleistungen“ sowie „Verkehr und Lagerei“. Als sonstige Neugründungen gelten Einzelunternehmen ohne Handelsregistereintrag oder Handwerkskarte, die über keine sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verfügen. Unter den 12 476 sonstigen Neugründungen waren 6 768 Gründungen im Nebenberuf. Das waren 3,8 Prozent mehr als in den ersten sechs Monaten des Jahres 2011.

Betriebsgründungen¹ und sonstige Neugründungen im 1. Halbjahr 2012 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Im ersten Halbjahr 2012 wurden insgesamt 19 114 Gewerbe und damit 5,1 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum angemeldet.

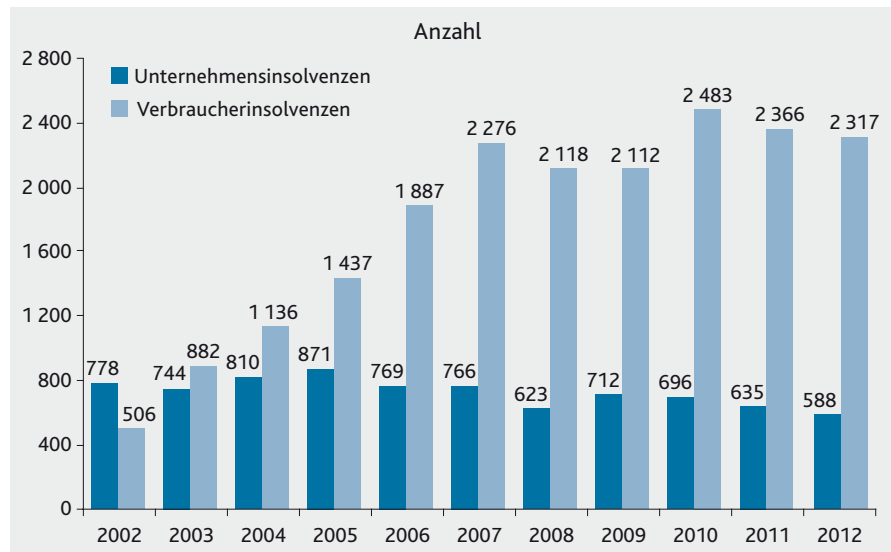
Die Zahl der Betriebsaufgaben stieg um 5,1 Prozent auf 2 883. Die sonstigen Stilllegungen nahmen um 2,8 Prozent auf 12 640 zu. Insgesamt wurden 18 840 Gewerbe abgemeldet, das waren 3,1 Prozent mehr als im ersten Halbjahr 2012.

Weniger Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen

In den ersten sechs Monaten des Jahres 2012 mussten weniger rheinland-pfälzische Unternehmen einen Insolvenzantrag stellen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ging gegenüber dem ersten Halbjahr 2011 um 7,4 Prozent auf 588 zurück. Dies ist der niedrigste Stand seit dem Jahr 2002. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen sank gegenüber den ersten sechs Monaten 2011 um 2,1 Prozent, lag mit 2 317 Fällen aber immer noch auf hohem Niveau.

Die Zahl der von den Unternehmensinsolvenzen betroffenen Beschäftigten fiel mit 2 670 um 14,2 Prozent höher aus als im Vorjahreszeitraum. Auch die Summe der geltend gemachten Gläubigerforderungen lag mit 402 Millionen Euro deutlich über dem – allerdings sehr niedrigen – Vorjahreswert (+45,4 Prozent). Damit war jedes insolvente Unternehmen durchschnittlich mit 682 869 Euro verschuldet (Januar bis Juni 2011: 434 981 Euro).

Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen im 1. Halbjahr 2002–2012



Die meisten Insolvenzanträge stellten Unternehmen aus dem Baugewerbe (116) und aus dem Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ (102), gefolgt vom Gastgewerbe (63), dem verarbeitenden Gewerbe (62) sowie dem Bereich „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ (60). Die positive Gesamtentwicklung lässt sich vor allem auf die sinkenden Insolvenzzahlen im Baugewerbe und im Gastgewerbe zurückführen.

Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen hatte sich 2010 deutlich erhöht und liegt auch im laufenden Jahr trotz Rückgangs noch über dem Niveau der Jahre vor der Wirtschaftskrise. Die Summe der voraussichtlichen Forderungen bei den Verbraucherinsolvenzen belief sich im ersten Halbjahr auf knapp 145 Millionen Euro, das waren 3,6 Prozent weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die durchschnitt-

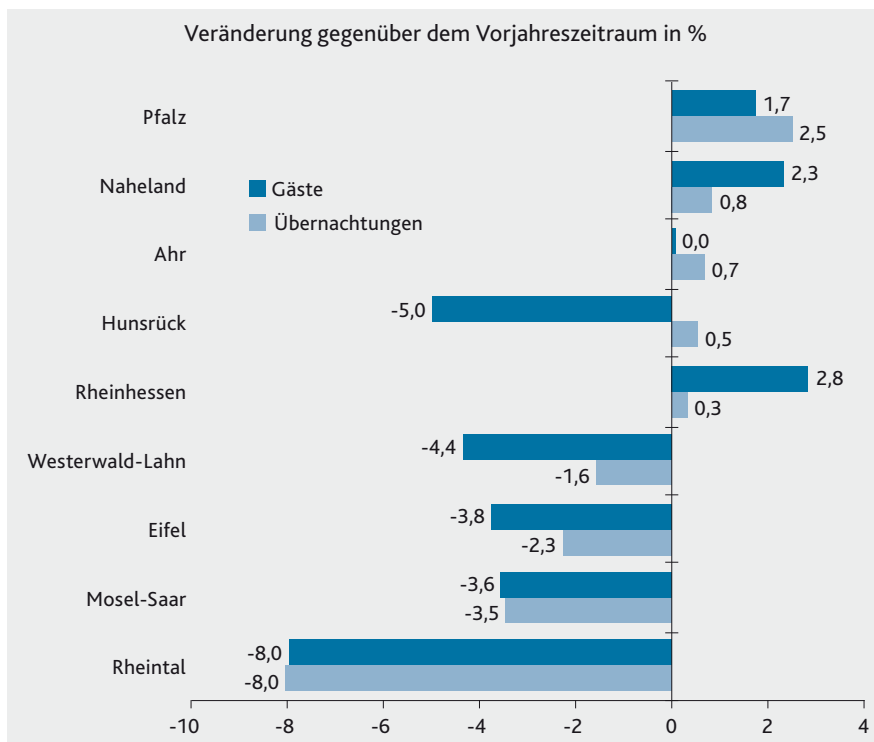
liche Verschuldung insolventer Verbraucher betrug damit 62 550 Euro (2011: 63 554 Euro).

Bislang weniger Gäste und Übernachtungen als im Rekordjahr 2011

Die rheinland-pfälzische Tourismusbranche musste nach sinkenden Zahlen im Juni auch im Juli erhebliche Rückgänge bei den Gästen (–10,6 Prozent) und Übernachtungen (–8,3 Prozent) hinnehmen – insbesondere wohl auch witterungsbedingt. Besonders stark sanken im Juli die Übernachtungszahlen in den Regionen Rheintal, Mosel-Saar und Ahr.

Der Rückgang im Juli beeinträchtigt das gesamte bisherige Jahresergebnis. Von Januar bis Juli 2012 übernachteten fast 4,4 Millionen Gäste im Land. Das waren zwei Prozent weniger als im Jahr zuvor. Gleichzeitig ging die Zahl der Übernachtungen um 1,6 Prozent auf knapp 11,8 Millionen zurück.

Gäste und Übernachtungen von Januar bis Juli 2012 nach Tourismusregionen



Im Jahr 2011 hatte die rheinland-pfälzische Tourismusbranche einen Rekord bei Gästen und Übernachtungen verzeichnet. Trotz des jetzt zu beobachtenden Rückgangs liegen sowohl die Gäste- als auch die Übernachtungszahlen höher als in den Jahren vor 2011.

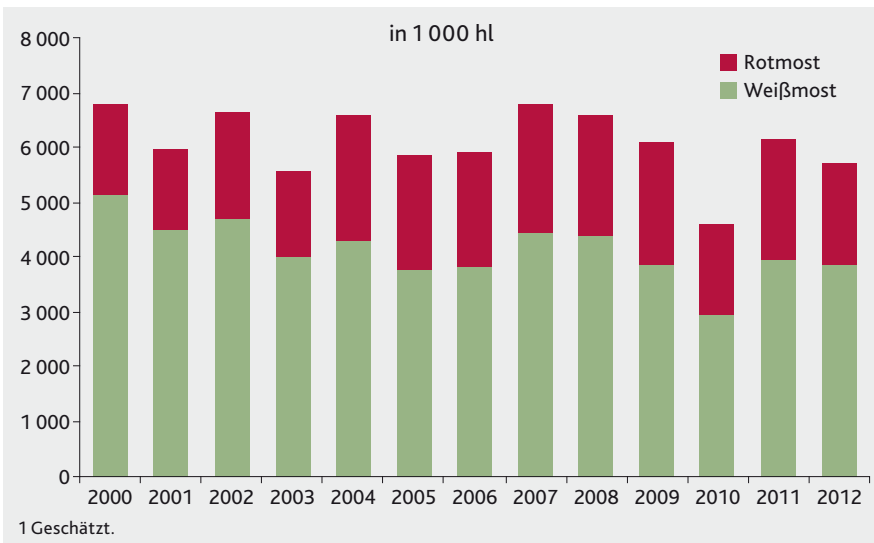
In den Tourismusregionen verlief die Entwicklung unterschiedlich. Vier der neun Gebiete zählten mehr Gäste- und Übernachtungen, wobei die Pfalz und das Naheland die vorderen Plätze belegten. Im Hunsrück stiegen zwar die Übernachtungszahlen, das Gästeaufkommen ging jedoch zurück. In die übrigen Regionen kamen weniger Gäste, und auch die Zahl der Übernachtungen sank. Hier musste das Rheintal sowohl bei den Gästen

als auch bei den Übernachtungen den stärksten Rückgang verkraften. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die dortigen Tourismusbetriebe in den ersten sieben Monaten 2011 – in erster Linie wohl durch die Bundesgartenschau in Koblenz – das mit Abstand höchste Plus unter den Regionen auswiesen. Trotz des Rückgangs liegen sowohl die Gäste- als auch die Übernachtungszahlen im Rheintal deutlich über dem Niveau der Jahre vor der Bundesgartenschau. Die Stadt Koblenz verzeichnete im Zeitraum Januar bis Juli einen Rückgang von 8,5 Prozent bei den Gästen und von elf Prozent bei den Übernachtungen. Auch hier liegen die Gäste- und Übernachtungszahlen weit über den Werten früherer Jahre.

Jugendherbergen, Hütten, Vorsorge- und Rehabilitationskliniken sowie Pensionen verzeichneten in den ersten sieben Monaten ein Gäste- und Übernachtungsplus. In Ferienhäusern und Ferienwohnungen wurden zwar mehr Übernachtungen gezählt, die Gästezahlen gingen aber zurück. In den übrigen Betriebsarten sank das Gäste- und Übernachtungsaufkommen. In den Hotels, die 40 Prozent aller Übernachtungen auf sich vereinigen, ging die Gästezahl um 1,9 Prozent und die Übernachtungszahl um 2,7 Prozent zurück.

Nahezu 3,4 Millionen Übernachtungsgäste aus Deutschland besuchten Rheinland-Pfalz. Das waren 2,2 Prozent weniger als im Zeitraum von Januar bis Juli 2011. Die Zahl ihrer Übernachtungen ging um 1,7 Prozent auf nicht ganz 9,1 Millionen zurück. Aus dem Ausland kamen fast 992 000 Besucher (-1,2 Prozent), auf die rund 2,7 Millionen Übernachtungen (-1,2 Prozent) entfielen.

Unter den Gästen aus dem Ausland bilden die Niederländer die mit Abstand größte Gruppe. Sie buchten fast 1,1 Millionen Übernachtungen. Das waren allerdings 35 500 bzw. 3,2 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Auf Rang zwei lagen die Gäste aus Belgien mit über 484 000 Übernachtungen, fast 4 000 mehr als in den ersten sieben Vorjahresmonaten (+0,8 Prozent). An dritter Stelle folgten die Gäste aus den USA, auf die mehr als 207 000 Übernachtungen entfielen. Das waren 10 700 weniger als in den ersten sieben Monaten 2011 (-4,9 Prozent).

Weinmosternte 2000–2012¹

Rund sieben Prozent weniger Weinmost erwartet

Die Ernteberichtersteller schätzten Ende August die zu erwartende Erntemenge für Weinmost auf gut 5,7 Millionen Hektoliter. Gegenüber dem Vorjahr wäre das ein Rückgang von 7,3 Prozent. Damit läge der Ertrag zugleich um 6,2 Prozent unter dem langjährigen Mittel. Von den Ertrags-einbußen ist insbesondere der Rotmost betroffen. Mit gut 1,8 Millionen Hektoliter liegt die erwartete Erntemenge elf Prozent unter der Durchschnittsmenge der Jahre 2002 bis 2011. Im vergangenen Jahr waren mit 2,2 Millionen Hektoliter sogar 17 Prozent mehr geerntet worden. Bei den weißen Mosten (3,9 Millionen Hektoliter) fehlen nach den vorliegenden Schätzungen gegenüber dem Vorjahr nur zwei Prozent.

Die Reben überstanden den langen und strengen Winter ohne größere

Schäden. Der Austrieb erfolgte nur geringfügig früher, da der Frühling nicht so warm ausfiel wie im Jahr 2011. Die sich anschließenden kühleren Witterungsabschnitte führten zu einem verzögerten Beginn der Blüte. Während im vergangenen Jahr fast alle Anlagen schon Anfang Juni in der Blüte standen, setzte die diesjährige Blüte in gut einem Drittel der Anlagen erst in der zweiten Juni-Dekade ein. Wegen der kühleren und niederschlagsreichen Witterung im Juni zog sich die Blüte deutlich länger hin und es gab keinen übermäßigen Fruchtansatz (Geschein).

Die Pfalz wird gegenüber dem Vorjahr mit 1,8 Prozent voraussichtlich das geringste Minus aufweisen. Die größten Rückgänge werden mit 18 bzw. 13 Prozent an der Mosel und am Mittelrhein erwartet. In Rheinhessen – dem größten Weinanbaugebiet Deutschlands – dürfte der Rückgang bei 8,5 Prozent liegen. An der Nahe beträgt

das erwartete Minus 3,3 Prozent, für das Anbaugebiet Ahr wird mit einem Minus von 7,2 Prozent gerechnet.

Die konkrete Ertragsentwicklung sowie die Qualität der zu erntenden Moste hängen im hohen Maße vom weiteren Witterungsverlauf ab.

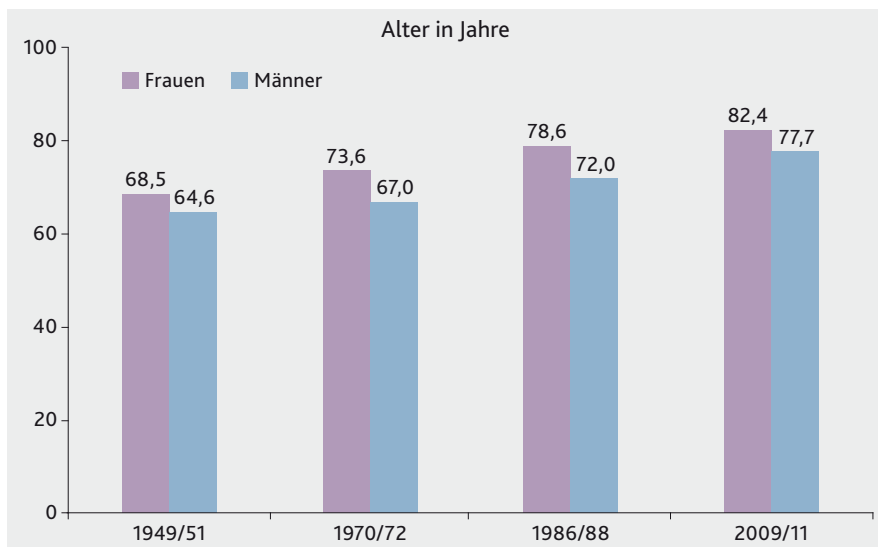
Die Menschen werden immer älter

Die Lebenserwartung der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer hat sich weiter erhöht. Nach aktuellen Berechnungen beträgt die Lebenserwartung eines neugeborenen Mädchens nunmehr 82,4 Jahre und die eines neugeborenen Jungen 77,7 Jahre.

Der langfristige Trend einer zunehmenden Lebenserwartung setzte sich damit fort. Anfang der 50er-Jahre lag die Lebenserwartung bei der Geburt für Mädchen noch bei weniger als 69 Jahren, zu Beginn der 70er-Jahre aber schon bei 74 Jahren. Die Lebenserwartung eines Jungen war deutlich niedriger. So hatte ein Neugeborener zu Beginn der 50er-Jahre im Durchschnitt nur 65 Lebensjahre zu erwarten, in den frühen 70er-Jahren waren es 67 Jahre.

Aber nicht nur die Lebenserwartung Neugeborener, sondern auch die älterer Menschen hat sich in den zurückliegenden Jahrzehnten deutlich erhöht. Ein Mann, der heute mit 65 Jahren aus dem Erwerbsleben ausscheidet, kann sich noch auf durchschnittlich mehr als 17 Jahre im Ruhestand freuen, bei einer Frau dieses Alters sind es sogar über 20 Jahre. Gegenüber 1970 sind dies bei den Männern viereinhalb und bei den Frauen fünf Jahre mehr.

Lebenserwartung bei Geburt 1949/51–2009/11



Auch im hohen Alter steigt die Lebenserwartung. So kann ein Mann, der schon seinen 80. Geburtstag erleben durfte, im Durchschnitt noch mit fast acht weiteren Lebensjahren rechnen; bei einer Frau sind es sogar nahezu neun Jahre.

Bei allen Angaben handelt es sich um Durchschnittswerte, die im Einzelfall, je nach Lebensweise oder Gesundheitszustand, niedriger oder höher ausfallen können. So weist die Statistik für das Ende des Jahres 2011 im Lande rund 25 000 über 90-jährige Frauen und mehr als 10 000 Männer in diesem Alter aus.

Auch zukünftig ist mit einem weiteren Anstieg der Lebenserwartung zu rechnen. In seinen Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung unterstellt das Statistische Landesamt einen moderaten Anstieg von rund sieben Lebensjahren bis zum Jahr 2060.

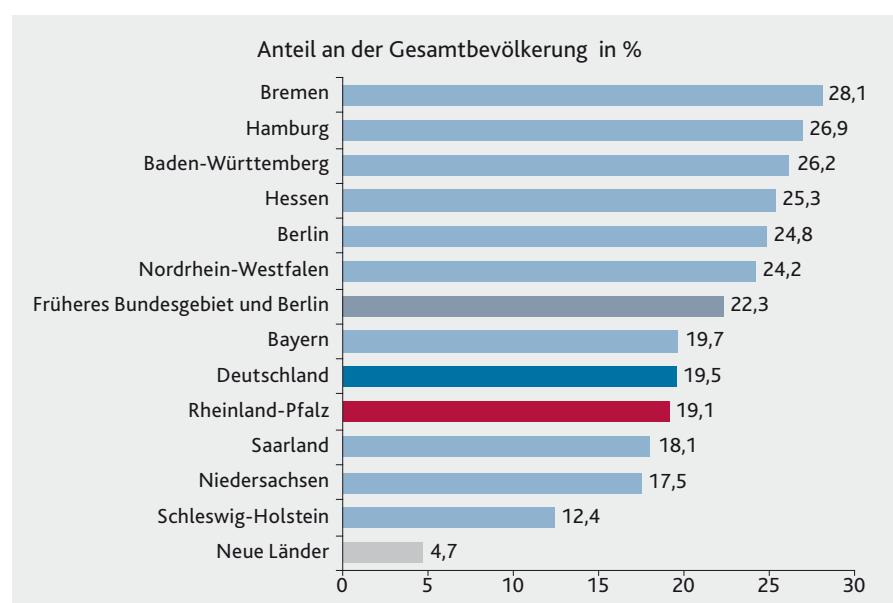
Fast jeder fünfte Einwohner hat Migrationshintergrund

Im Jahr 2011 lebten in Rheinland-Pfalz rund 764 000 Menschen mit Migrationshintergrund. Rheinland-Pfalz liegt mit einem Anteilswert von 19,1 Prozent an der Gesamtbevölkerung leicht

unter dem Bundesdurchschnitt von 19,5 Prozent. Unter den westdeutschen Bundesländern weisen mit Bremen (28 Prozent) und Hamburg (27 Prozent) zwei Stadtstaaten die höchsten Werte auf, in Schleswig-Holstein lag der Anteilswert mit zwölf Prozent am niedrigsten.

Menschen mit Migrationshintergrund sind im Schnitt deutlich jünger als jene ohne Migrationshintergrund. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung mit Migrationshintergrund lag im Jahr 2011 bei knapp 35 Jahren, das der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund hingegen bei über 46 Jahren. Menschen mit Migrationshintergrund sind in den jüngeren Altersgruppen überdurchschnittlich stark vertreten. So weisen fast ein Drittel (30 Prozent) der Kinder und Jugendlichen unter 20 Jahren einen Migrationshintergrund auf. Umgekehrt verhält es sich bei der älteren Bevölkerung. Lediglich 8,2

Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2011 nach Ländern



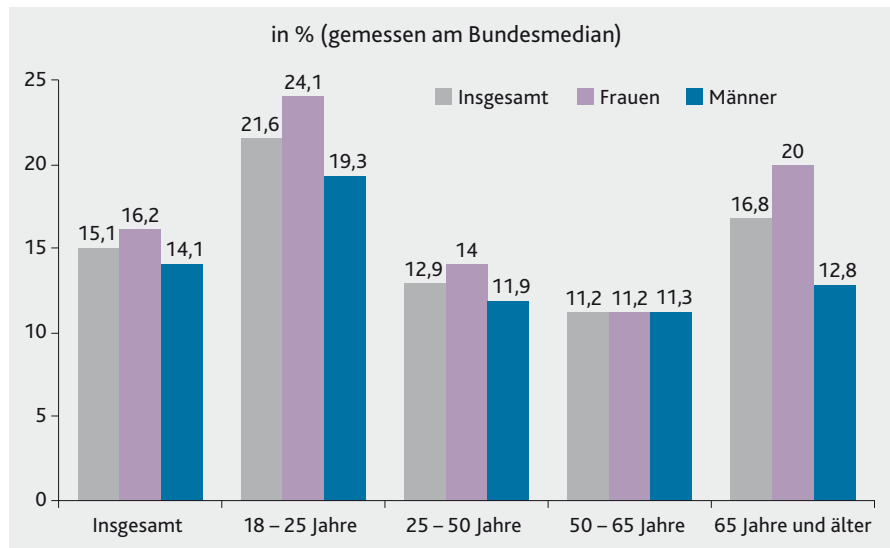
Prozent der Bevölkerung ab 65 Jahren zählt zu den Menschen mit Migrationshintergrund. Der Anteil bei den Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 65 Jahren entspricht hingegen mit 20 Prozent in etwa dem Anteil an der Gesamtbevölkerung.

Zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund zählen einerseits Menschen, die aus dem Ausland zugewandert sind und damit über eigene Migrationserfahrung verfügen. Im Jahr 2011 belief sich deren Zahl auf 522 000 Personen (13 Prozent der Gesamtbevölkerung), wobei 269 000 eine deutsche und 253 000 eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen. Hinzu kommen Menschen mit Migrationshintergrund, jedoch ohne eigene Migrationserfahrung. Hierzu zählen in Deutschland geborene Ausländer oder Nachkommen von Zugewanderten. Diese Gruppe umfasste im Jahr 2011 rund 242 000 Personen (6,1 Prozent der Gesamtbevölkerung), wobei Deutsche (188 000 Personen) wesentlich stärker vertreten sind als Ausländerinnen und Ausländer (54 000 Personen).

Armutsgefährdungsquote steigt auf 15 Prozent

Im Jahr 2011 waren 15 Prozent der rheinland-pfälzischen Bevölkerung, d. h. rund jeder siebte Einwohner, von Armut bedroht. Die Armutsgefährdungsquote für Rheinland-Pfalz liegt – auf Basis der Ergebnisse des Mikrozensus 2011 – damit über den Werten der Vorjahre (2010: 14,8 Prozent; 2009: 14,2 Prozent) und genau

Armutsgefährdungsquoten 2011 nach Altersgruppen und Geschlecht



im Bundesdurchschnitt. Deutschlandweit weisen für das Jahr 2011 fünf Länder niedrigere Armutsgefährdungsquoten auf, wobei auch in den meisten anderen Bundesländern ein Anstieg der Quote zu verzeichnen ist.

Gemäß EU-Konvention ist die Armutsgefährdungsquote definiert als Anteil der Personen, deren Einkommen weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (Median) der jeweiligen Bevölkerung beträgt. Das hier verwendete Konzept der relativen Einkommensarmut dient somit in erster Linie der Messung der Einkommensverteilung. Der 60-Prozent-Wert wird auch als Armutsgefährdungsschwelle bezeichnet. Unter Zugrundelegung des mittleren Einkommens im gesamten Bundesgebiet (Bundesmedian) liegt sie für einen Einpersonenhaushalt bei 848 Euro. Für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren errechnet sich – unter Berücksichtigung der

Kostensparnis in einem Mehrpersonenhaushalt – eine Armutsgefährdungsschwelle in Höhe von 1781 Euro.

Lebensalter: In erhöhtem Maß von Armut bedroht sind unter 18-Jährige (19,3 Prozent) sowie die 18- bis unter 25-Jährigen (21,6 Prozent), die sich noch überwiegend in der Ausbildung befinden dürften. Auch für die Gruppe der 65-Jährigen und Älteren liegt die Armutsgefährdungsquote mit 16,8 Prozent über dem Durchschnitt der Bevölkerung.

Geschlecht: Die Armutsgefährdungsquote der rheinland-pfälzischen Männer (14 Prozent) liegt gut zwei Prozentpunkte unter der Quote der Frauen (16 Prozent). Eine niedrigere Armutsgefährdungsquote für Männer ist über alle in die Betrachtung einbezogenen Altersgruppen festzustellen. Insbesondere ältere Frauen (65 Jahre und älter) weisen eine deutlich

höhere Armutsgefährdung auf (20 Prozent) als gleichaltrige Männer (13 Prozent). Hier dürften – z. B. durch Kindererziehungszeiten oder die Pflege von Angehörigen – unterbrochene Erwerbsbiografien der Frauen eine Rolle spielen.

Haushalts- und Familienzusammenhang: In besonderem Maß armutsgefährdet sind Alleinerziehende (zumeist Frauen) und deren Kinder unter 18 Jahren, die eine Armutsgefährdungsquote von 47 Prozent aufweisen. Die Armutsrisikoquote einer Familie mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern liegt dagegen bei zwölf Prozent.

Qualifikationsniveau: Geringqualifizierte weisen mit 29 Prozent eine fast sechsmal so hohe Armutsrisikoquote auf wie Hochqualifizierte (fünf Prozent).

Erwerbsstatus: Unter allen betrachteten Bevölkerungsgruppen sind Erwerbslose am stärksten von Armut bedroht. Die Quote lag im Jahr 2011 bei 54 Prozent.

Migrationshintergrund: Auch Menschen mit Migrationshintergrund (Armutsgefährdungsquote von 27,5 Prozent) waren in erhöhtem Maß von Armut bedroht.

Einkommensreichumsquote

Als Gegenstück zur Armutsgefährdungsquote ist die Einkommensreichumsquote anzusehen, die nach herrschender Meinung den Anteil der Personen wiedergibt, deren Einkommen 200 Prozent des mittleren Ein-

kommens übersteigt. Unter Zugrundelegung des mittleren Einkommens im gesamten Bundesgebiet liegt der 200-Prozent-Wert für einen Einpersonenhaushalt bei 2 827 Euro. Für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren errechnet sich ein Betrag von 5 936 Euro. Auf Basis des Bundesmedians beträgt die Einkommensreichumsquote für Rheinland-Pfalz 8,9 Prozent; vier Bundesländer weisen eine höhere Quote auf.

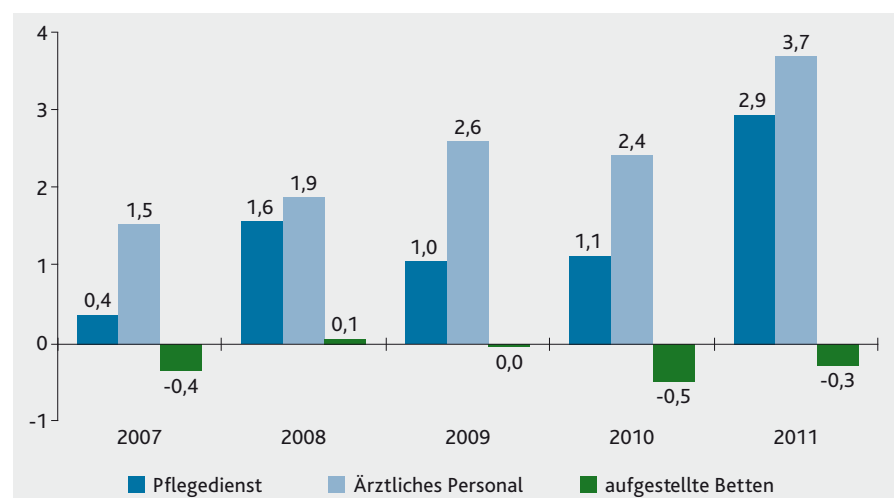
890 000 Behandlungsfälle in rheinland-pfälzischen Krankenhäusern

In den rheinland-pfälzischen Krankenhäusern ist im vergangenen Jahr zum sechsten Mal in Folge die Zahl der vollstationären Behandlungsfälle angestiegen. Sie lag im Jahr 2011 bei 890 729 und damit 1,4 Prozent über dem Wert des Vorjahres. Eine Ursache ist die wachsende Zahl älterer Menschen, bei denen überdurch-

schnittlich häufig Krankenhausbehandlungen erforderlich werden. Trotz des Anstieges der Behandlungsfälle entspricht die Zahl der Behandlungstage mit gut 6,75 Millionen dem Vorjahresniveau. Im Ergebnis sank die durchschnittliche Verweildauer je Patientin und Patient auf 7,6 Tage, den niedrigsten Wert seit der erstmaligen Erhebung der Krankenhausstatistik im Jahr 1990. Im Jahr 1999 hatte die Verweildauer noch bei 9,9 Tagen gelegen. Ursachen hierfür sind – neben Reformen im Gesundheitswesen, die auf mehr Effizienz zielen – auch medizinische Fortschritte in Form neuer oder verbesserter Behandlungsmethoden.

Den Patientinnen und Patienten standen im Jahresdurchschnitt 2011 insgesamt 25 375 Betten zur Verfügung; damit lag die Zahl der Betten leicht unter dem Vorjahresniveau (–0,3 Prozent). Über die Hälfte der aufgestellten Betten entfiel auf die Abteilungen Innere Medizin und Chirurgie.

Pflegedienst, ärztliches Personal und aufgestellte Betten in Krankenhäusern 2007–2011



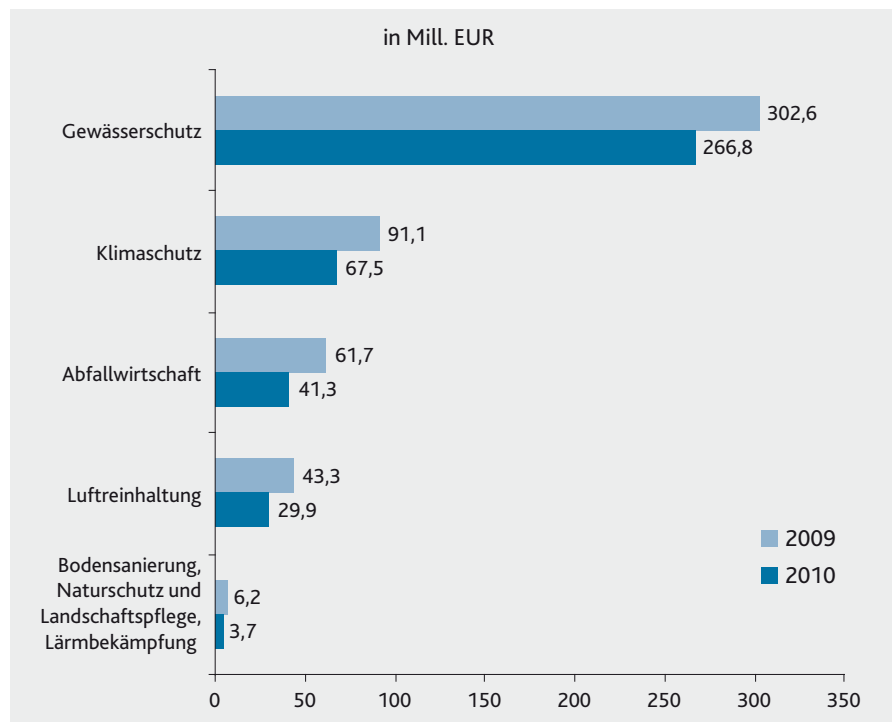
Die Zahl der ambulanten Operationen nahm weiter zu und lag bei 76 372 (+2,4 Prozent gegenüber 2010). Damit ist die Zahl der ambulanten Operationen viermal größer als bei der erstmaligen Erhebung dieses Merkmals im Jahr 2002 (rund 18 000 ambulante Operationen). Unter einer ambulanten Operation werden bestimmte chirurgische Leistungen verstanden, die in der Praxis oder im Krankenhaus ohne anschließende Übernachtung (Hospitalisation) erbracht werden.

Im Jahr 2011 waren im Jahresdurchschnitt 6 177 Ärztinnen und Ärzte in den rheinland-pfälzischen Krankenhäusern beschäftigt; das waren 3,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Im Pflegedienst stieg die Zahl der Vollkräfte auf 15 543 (+2,9 Prozent).

Produzierendes Gewerbe investierte im Jahr 2010 weniger in den Umweltschutz

Die Investitionen des produzierenden Gewerbes in Umweltschutzmaßnahmen sind im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr um fast ein Fünftel auf 409 Millionen Euro zurückgegangen. An den gesamten Investitionen von 3 174 Millionen Euro hatten die Umweltschutzinvestitionen damit einen Anteil von 13 Prozent. Zu den Umweltschutzinvestitionen zählen Investitionen, die eine Verringerung oder Vermeidung von schädlichen Emissionen in die Umwelt bewirken oder den Einsatz von Ressourcen reduzieren.

Umweltschutzinvestitionen 2009 und 2010 nach Umweltbereichen



Von den im Jahr 2010 insgesamt befragten 2 913 rheinland-pfälzischen Betrieben meldeten 613 Investitionen in den Umweltschutz. Das entspricht einem Anteilswert von 21 Prozent. Der wichtigste Umweltbereich, in den investiert wurde, war mit 267 Millionen Euro der Gewässerschutz. Es folgten der Klimaschutz (67,5 Millionen Euro), die Abfallwirtschaft (41,3 Millionen Euro) und die Luftreinhaltung (29,9 Millionen Euro).

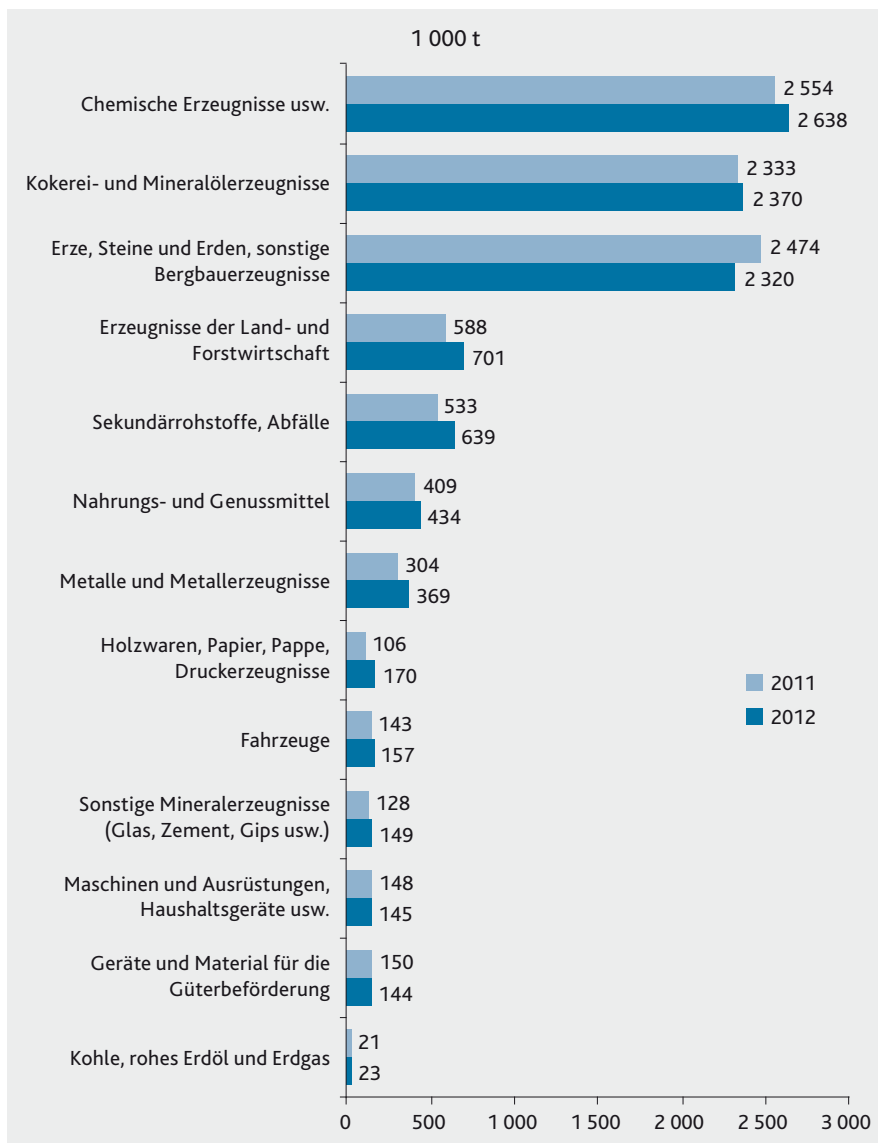
Die verschiedenen Wirtschaftszweige investieren im unterschiedlichen Maße in den Umweltschutz. Rund 61 Prozent der gesamten Umweltschutzinvestitionen entfielen auf den Wirtschaftszweig Abwasserentsorgung. Mit weitem Abstand folgte die chemische Industrie mit einem Anteilswert von 15 Prozent.

Binnenschiffe befördern wieder mehr Güter

Im ersten Halbjahr 2012 wurde in den rheinland-pfälzischen Häfen mehr Fracht umgeschlagen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Schiffs- bzw. Frachtführer meldeten für die ersten sechs Monate einen Güterumschlag von elf Millionen Tonnen, das waren 179 000 Tonnen bzw. 1,6 Prozent mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Der Empfang legte um 1,9 Prozent auf 6,3 Millionen Tonnen zu, das Versandvolumen erhöhte sich um 1,4 Prozent auf 4,7 Millionen Tonnen.

Die höchste umgeschlagene Tonnage entfiel mit 2,6 Millionen Tonnen auf die Güterabteilung „Chemische Erzeugnisse“. Die Güterabteilung „Kokerei-

Güterumschlag in Häfen im Januar bis Juni 2011–2012 nach Güterabteilungen



und Mineralölerzeugnisse" verzeichnete eine Umschlagsmenge von nahezu 2,4 Millionen Tonnen, gefolgt von der Güterabteilung „Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse“ mit 2,3 Millionen Tonnen.

Ludwigshafen – der größte Binnenhafen des Landes – wies ein Umschlagsplus von zwei Prozent auf. Andere Häfen wie Mainz und Andernach meldeten leicht rückläufige Umschlagszahlen.

Mehr Todesopfer im Straßenverkehr

Auf rheinland-pfälzischen Straßen verloren von Januar bis Juli 2012 mehr Menschen bei Straßenverkehrsunfällen ihr Leben als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Es waren 134 Todesopfer zu beklagen, 32 mehr als von Januar bis Juli 2011. Die Zahl der Schwerverletzten ging um 8,6 Prozent auf 2 054 zurück. Leicht verletzt wurden 8 951 Personen, was einem Rückgang von 1,4 Prozent entspricht.

Insgesamt registrierte die Polizei in den ersten sieben Monaten 74 609 Verkehrsunfälle auf rheinland-pfälzischen Straßen, das waren 849 mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Aus der amtlichen Statistik

Schulklassen in Rheinland-Pfalz etwas kleiner als im Bundesdurchschnitt „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich“ erschienen

Schulklassen an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen sind in Rheinland-Pfalz kleiner als im Bundesdurchschnitt. Dies ist eines der Ergebnisse der zum siebten Mal erscheinenden „Internationalen Bildungsindikatoren im Ländervergleich“. Der von den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder herausgegebene Datenband ergänzt die OECD-Veröffentlichung Bildung auf einen Blick, in der internationale Vergleichszahlen über die Mitgliedsstaaten dieser Organisation präsentiert werden.

Die durchschnittliche Klassengröße an öffentlichen Schulen in Rheinland-Pfalz liegt im Primarbereich (Klassenstufen 1 bis 4) bei 21 Kindern. Bundesweit sind es 21,5 (OECD: 21,3). Im Sekundarbereich I (Klassenstufen 5 bis 10) sind die Klassen an den öffentlichen Schulen des Landes mit 24,5 Schülerinnen und Schülern im Durchschnitt geringfügig kleiner als im Bundesdurchschnitt (24,6). Die seit einigen Jahren rückläufigen Klassengrößen an den öffentlichen Schulen des Landes dürften insbesondere auf den demografisch bedingten Rückgang der Schülerzahlen zurückzuführen sein. Die Zahl der Lehrkräfte ist nicht im gleichen Maße gesunken.

Die in diesem Jahr als Tabellensammlung erscheinenden „Internationalen Bildungsindikatoren im Ländervergleich“ beleuchten das gesamte Bildungsspektrum von der frühkindlichen Bildung bis zum „lebenslangen Lernen“. Sie liefern damit wichtige Vergleichszahlen zur Bildungssituation in den einzelnen Bundesländern. Sofern keine andere Jahreszahl angegeben ist, beziehen sich die Daten auf das Jahr 2010.

Die „Internationalen Bildungsindikatoren im Ländervergleich“ können unter www.statistik.rlp.de kostenfrei als PDF-Datei (444 kB) heruntergeladen werden.



Statistischer Landesausschuss dankt für Beteiligung am Zensus 2011 Arbeitsteilung zwischen Landesämtern wird weiter ausgebaut

Nach Abschluss der Erhebungsphase des Zensus 2011 hat der Statistische Landesausschuss Rheinland-Pfalz den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, den Kommunen im Land sowie allen, die an den Befragungen teilgenommen haben, seinen Dank für die Unterstützung dieser Großerhebung ausgesprochen. „Der Zensus 2011 hätte ohne die engagierte Mitwirkung der Kommunen und der rund 5 600 Ehrenamtler nicht realisiert werden können,“ betonte der Präsident des Statistischen Landesamtes, Jörg Berres, anlässlich der 46. Tagung des Statistischen Landesausschusses in Bad Ems. Die Bereitschaft der Bevölkerung, Auskunft zu erteilen, sei ausgesprochen hoch

gewesen, was sich unter anderem an einer sehr geringen Zahl an Widersprüchen und Gerichtsverfahren zeige. Die bei den Verwaltungen der kreisfreien Städte und Landkreise eingerichteten Erhebungsstellen wurden nach Abschluss der Befragungen Ende Juni aufgelöst. Nach einer ersten Plausibilisierung läuft derzeit die Aufbereitung der Ergebnisse.

Arbeitsteilung zwischen den Statistischen Ämtern wird ausgebaut

Der Statistische Landesausschuss begrüßt den weiteren Ausbau der Arbeitsteilung zwischen den statistischen Ämtern als wichtigen Beitrag zur Wirtschaftlichkeit. Die

seit Jahrzehnten praktizierte gemeinsame Softwareentwicklung wird seit einigen Jahren auf die Datenhaltung ausgeweitet und geht mit Pilotanwendungen für die zentrale fachliche Produktion bereits den nächsten Schritt. „Für diese Form der Aufgabenerledigung, ein Amt erhebt eine Statistik für mehrere Ämter, kommen insbesondere sehr kleine Erhebungen in Betracht und solche, für die keine Landesergebnisse ermittelt werden können. Die Personenbeförderungstatistik wird z.B. durch das Statistikamt in Nordrhein-Westfalen durchgeführt, die Auswertung verbleibt jedoch in Bad Ems“, erläuterte Jörg Berres.

Datenmanagementsystem Mortalität

Der Landesausschuss informierte sich auch über den Sachstand des Daten-Management-Systems Mortalität, das in Rheinland-Pfalz derzeit aufgebaut wird und das als wichtiger Baustein für ein bundesweites Mortalitätsregister gilt. Mit diesem System werden die Daten aus den Todesursachenbescheinigungen in einem abgeschlossenen Bereich des Statistischen Landesamtes zentral erfasst, einheitlich aufbereitet und berechtigten Nutzerkreisen elektronisch zur Verfügung gestellt. Fast alle Gesundheitsämter des Landes sind an diesem Verwaltungssystem beteiligt, das 2013 in den Dauerbetrieb überführt werden soll.

Entlastung der Berichtspflichtigen

Weitere Fortschritte gab es im vergangenen Jahr bei den Bemühungen, die Berichtspflichtigen zu entlasten. So wurde die Zahl der Betten, von der an ein Beherbergungs-

betrieb zur Tourismusstatistik melden muss, angehoben. Auch die Zahl der Stellplätze auf Campingplätzen wurde entsprechend erhöht. Zudem entfällt ab dem Jahr 2013 die Befragung zum Dauercamping, zu der bislang rund 200 Campingplätze berichten mussten.

In der nutzerorientierten Aufbereitung statistischer Daten setzt das Statistische Landesamt zunehmend auf den Einsatz von Karten. Der Statistische Landesausschuss begrüßte die Darstellung der Ergebnisse der Bevölkerungsvorausberechnung in Form interaktiver Karten. Diese Pilotanwendung wird in den kommenden Monaten sukzessive auf weitere Themenfelder ausgeweitet. Das Statistische Landesamt engagiert sich außerdem im Projekt INSPIRE, der EU-weit harmonisierten Form der Abbildung von Geodaten.

Ein weiteres Thema der Tagung war die Personalentwicklung im Statistischen Landesamt. Der Landesausschuss lobte das Engagement des Amtes in der Weiterbildung als einen wichtigen Beitrag zur Personalentwicklung.

Der Statistische Landesausschuss berät das Statistische Landesamt und die Landesregierung in Grundsatzfragen. Er besteht aus Vertreterinnen und Vertretern der obersten Landesbehörden einschließlich des Innenministeriums als Dienstaufsichtsbehörde, des Landesbeauftragten für den Datenschutz, der kommunalen Spitzenverbände, der Kammern, der Arbeitgeber-, Unternehmer- und Arbeitnehmerverbände sowie der Wissenschaft. Der Ausschuss tagt einmal im Jahr unter Vorsitz des Statistischen Landesamtes.

Verbraucherpreise im September 2012

Die Verbraucherpreise sind im September 2012 gegenüber dem Vorjahresmonat um 2,3 Prozent gestiegen.

Die Energiepreise erhöhten sich binnen Jahresfrist insgesamt um 7,4 Prozent; vor allem die Preise für Mineralölprodukte legten deutlich zu (+9,5 Prozent). Heizöl verteuerte sich um 9,6 Prozent, Kraftstoffe um 9,4 Prozent. Überdurchschnittliche Preisanstiege gab es auch bei Strom (+4 Prozent), Gas (+5,6 Prozent) und den Umlagen für Zentralheizung und Wärme (+8,8 Prozent).

Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke nahmen um 3,1 Prozent zu. Deutliche Preiserhöhungen waren vor allem bei Obst (+9,8 Prozent) festzustellen; aber auch die Preise für Fleisch und Fleischwaren (+4,9 Prozent) sowie Fische und Fischwaren (+5,5 Prozent) legten erheblich

zu. Günstiger für die Verbraucherinnen und Verbraucher entwickelten sich die Preise für Molkereiprodukte und Eier (-3 Prozent) sowie für Speisefette und -öle (-8,6 Prozent).

Im Vergleich zum Vormonat änderte sich der Verbraucherpreisindex nicht. Gleichwohl gab es unterschiedliche Entwicklungen in verschiedenen Bereichen. Hervorzuheben sind dabei die deutlichen Preissteigerungen bei Mineralölprodukten (+3,8 Prozent). Aber auch Bekleidung und Schuhe (+3,4 Prozent) verteuerten sich saisonbedingt spürbar gegenüber August. Sinkende Preise waren hingegen – ebenfalls saisonbedingt – bei Freizeit, Unterhaltung und Kultur (-1,8 Prozent) sowie Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen (-3 Prozent) zu verzeichnen.

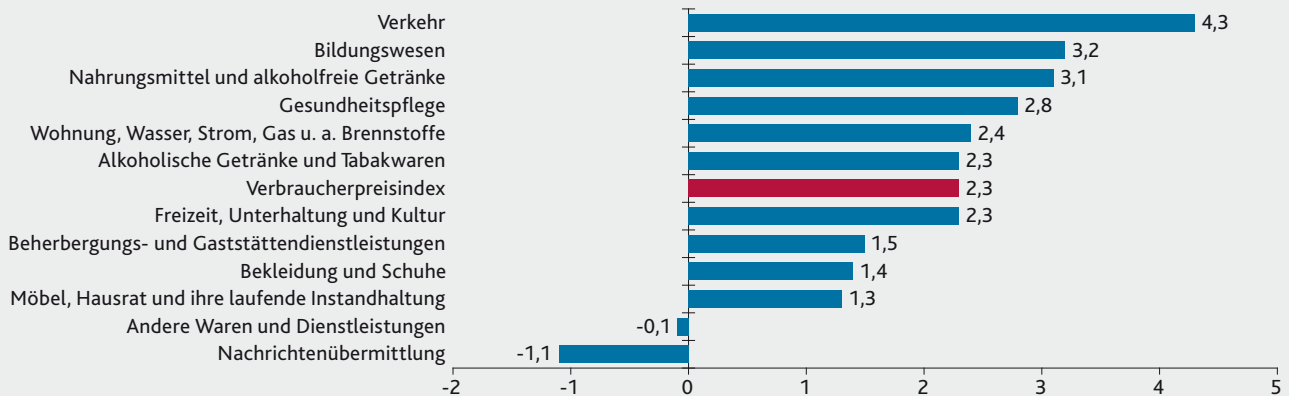
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

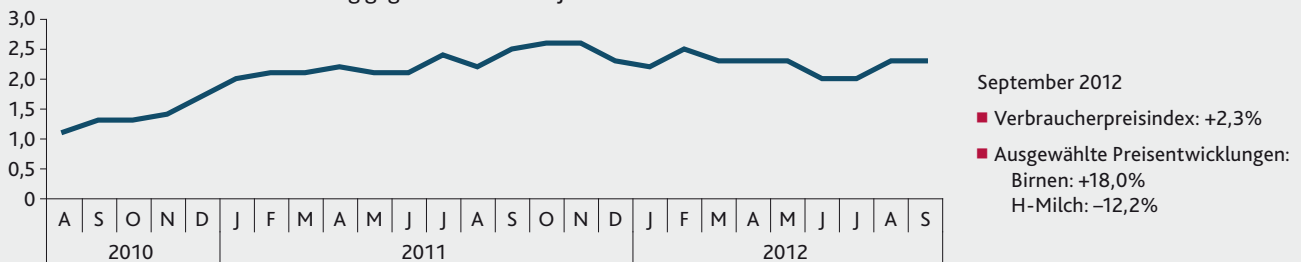
Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 750 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im September 2012

Veränderung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen gegenüber September 2011 in %



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %

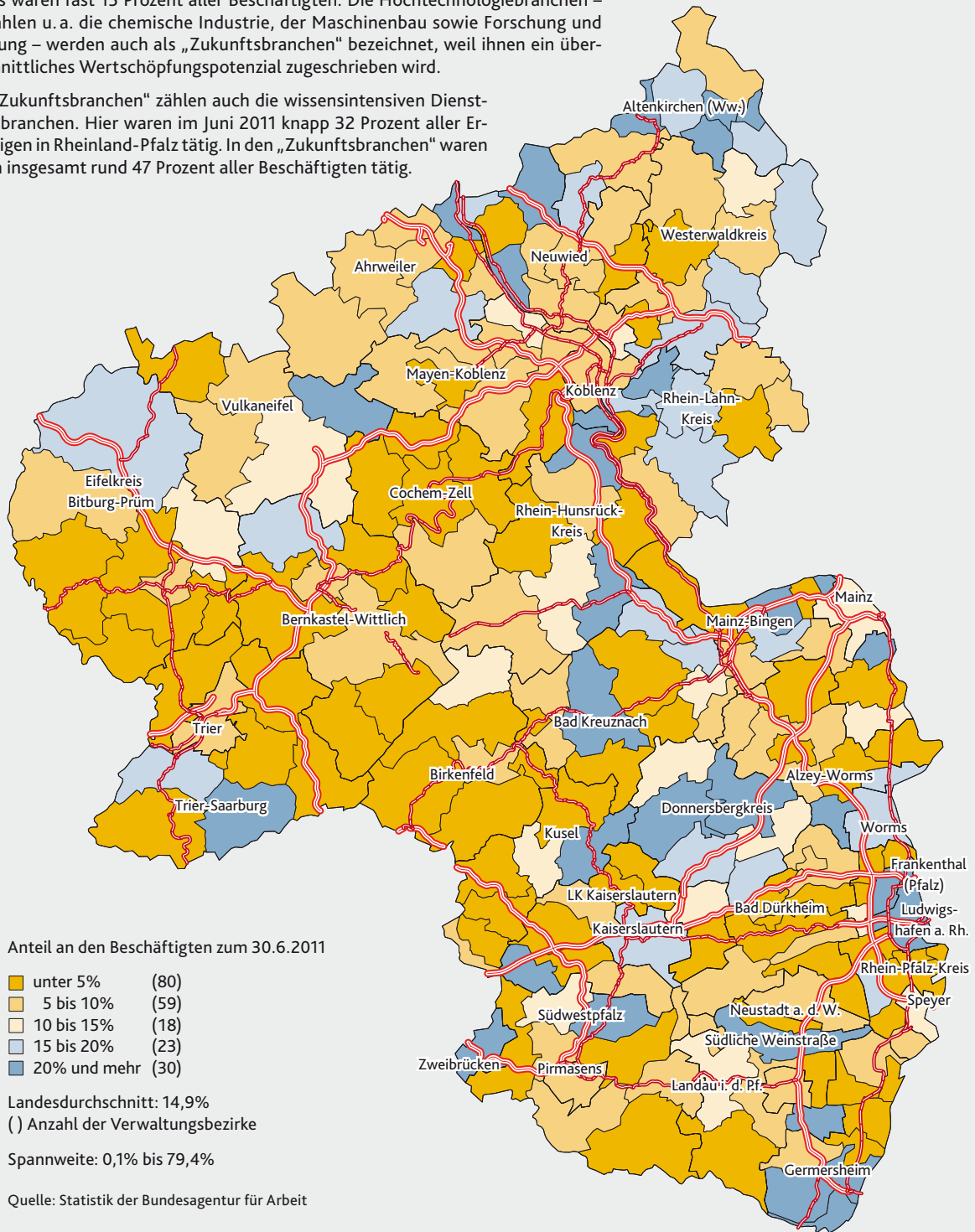


Beschäftigte in den Hochtechnologiebranchen am 30. Juni 2011

Rund 47 Prozent aller Beschäftigten in „Zukunftsbranchen“ tätig

Im Juni 2011 waren in Rheinland-Pfalz 177 100 Personen in Hochtechnologiebranchen tätig. Das waren fast 15 Prozent aller Beschäftigten. Die Hochtechnologiebranchen – hierzu zählen u. a. die chemische Industrie, der Maschinenbau sowie Forschung und Entwicklung – werden auch als „Zukunftsbranchen“ bezeichnet, weil ihnen ein überdurchschnittliches Wertschöpfungspotenzial zugeschrieben wird.

Zu den „Zukunftsbranchen“ zählen auch die wissensintensiven Dienstleistungsbranchen. Hier waren im Juni 2011 knapp 32 Prozent aller Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz tätig. In den „Zukunftsbranchen“ waren demnach insgesamt rund 47 Prozent aller Beschäftigten tätig.



Ausbildung an den Schulen des Gesundheitswesens und in den Bildungsgängen der Altenpflege 2011/12

Aktuelle Daten zur Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen



Von Bettina Link

Die Sicherung des Nachwuchses in den Gesundheitsfachberufen sowie in der Altenpflege wird in den nächsten Jahren weiter an Bedeutung gewinnen. Einerseits lassen die geänderten sozialen und demografischen Rahmenbedingungen sowie der anhaltende medizinische Fortschritt eine Zunahme der Nachfrage nach Gesundheitsfach- und Pflegekräften erwarten, andererseits wächst der Ersatzbedarf durch ausscheidende Beschäftigte. Diese Entwicklungen lenken den Blick zunehmend auch auf die (Erst-)Ausbildung. Diese findet für die meisten nichtakademischen Gesundheitsfachberufe an den Schulen des Gesundheitswesens und für den Bereich der Altenpflege an Fachschulen statt.

Steigender Fachkräftebedarf

Für die Deckung des derzeitigen und des künftigen Fachkräftebedarfs im Gesundheits- und Altenpflegebereich spielt die Erweiterung der Ausbildungskapazitäten eine zentrale Rolle. In einem von der Landesregierung beauftragten Gutachten¹ wird beispielsweise für die Gesundheits- und (Kinder-) Krankenpflege bis zum Jahr 2015 von einer Erhöhung des Fachkräftedefizits auf rund 2 340 Personen ausgegangen. Ein wesentlicher Teil dieser Fachkräfte – etwa

30 bis 40 Prozent – soll über die Erhöhung der Absolventenzahlen an den Schulen des Gesundheitswesens gewonnen werden. Ähnlich ist die Situation im Bereich der Altenpflege. Für den Beruf der Altenpflegerin bzw. des Altenpflegers wird bis zum gleichen Zeitpunkt von einem Defizit in Höhe von rund 1 660 Fachkräften ausgegangen. Auch hier wird eine wesentliche Erhöhung der Absolventenzahlen angestrebt.²

Ausbildung an Schulen des Gesundheitswesens und an Fachschulen

Die bekanntesten an den Gesundheits-schulen angebotenen Bildungsgänge dürften die Gesundheits- und Krankenpflege sowie die Gesundheits- und Kinderkrankenpflege sein.

¹ Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demographie (Hrsg.): Gutachten zum Fachkräfte- und Ausbildungsbedarf in den Gesundheitsfachberufen – Ergebnisse aus dem Landesleitprojekt „Fachkräftesicherung in den Gesundheitsfachberufen“, Mainz 2012.

² Das Gutachten geht davon aus, dass in den Jahren 2015 bis 2020 jährlich jeweils rund 220 Absolventinnen und Absolventen in der Gesundheits- und (Kinder-) Krankenpflege und knapp 100 in der Altenpflege mehr benötigt werden, als der Berechnung nach voraussichtlich zur Verfügung stehen.

T 1

Schülerinnen und Schüler an Schulen des Gesundheitswesens und in den Bildungsgängen der Altenpflege im Schuljahr 2011/12 nach Bildungsgängen und Staatsangehörigkeit

Bildungsgänge	Schulen	Klassen	Schülerinnen und Schüler					Veränderung von insgesamt gegenüber 2010/11	
			insgesamt	Frauen		Ausländerinnen und Ausländer		Anzahl	%
				Anzahl	%	Anzahl	%		
Bildungsgänge an Schulen des Gesundheitswesens									
Krankenpflege	52	198	3 702	3 133	84,6	186	5,0	27	0,7
Gesundheits- und Krankenpflege	41	156	3 136	2 612	83,3	159	5,1	-77	-2,4
Gesundheits- und Kinderkrankenpflege	10	36	452	421	93,1	20	4,4	105	30,3
Gesundheits-, Kranken- und Kinderkrankenpflege	1	6	114	100	87,7	7	6,1	-1	-0,9
Krankenpflegehilfe	7	7	141	119	84,4	19	13,5	-6	-4,1
Physiotherapie	18	94	1 611	1 032	64,1	88	5,5	-23	-1,4
Rettungsassistent	7	23	447	143	32,0	4	0,9	-12	-2,6
Ergotherapie	8	24	440	382	86,8	6	1,4	1	0,2
Pharmazeutisch-technische Assistenz	4	11	273	256	93,8	30	11,0	-25	-8,4
Medizinisch-technische Laborassistent	5	12	240	211	87,9	19	7,9	-4	-1,6
Massage und medizinische(r) Bademeister/-in	11	29	185	106	57,3	16	8,6	-13	-6,6
Logopädie	3	9	138	131	94,9	2	1,4	-4	-2,8
Entbindungspflege	3	8	123	123	100,0	4	3,3	-5	-3,9
Operationstechnische Assistenz	4	8	104	93	89,4	5	4,8	21	25,3
Medizinisch-technische Radiologieassistent	2	9	65	51	78,5	4	6,2	1	1,6
Diätassistent	1	3	37	34	91,9	-	-	-4	-9,8
Podologie	2	6	23	18	78,3	-	-	-12	-34,3
Zusammen	127	441	7 529	5 832	77,5	383	5,1	-58	-0,8
Bildungsgänge der Altenpflege									
Altenpflege	.	.	2 252	1 867	82,9	133	5,9	64	2,9
Altenpflegehilfe	.	.	664	564	84,9	41	6,2	197	42,2
Zusammen	27	120	2 916	2 431	83,4	174	6,0	261	9,8

Nahezu die Hälfte der Schülerinnen und Schüler des Schuljahres 2011/12 erlernt einen dieser beiden Berufe. Ebenfalls viele Schülerinnen und Schüler, etwa ein Fünftel, werden zur Physiotherapeutin bzw. zum Physiotherapeuten ausgebildet. Zu den insgesamt 15 nichtärztlichen Gesundheitsfachberufen (ohne Altenpflege) zählen neben den pflegerischen und therapeutischen Berufen auch die Assistenzberufe.

Anders als in vielen europäischen Ländern werden diese nichtärztlichen Gesundheitsfachberufe in Deutschland nicht an Hochschulen erlernt, sondern in Form einer zwei- bis dreijährigen Ausbildung an den Schulen des Gesundheitswesens. Eine Ausnahme bilden die Krankenpflegehilfe- und die Rettungsassistentenausbildung, die innerhalb eines Jahres absolviert werden können.

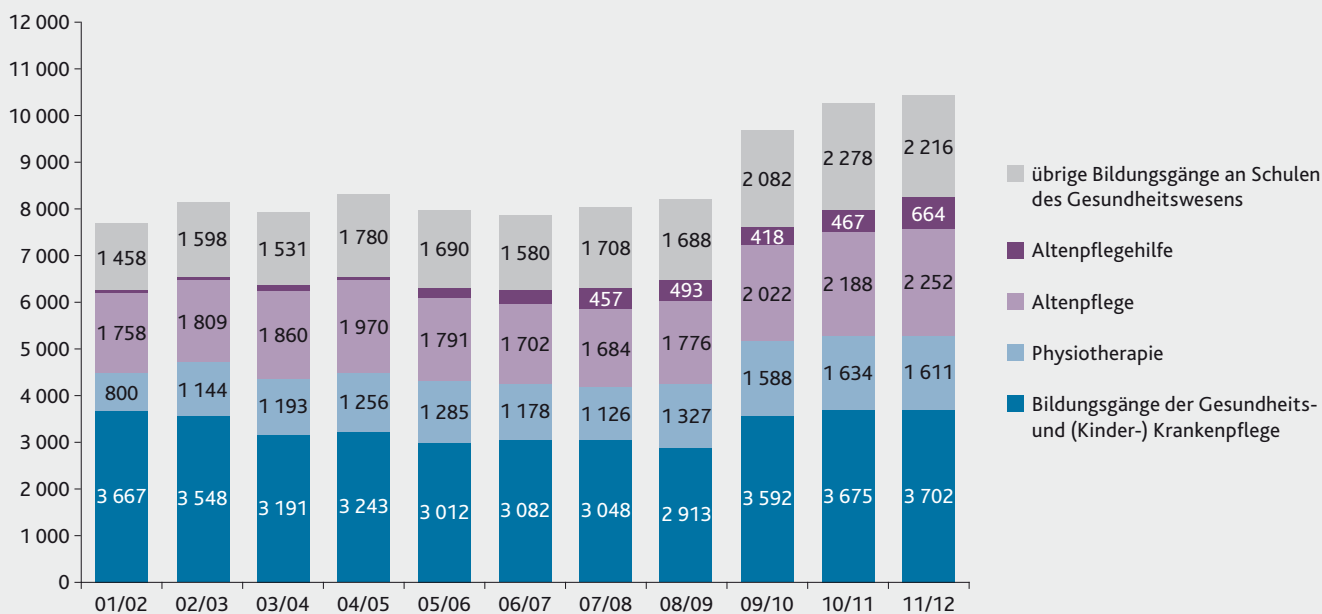
Schulen des Gesundheitswesens stellen eine besondere Form der berufsbildenden Schulen dar. Sie sind häufig privat organisiert und – insbesondere im Pflegebereich – oft an Krankenhäuser angegliedert oder kooperieren mit diesen.

Fast die Hälfte der zurzeit 127 Gesundheitsschulen wird von weniger als 50 Schülerinnen und Schülern besucht.

Die Struktur dieser Einrichtungen unterscheidet sich damit deutlich von jener der Fachschulen, die für die Ausbildung der Berufe der Altenpflege zuständig sind. Einzelne Bildungsgänge im Bereich der Altenpflege weisen zwar ebenfalls geringe Schülerzahlen auf, sie werden jedoch häufig als Teil einer größeren berufsbildenden Schule geführt. An diesen Organisationseinheiten werden im Mittel (Median) über 900 Schülerinnen und

G 1

Schülerinnen und Schüler¹ an Schulen des Gesundheitswesens und in Bildungsgängen der Altenpflege 2001/02–2011/12 nach Bildungsgängen



¹ Zum Schuljahr 2009/10 wurde für die Erhebung an den Schulen des Gesundheitswesens eine gesetzliche Auskunftspflicht eingeführt.

Schüler unterrichtet. Eine übliche berufsbildende Schule vereint unterschiedliche Schulformen und Bildungsgänge verschiedenster Fachrichtungen. Zum Bereich der Altenpflege gehören die dreijährige Ausbildung zur Altenpflegerin bzw. zum Altenpfleger sowie die einjährige Ausbildung zur Altenpflegehelferin bzw. zum Altenpflegehelfer, die jeweils in Vollzeit absolviert werden.

Mehr Auszubildende in der Altenpflege

Zu Beginn des Schuljahres 2011/12 absolvierten an den Schulen des Gesundheitswesens 7 529 Personen eine Ausbildung in einem nichtakademischen Gesundheitsfachberuf. Das waren 0,8 Prozent weniger als im Schuljahr 2010/11. Zuwächse gab es in den Bildungsgängen der Krankenpflege, in der Ergotherapie sowie in zwei Assistenzberufen.

Daten zu den Schulen des Gesundheitswesens im Zeitvergleich

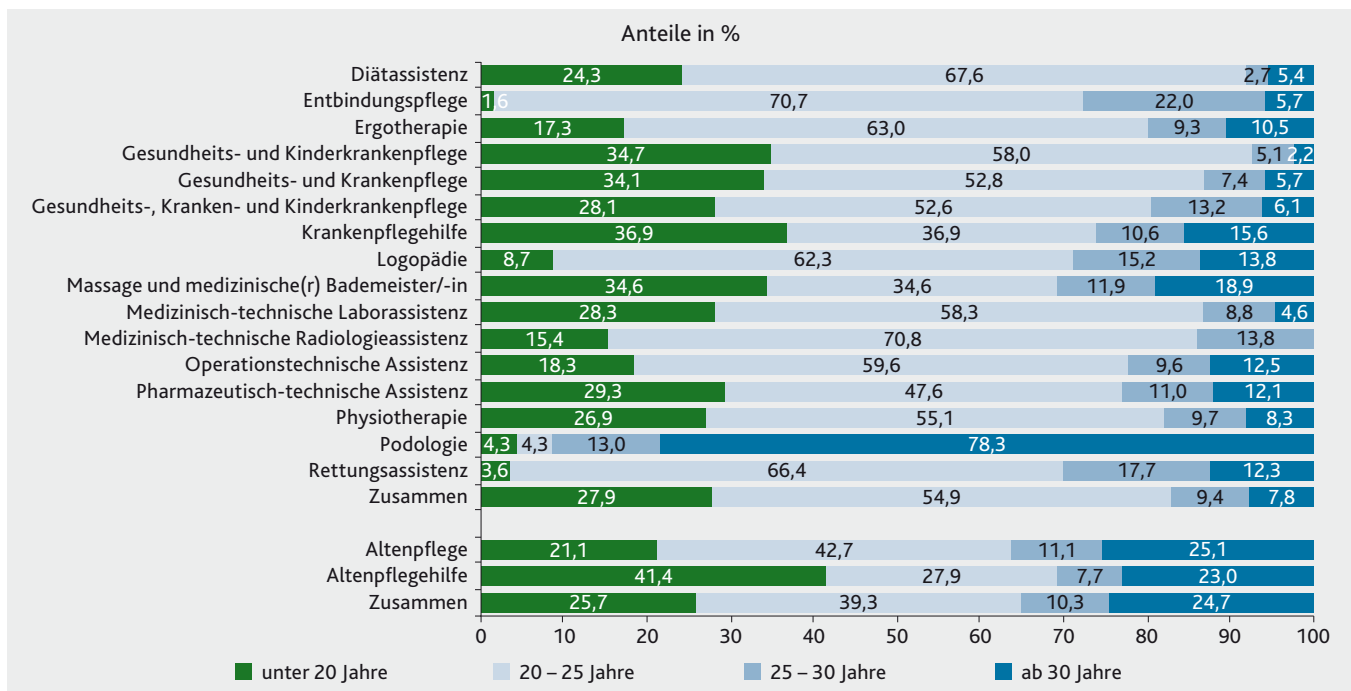
Für die Erhebung der Schulen des Gesundheitswesens wurde zum Schuljahr 2009/10 eine gesetzliche Auskunftspflicht eingeführt. Ein Vergleich mit Schuljahren vor 2009/10 ist nur bedingt möglich, da für diesen Zeitraum von einer Untererfassung ausgegangen werden muss.

Im Bereich der Altenpflege- und Altenpflegehilfe bestehen keine derartigen methodischen Probleme, da die entsprechende Erhebung bereits seit Jahrzehnten verpflichtend durchgeführt wird.

In den Bildungsgängen der Altenpflege und der Altenpflegehilfe stieg die Zahl der Schülerinnen und Schüler auf 2 916 Personen. Das sind 9,8 Prozent mehr als im Schuljahr 2010/11.

Auszubildende in der Podologie selten jünger als 25 Jahre

Die überwiegende Mehrheit der Auszubildenden an den Schulen des Gesundheitswesens ist unter 25 Jahren alt (83 Prozent). In den ein-



zelen Ausbildungsgängen unterscheidet sich die Altersstruktur allerdings zum Teil deutlich. Während es im Bildungsgang Gesundheits- und Kinderkrankenpflege überdurchschnittlich viele Auszubildende unter 25 Jahren gibt (93 Prozent), sind es im Bereich der Podologie, dem am schwächsten besetzten Bildungsgang, mit 8,7 Prozent nur sehr wenige.

Denkbare Gründe für die unterschiedliche Alterszusammensetzung sind die rechtlichen Bestimmungen zur Vorbildung und die unterschiedliche Personalgewinnungspraxis der ausbildenden Einrichtungen. Zudem kann davon ausgegangen werden, dass bestimmte Bildungsgänge verstärkt von Personen besucht werden, die bereits über einen Berufsabschluss verfügen und sich beruflich umorientieren.

Letzteres ist auch für den Bereich der Altenpflege und der Altenpflegehilfe zu vermuten. In beiden Bildungsgängen ist die Mehrzahl

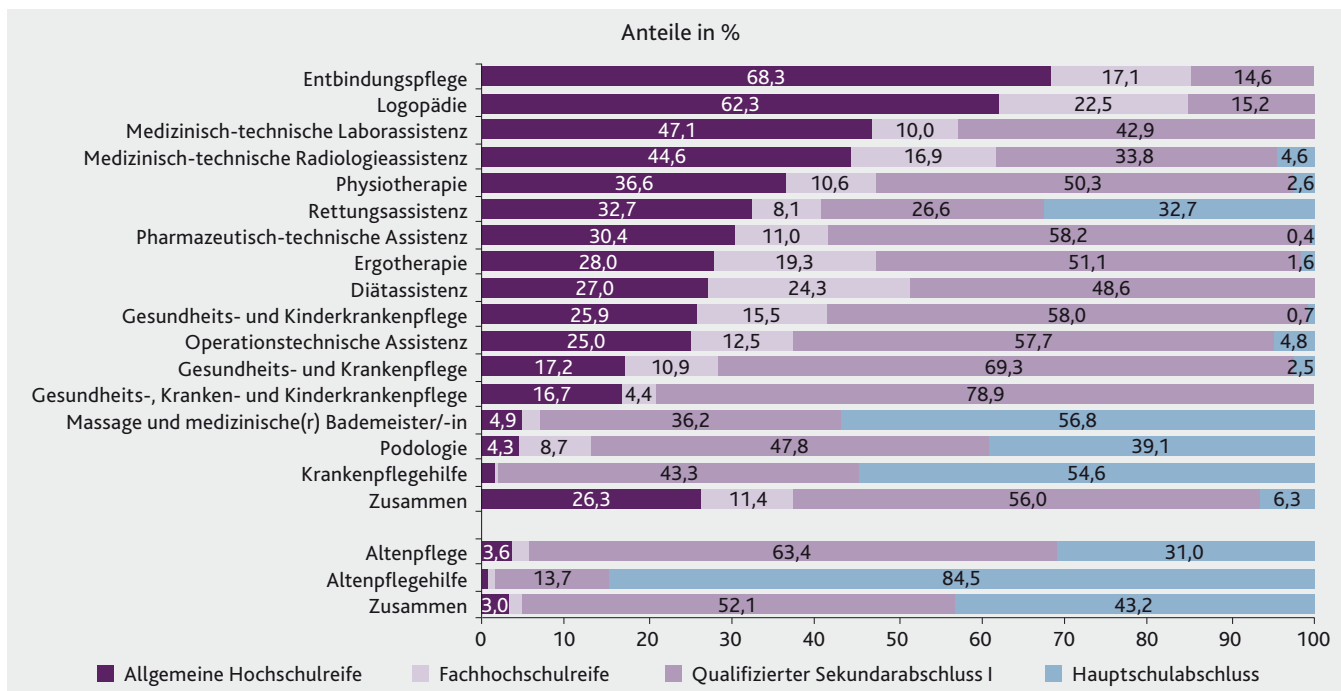
der Auszubildenden zwar unter 25 Jahren, die 30-Jährigen und Älteren stellen jedoch mit 25 Prozent und 23 Prozent einen wesentlichen Anteil.

Frauen in der Überzahl

Die Gesundheitsfachberufe sind eine Frauendomäne. Nur etwa zwei von zehn Auszubildenden in diesem Bereich sind männlich. Abgesehen von der Entbindungspflege ist der Anteil der Männer besonders gering in den Bildungsgängen Gesundheits- und Kinderkrankenpflege sowie in der Diätassistent. Auch die Altenpflegehilfebildungsgänge werden fast ausschließlich von Frauen besucht. Relativ viele Männer befinden sich hingegen in der Ausbildung zum Rettungsassistenten (71 Prozent). Hintergrund hierfür ist sicherlich auch die in der Vergangenheit praktizierte Rekrutierung der Auszubildenden über den Zivildienst oder die Bundeswehr.

G 3

Schülerinnen und Schüler an Schulen des Gesundheitswesens und in Bildungsgängen der Altenpflege 2011/12 nach schulischer Vorbildung und Bildungsgängen



Mittlerer Schulabschluss dominiert

Seit Dezember vergangenen Jahres sorgt ein Vorschlag der Europäischen Kommission für Diskussionen. Diese will für den Zugang zur Krankenz- und Entbindungszpflegeausbildung künftig eine zwölfjährige allgemeine Schulbildung vorschreiben. Eine derartige Vorgabe entspricht zwar den Regelungen der meisten europäischen Länder, in Deutschland und Luxemburg sind bisher allerdings zehn Jahre ausreichend.³

Mit der Reform wird eine Aufwertung des Pflegeberufs angestrebt, die möglicherweise auch die Rekrutierung neuer Fachkräfte erleichtert. Zudem soll eine Verbesserung der Fachkräfte-Mobilität in Europa erreicht werden. Demgegenüber steht insbeson-

dere in Deutschland die Befürchtung einer Verschärfung des Fachkräftedefizits durch die zusätzliche Beschränkung des Zugangs zu den Pflegeausbildungen. Die Bundesregierung hat sich daher gegen den Vorschlag ausgesprochen.⁴

Tatsächlich verfügen zurzeit sieben von zehn Auszubildenden an den Schulen des Gesundheitswesens und in den Bildungsgängen der Altenpflege über den qualifizierten Sekundarabschluss I (mittlere Reife) oder über den Hauptschulabschluss und weniger als ein Drittel über die Hochschulreife.

Hinsichtlich des Anteils der Auszubildenden mit Hochschulreife gibt es zwischen den verschiedenen Bildungsgängen allerdings deutliche Unterschiede.

Die höchsten Abiturientenanteile weisen die Bildungsgänge Entbindungszpflege und Logopädie auf (jeweils 85 Prozent), die gering-

³ Europäische Kommission, Pressemitteilung, Modernisierung der Richtlinie über Berufsqualifikationen erleichtert qualifizierten Berufstätigen die Stellensuche in ganz Europa, 19. Dezember 2011.

⁴ Bund-Länder-Arbeitsgruppe Weiterentwicklung der Pflegeberufe: Eckpunkte zur Vorbereitung des Entwurfs eines neuen Pflegegesetzes, März 2012.

ten die Bereiche Krankenpflegehilfe (1,7 Prozent) und Altenpflegehilfe (2,3 Prozent). In der Krankenpflege verfügen 30 Prozent der Schülerinnen und Schüler über die Studienberechtigung.

Schülerinnen und Schüler mit Hauptschulabschluss sind in den Gesundheitsfachberufen grundsätzlich nur relativ gering vertreten. Vergleichsweise viele Azubis mit Hauptschulabschluss gibt es allerdings in den Bildungsgängen Massage und medizinischer Bademeister (57 Prozent) sowie Podologie und Rettungsassistenz. Einen großen Anteil haben die Personen mit Hauptschulabschluss an der wachsenden Zahl der Auszubildenden in der Altenpflegehilfe (84,5 Prozent).

Akademisierung der Ausbildung

Die Ausbildung in Gesundheitsfachberufen unterliegt einem zunehmenden Druck zur Akademisierung. In einer aktuellen Stellungnahme spricht sich der Wissenschaftsrat dafür aus, zehn bis 20 Prozent eines Ausbildungsjahrgangs in den Bereichen Pflege, Therapie und Entbindungspflege künftig in primärqualifizierenden Studiengängen auszubilden. Diese Studiengänge sollen zu einem Bachelor-Abschluss führen und zur unmittelbaren Tätigkeit am Patienten befähigen.⁵

Die modellhafte Einrichtung von Studiengängen ist in der Pflege bereits seit dem Krankenpflegegesetz vom 16. Juli 2003 (BGBl. I S. 1442) möglich. In den therapeutischen Gesundheitsfachberufen (Physiotherapie, Logopädie, Ergotherapie) und in

⁵ Wissenschaftsrat: Empfehlungen zu hochschulischen Qualifikationen für das Gesundheitswesen, Berlin 2012.

⁶ Ebd.

Studiengänge

Das bestehende Studienangebot lässt sich in drei unterschiedliche Arten unterteilen⁶.

Ausbildungsintegrierende Studiengänge

In dieser Ausbildungsform erfolgt die Ausbildung durch eine Verzahnung von schulischen, hochschulischen und praktischen Inhalten. Die Auszubildenden lernen an einer Schule des Gesundheitswesens, an Hochschulen und an kooperierenden Praxiseinrichtungen (Krankenhäusern, Praxen, Gesundheitszentren etc.). Derartige Bildungsgänge führen in der Regel zu einem anerkannten Berufsabschluss und zu einem akademischen Abschluss.

Primärqualifizierende Studiengänge

Hierbei handelt es sich um erstqualifizierende Studiengänge, in denen die staatliche Anerkennung und die Befähigung zur Berufsausübung durch ein Hochschulstudium – und nicht wie sonst üblich – durch die Ausbildung an einer Schule des Gesundheitswesens erlangt wird. Die vorherige Ausbildung an einer Schule des Gesundheitswesens ist nicht erforderlich. Die Bildungsgänge führen in der Regel ebenfalls zu einem anerkannten Berufsabschluss und zu einem akademischen Abschluss.

Studiengänge der beruflichen Weiterbildung

Diese Studiengänge richten sich vorrangig an Personen, die bereits über eine abgeschlossene Ausbildung in einem Gesundheitsfachberuf und ggf. über Berufserfahrung verfügen. Zum Teil werden allerdings auch keine entsprechenden Qualifikationen vorausgesetzt. Diese Bildungsgänge zielen üblicherweise ausschließlich auf die Vermittlung des akademischen Abschlusses.

T 2

Schülerinnen und Schüler an Schulen des Gesundheitswesens, die zusätzlich einen dualen Studiengang besuchen im Schuljahr 2011/12 nach Bildungsgängen

Bildungsgang	Schülerinnen und Schüler	Darunter Studierende						
		Ins-gesamt		davon in den Bachelorstudiengängen ...				
				Gesundheit und Pflege ¹	Physio-therapie ²	Hebammen-wesen ³	BWL Gesundheits-wesen und soziale Einrichtungen ⁴	Pflege ³
Anzahl	% ⁵	Anzahl						
Gesundheits- und Krankenpflege	3 136	56	1,8	53	-	-	2	1
Entbindungspflege	123	37	30,1	21	-	16	-	-
Gesundheits-, Kranken- und Kinderkrankenpflege	114	6	5,3	3	-	-	2	1
Logopädie	138	33	23,9	33	-	-	-	-
Physiotherapie	1 611	94	5,8	70	24	-	-	-
Insgesamt	5 122	226	4,4	180	24	16	4	2

1 Katholische Fachhochschule Mainz – 2 Hochschule Reutlingen (10 Studierende) und Thim van der Laan University College, NL (14 Studierende) – 3 Fachhochschule Ludwigshafen – 4 Duale Hochschule Mannheim – 5 An allen Schülerinnen und Schülern des Bildungsgangs.

der Entbindungspflege besteht diese Möglichkeit – die auf berufsgesetzlich geregelten Modellklauseln basiert – seit dem Jahr 2009.⁷ Diese Klauseln sehen vor, dass der theoretische Teil der Ausbildung statt in einer Schule des Gesundheitswesens auch an einer Hochschule absolviert werden kann, sofern das Ausbildungsziel hierdurch nicht gefährdet wird. Alle Modellklauseln gelten zunächst bis zum Jahr 2017 und sollen frühestens 2015 vom Bundesministerium für Gesundheit evaluiert werden.

In der letzten Erhebung über die Schulen des Gesundheitswesens wurde erstmals die Zahl jener Schülerinnen und Schüler erfragt, die zusätzlich zu ihrer schulischen Ausbildung eine Hochschule besuchen. Für das Schuljahr 2011/12 trifft dies auf 226 Schülerinnen und Schüler und damit auf 4,4 Prozent der Auszubildenden in den entsprechenden Bildungsgängen zu. Relativ viele Studierende finden sich unter den Auszubildenden im Bereich Entbindungspflege (30 Prozent). Auch künftige Logopädinnen

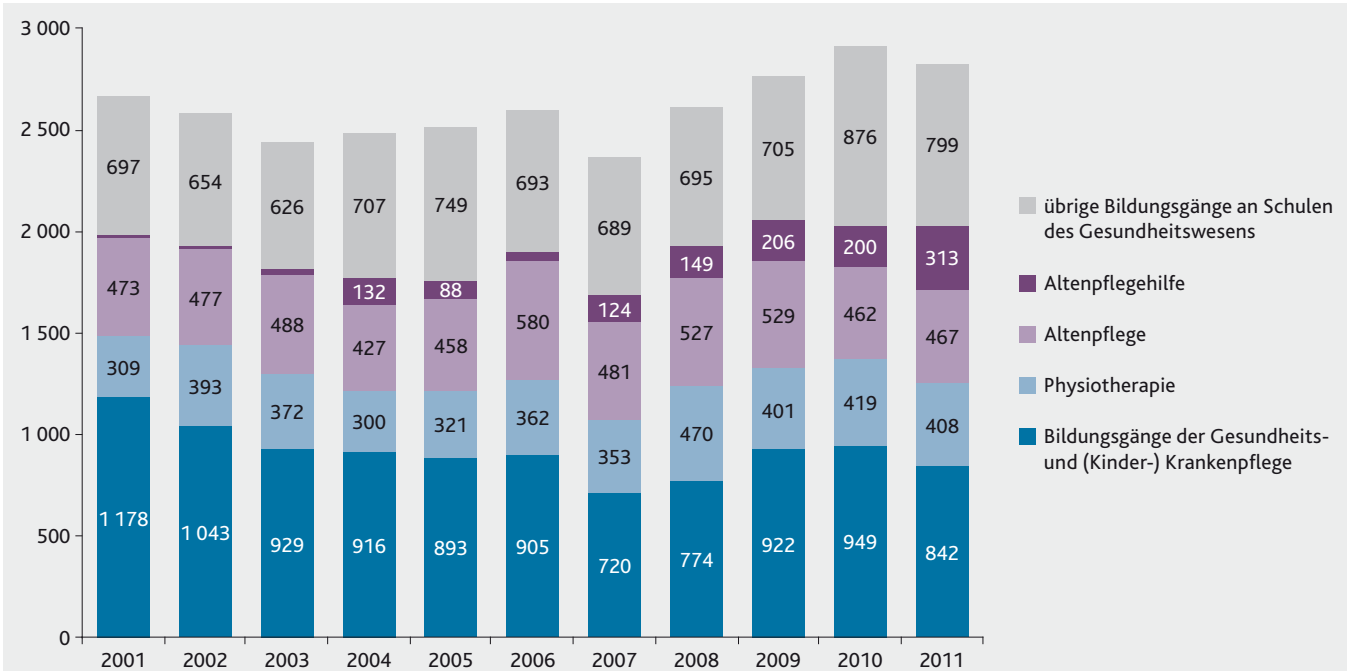
und Logopäden absolvieren verhältnismäßig häufig ein ausbildungsbegleitendes Studium (24 Prozent). Proportional weniger Studierende finden sich im Bildungsgang Physiotherapie sowie in den Krankenpflegebildungsgängen.

Bei der Interpretation dieser Daten ist zu beachten, dass Schülerinnen und Schüler der übrigen Bildungsgänge, beispielsweise der Diätassistenten oder der medizinisch technischen Assistenzberufe bisher noch nicht die Möglichkeit eines integrierten oder primärqualifizierenden Studiums haben. Auch Weiterbildungsstudiengänge existieren für diese Berufe nicht oder nur in einem sehr geringen Ausmaß. Zudem ist zu berücksichtigen, dass in der Erhebung über die Schulen des Gesundheitswesens lediglich jene Studierenden erfasst werden, die eine Hochschule und eine Schule des Gesundheitswesens besuchen. Es ist daher davon auszugehen, dass die Mehrzahl der 226 Schülerinnen und Schüler ausbildungsintegrierte Studiengänge belegt, also Studiengänge, in denen die akademische, die schulische und die praktische Ausbildung verzahnt sind.

7 Vgl. Gesetz über die Einführung einer Modellklausel in die Berufsgesetze der Hebammen, Logopäden, Physiotherapeuten und Ergotherapeuten vom 25. September 2009.

G 4

Absolventinnen und Absolventen aus Schulen des Gesundheitswesens und aus Bildungsgängen der Altenpflege 2001–2011¹ nach Bildungsgängen



¹ Zum Schuljahr 2009/10 wurde für die Erhebung an den Schulen des Gesundheitswesens eine gesetzliche Auskunftspflicht eingeführt.

Mittelfristig wird die Akademisierung der Gesundheitsfachberufe auch zu einer Änderung des Verantwortungs- und Aufgabenbereiches der nichtärztlichen Fachkräfte führen. Die organisatorischen, rechtlichen, versicherungs- und vergütungstechnischen Konsequenzen dieser Entwicklung sind Gegenstand der aktuellen Diskussionen und Verhandlungen.

Auf dem Weg zur integrierten Pflegeausbildung

Neben der Akademisierung zeichnet sich für die Pflegeberufe eine weitere wichtige Neuerung ab. Beschrieben wird diese im Eckpunktepapier⁸ zur Vorbereitung eines neuen Pflegeberufe-Gesetzes der „Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung der Pflegeberufe“. Kernelement dieses im März

2012 vorgelegten Papiers ist die bereits im Koalitionsvertrag vorgesehene Schaffung einer einheitlichen Pflegeausbildung. Die geplante generalistisch angelegte Ausbildung soll die bisher getrennten Bildungsgänge der Altenpflege, der Gesundheits- und Krankenpflege sowie der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege vereinen. Durch die Reform soll die Ausbildung zum einen an die veränderten Anforderungen der pflegerischen Versorgung angepasst werden. Beispielsweise entspricht die Differenzierung der Pflegeberufe nach dem Alter der zu Pflegenden nach Meinung der Autoren nicht mehr den aktuellen Erkenntnissen der Pflegewissenschaft und soll daher aufgehoben werden. Des Weiteren soll die Reform die Attraktivität der Ausbildung steigern, indem sie die individuellen Einsatz- und Entwicklungsmöglichkeiten der Beschäftigten erhöht.

⁸ Bund-Länder-Arbeitsgruppe Weiterentwicklung der Pflegeberufe: Eckpunkte zur Vorbereitung des Entwurfs eines neuen Pflegegesetzes, März 2012.

Steigende Absolventenzahlen in der Altenpflege

In der Zeit von Anfang Oktober 2010 bis Ende September 2011 bestanden 2 829 Schülerinnen und Schüler die Abschlussprüfung in einem der Gesundheitsfachberufe (einschließlich Altenpflege). Das waren 2,6 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. In den Berufen Gesundheits- und (Kinder-) Krankenpflege wurden insgesamt 107 Personen weniger ausgebildet als im Vorjahr (-11 Prozent). Demgegenüber erhöhte sich die Zahl der Absolventinnen und Absolventen der Altenpflege im gleichen Zeitraum um 1,1 Prozent auf 467. Ausgehend von dem eingangs geschilderten Mehrbedarf sind somit sowohl in der Gesundheits- und Krankenpflege als auch in der Altenpflege noch deutliche Zuwächse erforderlich. Die Landesregierung begegnet diesem Bedarf derzeit mit der Entwicklung eines differenzierten Ausbildungsstättenplans.

Ausblick

Die Ausbildung im Bereich der Gesundheitsfachberufe und in der Altenpflege sieht sich momentan vielen Veränderungsanforderungen gegenüber.

So stehen die Ausbildungseinrichtungen vor der Aufgabe, mehr Schülerinnen und Schüler für die Ausbildung zu gewinnen. Dabei konkurrieren sie immer stärker mit anderen Ausbildungsangeboten, zum einen, weil die Zahl der Menschen im ausbildungstypischen Alter schrumpft, zum anderen, weil immer mehr junge Menschen die Hochschulreife

erlangen und damit auch die Möglichkeit haben, statt der schulischen eine akademische Ausbildung zu wählen. Dem entspricht die zunehmende Akademisierung des Gesundheitsbereichs, die auch durch die sich wandelnden Anforderungen im Gesundheitssektor vorangetrieben wird.

Potenzielle Auszubildende für die Pflege stellen aber auch Personen mit weniger hohen schulischen Vorqualifikationen dar. Für diese Gruppe kann die Kranken- oder Altenpflegehilfeausbildung ein geeigneter Einstieg sein.

Mit dem Vorhaben, die Pflegeausbildungen zu einer generalistischen Ausbildung zusammenzufügen, werden die Einsatz- und Entwicklungsmöglichkeiten der Beschäftigten dieses Bereiches zusätzlich erhöht. Zusammen mit einem durchlässigen System von Weiterqualifizierungsmöglichkeiten ergibt sich hierdurch möglicherweise eine Attraktivitätssteigerung des Bereichs, die zusätzliche Auszubildende anzieht. Letztendlich hängt die Deckung des Fachkräftebedarfs nicht nur von der Reform der Ausbildungseinrichtungen sondern auch von der Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegebereich ab. Denn gute Arbeitsbedingungen tragen nicht nur dazu bei, neue Fachkräfte zu gewinnen, sie können auch helfen, bereits beschäftigte Fachkräfte länger im Beruf zu halten.

Bettina Link, Diplom-Soziologin und Magistra der Verwaltungswissenschaften leitet das Referat Bildung.

Erwerbstätigkeit 2011

Erwerbstätigenquote mit knapp 49 Prozent auf neuem Höchststand

Von Merle Hattenhauer und Hans-Peter Fein

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus waren im Jahr 2011 rund 1,95 Millionen Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler erwerbstätig; die Erwerbstätigenquote erreichte mit 48,6 Prozent einen neuen Höchststand. Dies ist unter anderem auf die zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen zurückzuführen.

Immer häufiger arbeiten Erwerbstätige außerhalb der normalen Arbeitszeit. Stark zugenommen hat vor allem die Arbeit am Abend. Rund 42 Prozent der Erwerbstätigen gaben an, zumindest gelegentlich auch nach 18 Uhr zu arbeiten.

Mikrozensus liefert wichtige Ergebnisse zur Erwerbsarbeit

Arbeitsmarktberichterstattung der amtlichen Statistik

Die Arbeitsmarktberichterstattung der amtlichen Statistik bedient sich einer Vielzahl unterschiedlicher Datenquellen. Zu nennen sind neben dem Mikrozensus und der darin integrierten Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (Labour Force Survey – LFS) vor allem die Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowie die Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit.

Mikrozensus als dezentrale Bundesstatistik

Der Mikrozensus wird als dezentrale Bundesstatistik in den Statistischen Landesämtern durchgeführt. Die Ergebnisse gehen ein in Regierungsberichte und in das Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Darüber hinaus bilden sie die

Grundlage für die laufende Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, den jährlichen Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung und vieles andere mehr. Für eine Reihe kleinerer Erhebungen der empirischen Sozial- und Meinungsforschung sowie der amtlichen Statistik dient der Mikrozensus als Hochrechnungs-, Adjustierungs- und Kontrollinstrument.

Zudem basieren viele nationale und internationale Indikatoren zur Beschäftigungspolitik auf den Ergebnissen des Mikrozensus zur Erwerbstätigkeit. Ein Beispiel ist die Erwerbstätigenquote, die einen der zentralen Indikatoren im europäischen Kontext darstellt. Der Erwerbsstatus der im Mikrozensus befragten Personen wird nach dem sogenannten „Labour-Force-Konzept“ der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) erhoben.

Mikrozensus als wichtige Datenquelle

Harmonisierte
Ergebnisse
über alle
EU-Staaten

Über die EU-Arbeitskräfteerhebung, die gemeinsam mit dem Mikrozensus durchgeführt wird, werden zudem Daten für europäische und nationale Nutzer bereitgestellt. Die Ergebnisse sind über alle EU-Mitgliedstaaten hinweg harmonisiert und ermöglichen somit europaweite Vergleiche. Das Frageprogramm der EU-Arbeitskräfteerhebung umfasst außer den jährlich in gleicher Weise zu erfassenden Kernfragen auch sogenannte Ad-hoc-Module, die aktuelle Themen abdecken. Im Jahr 2011 wurden beispielsweise Daten über die Einschränkung der Erwerbstätigkeit auf Grund chronischer Erkrankungen bzw. gesundheitlicher Probleme erhoben. Die Ad-hoc-Module werden allerdings nur mit einem Auswahlsatz von 0,1 Prozent erhoben, was die Möglichkeiten der Auswertung dieser Merkmale für kleinere Bundesländer wie Rheinland-Pfalz sehr einschränkt.

Seit dem Umstieg auf ein unterjähriges Erhebungskonzept können Quartals- und Jahresdurchschnittsergebnisse bereitgestellt werden. Für Rheinland-Pfalz sollen im Folgenden Jahresdurchschnittsergebnisse für das Jahr 2011 dargestellt werden. Zur Ver-

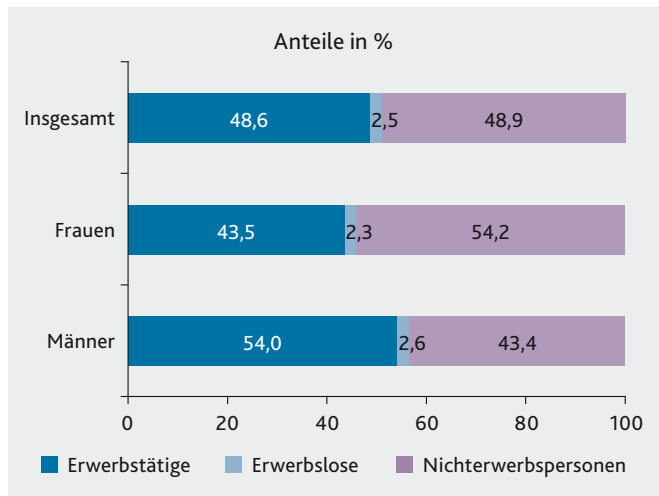
Erwerbstätigkeit in der Erwerbstätigenrechnung

Ergebnisse zum Themenbereich Erwerbstätigkeit werden auch von der Erwerbstätigenrechnung bereitgestellt.

Die Erwerbstätigenrechnung (ETR) ist ein Gesamtsystem im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die Erwerbstätigenrechnung berechnet auf Basis aller verfügbaren Quellen die Zahl der Erwerbstätigen. Sie veröffentlicht Ergebnisse für die Erwerbstätigen am Wohnort und am Arbeitsort sowie nach Stellung im Beruf und Wirtschaftszweig, aber ohne demografische Untergruppen.

Die von der Erwerbstätigenrechnung veröffentlichten Ergebnisse weichen von den ausgewiesenen Zahlen des Mikrozensus aufgrund unterschiedlicher Definitionen, Methoden, Verfahren und Erkenntnisinteressen beider Statistiken ab.

G1 Bevölkerung 2011 nach Beteiligung am Erwerbsleben und Geschlecht



deutlichung der Entwicklung werden Daten des Jahres 2001 herangezogen, wobei der Vergleichbarkeit aufgrund des Umstiegs von einer festen auf eine gleitende Berichtswoche Grenzen gesetzt sind.

Erwerbstätigkeit steigt – vor allem bei Frauen

Zu den Erwerbspersonen gehören die Erwerbstätigen und die Erwerbslosen. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2011 waren rund 1,95 Millionen Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler erwerbstätig. Die Erwerbstätigenquote, also der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung, erreichte mit 48,6 Prozent einen neuen Höchststand.

1,95 Millionen
Erwerbstätige

Innerhalb der letzten zehn Jahre stieg die Zahl der Erwerbstätigen um 7,9 Prozent. Dies spiegelt sich auch in der Erwerbstätigenquote wider; sie lag im Jahr 2001 noch bei knapp 45 Prozent.

Anstieg der
Erwerbs-
tätigenquote

Der Anteil der Erwerbslosen belief sich auf 2,5 Prozent. Fast die Hälfte der rheinland-pfälzischen Bevölkerung (49 Prozent) zählt zu den Nichterwerbspersonen.

Trotz einer allmählichen Angleichung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern weichen deren Erwerbsmuster noch erheblich voneinander ab.

Zahl der erwerbstätigen Frauen steigt stärker als die der Männer

Im Zeitraum von 2001 bis 2011 ist die Zahl der erwerbstätigen Frauen um gut 119 000 angestiegen (+16 Prozent). Die Zahl der erwerbstätigen Männer erhöhte sich im gleichen Zeitraum lediglich um 22 600 (+2,2 Prozent). Dadurch hat sich seit 2001 der Frauenanteil an allen Erwerbstätigen von 42,5 Prozent auf nunmehr 45,5 Prozent erhöht. Ungeachtet dessen lag die Erwerbstätigenquote der Frauen im Jahr 2011 noch über zehn Prozentpunkte unter der der Männer.

Erwerbstätigenquote der Frauen noch deutlich unter der der Männer

Werden nur die Personen im erwerbsfähigen Alter betrachtet, d. h. zwischen 15 und 65 Jahren, so lag die Erwerbstätigenquote 2011 in Rheinland-Pfalz bei 72,5 Prozent. Die Differenz bei der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern im erwerbsfähigen Alter wird gerne als Indikator für die Gleichstellung der Geschlechter im Erwerbsleben genutzt. Mit einer Erwerbstätigenquote der 15- bis unter 65-jährigen Frauen von rund 67 Prozent übertraf Rheinland-Pfalz das in der Europäischen Beschäftigungsstrategie für 2010 angestrebte Ziel von 60 Prozent. Gleichwohl lag sie noch deutlich unter dem entsprechenden Wert der Männer (78 Prozent).

Personen ab 65 Jahren sind selten erwerbstätig. Lediglich 4,6 Prozent dieser Altersgruppe übte 2011 noch eine Erwerbstätigkeit aus (Frauen: 3,3 Prozent; Männer: 6,4 Prozent).

Immer mehr Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigung

Der Eindruck der starken beruflichen Integration von Frauen relativiert sich, wenn

Erfassung des Erwerbsstatus nach dem Labour-Force-Konzept der ILO (International Labour Organization)

Nach dem Labour-Force-Konzept der ILO, das dem Mikrozensus und der EU-Arbeitskräfteerhebung zugrunde liegt, gliedert sich die Bevölkerung nach ihrer Beteiligung am Erwerbsleben in Erwerbstätige, Erwerbslose und Nichterwerbspersonen, wobei Erwerbstätige und Erwerbslose zu den Erwerbspersonen zusammengefasst werden. Die Erwerbsquote misst den prozentualen Anteil der Erwerbspersonen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe; die Erwerbstätigenquote misst entsprechend den prozentualen Anteil der Erwerbstätigen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

Erwerbstätige

Erwerbstätige sind Personen im Alter von 15 und mehr Jahren, die in der Berichtswoche zumindest eine Stunde gegen Entgelt (Lohn, Gehalt) oder als Selbstständige/r bzw. als mithelfende/r Familienangehörige/r gearbeitet haben oder in einem Ausbildungsverhältnis stehen. Keine Rolle spielt dabei, ob es sich bei der Tätigkeit um eine regelmäßig oder nur gelegentlich ausgeübte Tätigkeit handelt. Darüber hinaus gelten auch solche Personen als Erwerbstätige, bei denen zwar eine Bindung zu einem Arbeitgeber besteht, die in der Berichtswoche jedoch nicht gearbeitet haben, weil sie z. B. Urlaub (auch Sonderurlaub) hatten oder sich in der Elternzeit befanden. Auch Personen mit einer „geringfügigen Beschäftigung“ im Sinne der Sozialversicherungsregelungen gelten als erwerbstätig; ebenso Soldaten, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende.

Erwerbslose

Als erwerbslos gelten solche Personen, die normalerweise erwerbstätig sind und zur Zeit nur vorübergehend – da sie noch keinen neuen Arbeitsplatz gefunden haben – aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind sowie Schulentlassene, die sich um eine Lehr-/Arbeitsstelle bemühen. Die Bezeichnung „erwerbslos“ ist unabhängig davon, ob jemand bei der Arbeitsverwaltung als Arbeitsloser oder als Arbeitsuchender gemeldet ist. Personen, die normalerweise keinem Erwerb nachgehen, z. B. nicht berufstätige Ehepartner, gelten nicht als erwerbslos.

Nichterwerbspersonen

Nichterwerbspersonen sind Personen, die keine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder suchen und somit weder als erwerbstätig noch als erwerbslos einzustufen sind.

Der Mikrozensus

Als repräsentative Haushaltsstichprobe liefert der Mikrozensus ein differenziertes Bild über die Strukturen und Veränderungen der Lebens- und Arbeitssituation der Bevölkerung.

Der „kleine Zensus“ stellt als 1%-Stichprobe kontinuierlich sozioökonomische Strukturdaten bereit, die ansonsten nur über Volkszählungen gewonnen werden könnten. Seit 1996 beinhaltet der Mikrozensus sämtliche Erhebungsmerkmale der Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Union und liefert damit Ergebnisse zum europaweiten Vergleich der Strukturen und Entwicklungen auf den europäischen Arbeitsmärkten.

Der Mikrozensus bietet eine breit gefächerte Datenbasis für Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit und hat damit einen wesentlichen Anteil am System der amtlichen Statistik. Durch die Vielfalt der Merkmalskombinationen auf Personenebene und durch die Abbildung des Haushalts- und Familienzusammenhangs bietet er ein großes Potenzial an statistischen Informationen. So erfasst der Mikrozensus jährlich unter anderem Angaben zu Erwerbstätigkeit und Bildung. In vierjährigen Abständen werden themenspezifische Zusatzprogramme, u. a. zum Arbeitsweg der Erwerbstätigen, Wohnsituation oder Krankenversicherung durchgeführt.

In Rheinland-Pfalz sind jedes Jahr etwa 18 000 Haushalte mit rund 40 000 Personen in die Erhebung einbezogen, bundesweit sind es rund 390 000 Haushalte mit etwa 830 000 Personen. Die Erhebung der Daten für den Mikrozensus erfolgt grundsätzlich über persönliche Befragungen durch rund 200 Interviewerinnen und Interviewer. Seit 2005 werden flächendeckend Laptops als zentrales Erhebungsinstrument eingesetzt.

Wie bei jeder Stichprobenerhebung können auch hier Zufallsfehler entstehen. Bei stark

besetzten Merkmalen ist dieser Fehler nur von geringer Bedeutung. Um auf die eingeschränkte Aussagekraft hinzuweisen, werden Ergebnisse mit einer hochgerechneten Besetzung von unter 10 000 Personen in veröffentlichten Tabellen geklammert und Ergebnisse unter 5 000 nicht veröffentlicht.

Im Rahmen der Hochrechnung erfolgt eine Anpassung an Eckwerte der laufenden Bevölkerungsfortschreibung und des Ausländerzentralregisters. Die Entwicklung von Haushalten und der Lebensformen der Bevölkerung folgt im Allgemeinen langfristigen gesellschaftlichen Trends, die üblicherweise keine großen Sprünge im Zeitverlauf aufweisen. Im vorliegenden Aufsatz werden daher ausschließlich Jahresdurchschnittswerte präsentiert.

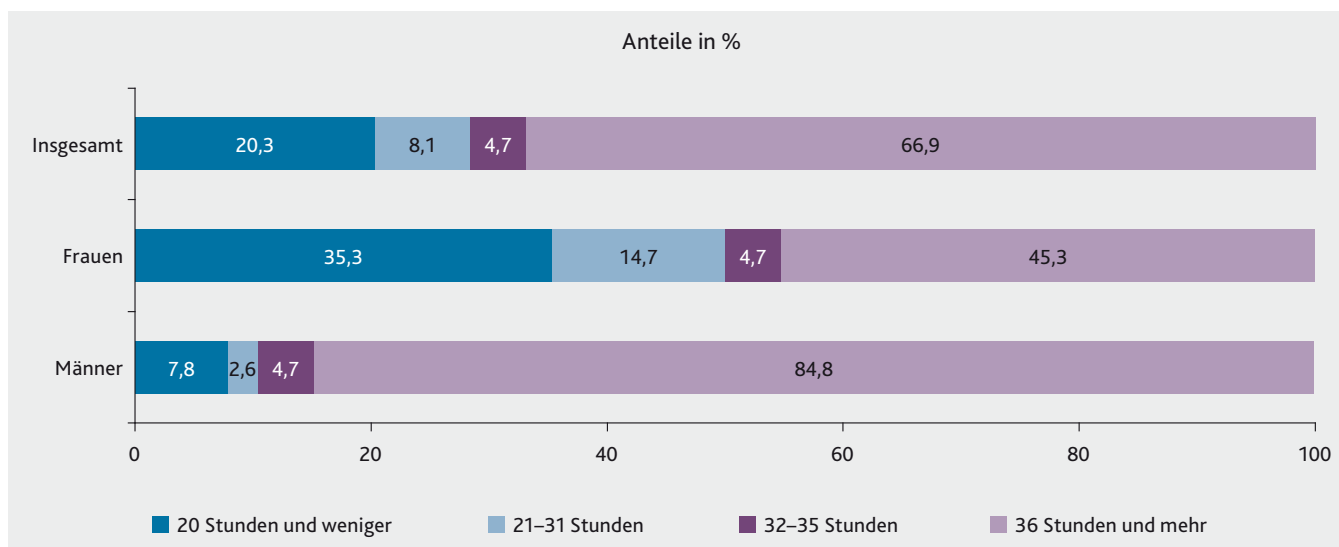
Grundlage für die Auswahl der zu befragenden Haushalte sind immer noch die Ergebnisse der Volkszählung 1987. Darüber hinaus werden aber Veränderungen des Gebäudebestandes infolge von Abrissen, Neubauten und Umbauten durch die Heranziehung der Bautätigkeitsstatistik laufend berücksichtigt.

Das aktuelle Gesetz, das 2005 in Kraft trat, ist bis einschließlich 2012 gültig. Für den Mikrozensus nach 2012 wird der registergestützte Zensus 2011 von hoher Bedeutung sein: Mit den Ergebnissen des Zensus wird für den Mikrozensus eine neue Stichprobenauswahl möglich sein.

Von den Ergebnissen des Mikrozensus wird ein hohes Maß an Genauigkeit und Zuverlässigkeit erwartet. Dabei ist die Einhaltung des Auswahlplans von grundlegender Bedeutung, d. h. alle zufällig ausgewählten Einheiten sind auch zu berücksichtigen. Um die Zahl der Ausfälle so klein wie möglich halten zu können, ist für den Mikrozensus grundsätzlich Auskunftspflicht vorgesehen.

G 2

Erwerbstätige 2011 nach normalerweise geleisteten Wochenarbeitsstunden und Geschlecht



die Arbeitszeit sowie das Einkommen als Kriterium hinzugezogen werden. Frauen stehen häufiger als Männer in Teilzeitbeschäftigungen und geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen. Bei der Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit dürfte der enorme Zuwachs der Teilzeitarbeitsplätze der entscheidende Faktor gewesen sein. So sind Frauen unter den Teilzeitbeschäftigten nach wie vor deutlich überrepräsentiert. Bei den Vollzeitarbeitsplätzen überwiegen dagegen die Männer.

Von den rund 1,95 Millionen erwerbstätigen Personen in Rheinland-Pfalz gingen im Jahr 2011 fast 72 Prozent einer Vollzeittätigkeit nach, gut 28 Prozent sind teilzeitbeschäftigt.¹ Erwerbstätige Frauen gingen im Jahr 2011 zu 50 Prozent einer Teilzeitbeschäftigung nach, bei den erwerbstätigen Männern waren es lediglich zehn Prozent. Im Jahr 2001 hatte die Teilzeitquote von Frauen noch bei 47 Prozent gelegen (Männer: fünf Prozent).

¹ Zu den Vollzeitbeschäftigten werden hier alle Erwerbstätigen gezählt, die mindestens 32 Stunden in der Woche arbeiten. Teilzeitbeschäftigte sind dementsprechend Personen, die 31 Stunden in der Woche oder weniger einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

Insgesamt waren rund 553 000 Personen, d. h. mehr als ein Viertel (28 Prozent) der im Mikrozensus erfassten Erwerbstätigen im Jahr 2011 teilzeitbeschäftigt (2001: 23 Prozent). Damit hat sich die Zahl der Teilzeitbeschäftigten im genannten Zeitraum um rund 145 500 erhöht, wobei sich der Trend zu mehr Teilzeitarbeit in erster Linie bei Frauen manifestiert.

Im Jahr 2011 waren in Rheinland-Pfalz fast zehn Prozent der Erwerbstätigen ausschließlich geringfügig beschäftigt. Zu den geringfügigen Beschäftigten zählen Tätigkeiten mit einem monatlichen Arbeitsentgelt von bis zu 400 Euro oder kurzfristige Beschäftigungen wie Saisonbeschäftigungen mit bis zu 50 Arbeitstagen. Frauen sind mit 16 Prozent dabei wesentlich häufiger ausschließlich geringfügig beschäftigt als Männer (5,1 Prozent). Wie die Teilzeitbeschäftigung hat auch die geringfügige Beschäftigung in den letzten Jahren zugenommen. So lag der Anteil der Erwerbstätigen, die ausschließlich geringfügig beschäftigt sind, an allen Erwerbstätigen im Jahr 2001 noch bei 6,6

Vor allem Frauen häufig teilzeit- oder geringfügig beschäftigt

Prozent (Frauen: 13 Prozent; Männer: 2,1 Prozent). Besonders die Neuregelung von Mini- und Midijobs führte zur weiteren Ausbreitung von geringfügiger Erwerbstätigkeit.

Lebensunterhalt wird überwiegend aus Erwerbstätigkeit bezogen

Männer bestreiten Lebensunterhalt häufiger selbst

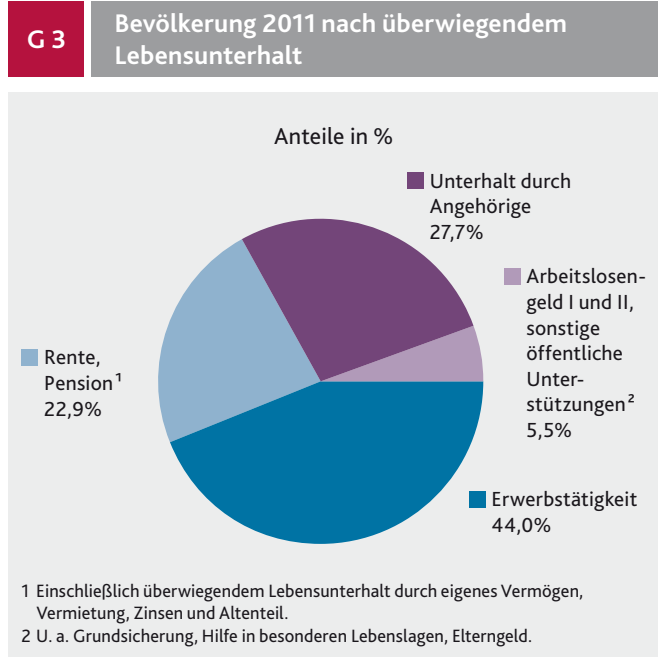
Im Jahr 2011 bezogen 44 Prozent der rheinland-pfälzischen Bevölkerung ihren Lebensunterhalt hauptsächlich aus eigener Erwerbstätigkeit. Unterschiedlich hoch sind die Anteile bei Männern und Frauen: Fast 51 Prozent der Männer lebten überwiegend von Erwerbstätigkeit; bei den Frauen waren es nur 38 Prozent. Gut ein Fünftel (21 Prozent) der Männer und 34 Prozent der Frauen bestritten ihren Lebensunterhalt über Einkünfte von Angehörigen. Die Gruppe der Personen im Alter von 65 Jahren und älter lebte 2011 fast ausschließlich von Renten- und Pensionszahlungen (85 Prozent). Bei den Männern dieser Altersgruppe waren es 94 Prozent, bei den Frauen 78 Prozent.

Höheres Ausbildungsniveau verbessert Aussicht auf Erwerbstätigkeit

Bildung lohnt sich

Bildung ist zum entscheidenden Standortfaktor geworden. So stellt eine stark wissensbasierte Gesellschaft immer höhere Ansprüche an das Bildungsniveau der Arbeitskräfte. Eine höhere schulische Qualifikation sowie eine entsprechende berufliche Ausbildung verbessern die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Im Ergebnis nimmt die Erwerbstätigenquote mit zunehmendem Bildungsabschluss zu.

Von den Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung übten 2011 nur 36 Prozent eine Erwerbstätigkeit aus. Dagegen waren 62 Prozent der Personen mit einer Lehr- oder



Anlernausbildung o. Ä. erwerbstätig. Noch höher lag der Anteil der Erwerbstätigen unter den Absolventen einer Meister- oder Techniker Ausbildung oder eines Fach- bzw. Hochschulstudiums o. Ä. (74 Prozent).

Jeder zehnte Erwerbstätige ist selbstständig

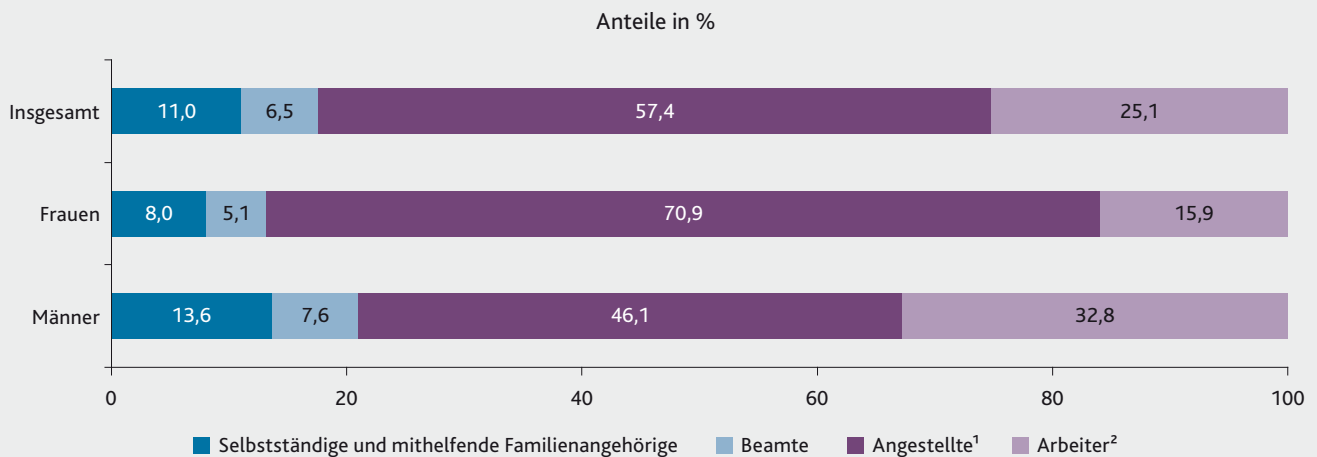
Gut jeder zehnte Erwerbstätige war 2011 selbstständig. Gegenüber 2001 stieg die Zahl der Selbstständigen um rund 26 000 auf nunmehr 202 000. Die Mehrheit der Selbstständigen sind Männer (69 Prozent). So übten 13 Prozent der erwerbstätigen Männer eine selbstständige Tätigkeit aus. Bei den Frauen waren es lediglich 7,1 Prozent.

Selbstständige sind überwiegend Männer

Insgesamt betrachtet war der überwiegende Teil der Erwerbstätigen Angestellte (57 Prozent) oder Arbeiterinnen bzw. Arbeiter (25 Prozent). Auf die Beamtinnen und Beamten entfielen 6,5 Prozent der Erwerbstätigen und auf die mithelfenden Familienangehörigen 0,7 Prozent.

G 4

Erwerbstätige 2011 nach Stellung im Beruf und Geschlecht



¹ Einschließlich Auszubildende in kaufmännisch-technischen Berufen. – ² Einschließlich Auszubildende in gewerblichen Berufen.

Immer mehr Erwerbstätige arbeiten außerhalb der normalen Arbeitszeit

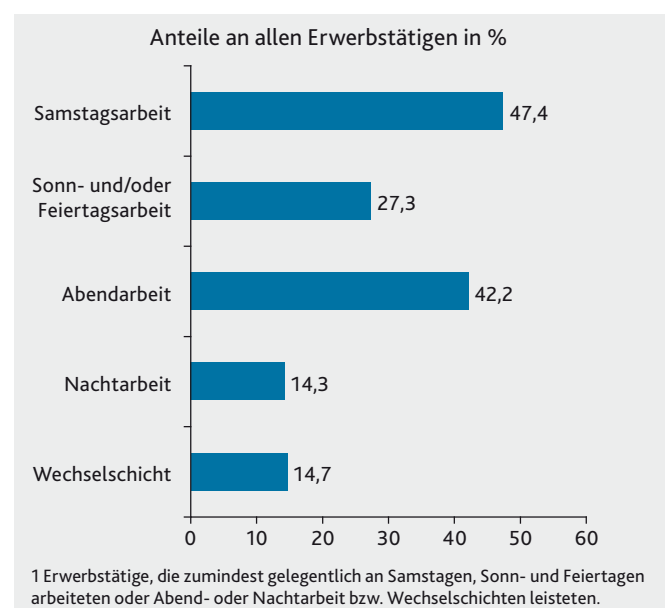
Im Jahr 2011 arbeiteten in Rheinland-Pfalz 58 Prozent der Erwerbstätigen zumindest gelegentlich an Samstagen, Sonn- oder Feiertagen oder leisteten Abend- oder Nachtarbeit bzw. Wechselschichten. Zehn Jahre zuvor waren es nur 53 Prozent.

Arbeit am Abend hat besonders zugenommen

Dies zeigt, dass die Anforderungen an die zeitliche Flexibilität der Erwerbstätigen in den vergangenen Jahren gestiegen sind. Immer mehr Menschen sind außerhalb der „normalen“ Arbeitszeit – von Montag bis Freitag zwischen 6 und 18 Uhr – gefordert. Besonders stark zugenommen hat die Arbeit am Abend. Im Jahr 2001 arbeiteten 34 Prozent der Erwerbstätigen zumindest gelegentlich auch nach 18 Uhr, zehn Jahre später lag dieser Anteil bei 42 Prozent. Geringfügig zugenommen hat auch die Samstagsarbeit; 47 Prozent der Erwerbstätigen mussten im Jahr 2011 zumindest gelegentlich an Samstagen arbeiten, zehn Jahre zuvor waren es 46 Prozent. Über zumindest gelegentliche

Arbeitseinsätze an Sonn- oder Feiertagen berichteten 27 Prozent der Erwerbstätigen (2001: 24 Prozent). Nachtarbeit mussten 14 Prozent der Erwerbstätigen leisten (2001: ebenfalls 14 Prozent), in Wechselschichten waren 15 Prozent eingesetzt (2001: 13 Prozent).

G 5

Erwerbstätige¹ 2011 nach Arbeitszeiten

Vor allem Männer leisten Überstunden

Insgesamt gaben knapp fünf Prozent der abhängig Erwerbstätigen an, in der Woche vor der Befragung Überstunden geleistet zu haben.

Männer mit mehr Überstunden

Männer leisten häufiger Mehrarbeit als Frauen. Von den abhängig beschäftigten Männern hatten 5,8 Prozent in der Berichtswoche mehr Stunden als normalerweise gearbeitet. Bei den Frauen waren es 3,6 Prozent.

Befristete Arbeitsverträge häufig bei Berufsanfängern

Jeder siebte abhängig Erwerbstätige hat befristeten Vertrag

Rund 248 000 abhängig Erwerbstätige waren 2011 auf Grundlage eines befristeten Arbeitsvertrags beschäftigt. Damit hatten gut 14 Prozent aller abhängig Erwerbstätigen einen Zeitvertrag. Insbesondere jüngere Menschen sind zu Beginn ihrer Berufslaufbahn befristet beschäftigt. Von den befristet Beschäftigten sind knapp 65 Prozent jünger als 30 Jahre. Als Ursache der Befristung nannten 39 Prozent ihr Ausbildungsverhältnis. Gut 15 Prozent gaben an, keine Daueranstellung zu finden bzw. dass eine solche nicht gewünscht sei. In der Probezeit befanden sich elf Prozent und 34 Prozent nannten sonstige Gründe.

Im Vergleich zum Jahr 2001 ist die Zahl der befristeten Arbeitsverhältnisse um 56 800 bzw. 30 Prozent angestiegen.

Immer mehr Menschen mit Zweitjob

99 900 Erwerbstätige haben einen Zweitjob

Immer mehr rheinland-pfälzische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bessern ihr Einkommen mit einem Nebenjob auf. In Rheinland-Pfalz gingen im Jahr 2011 rund 100 000 Erwerbstätige – das waren über

fünf Prozent aller Erwerbstätigen (ohne Auszubildende) – neben ihrer beruflichen Haupttätigkeit einer zweiten Beschäftigung nach. Davon übten mehr als zwei Drittel (68 Prozent) ihre Nebentätigkeit regelmäßig aus, die übrigen Erwerbstätigen arbeiteten nur gelegentlich oder saisonal bedingt in ihrem Zweitjob. Gegenüber 2001 hat sich die Zahl der Erwerbstätigen mit mehr als einer Arbeitsstelle mehr als verdoppelt.

Jeder Vierte abhängig Erwerbstätige im erwerbsfähigen Alter ist „atypisch“ beschäftigt

Gut ein Viertel der abhängig Beschäftigten in Rheinland-Pfalz arbeitete 2011 in neuen, häufig auch als „atypisch“ bezeichneten Beschäftigungsformen. Hierzu gehören befristete oder geringfügige Beschäftigung und Teilzeitarbeit mit 20 oder weniger Stunden. Zwischen 2001 und 2011 stieg der Anteil der abhängig Beschäftigten in diesen Beschäftigungsformen in Rheinland-Pfalz von knapp 22 Prozent auf fast 26 Prozent. Das sogenannte „Normalarbeitsverhältnis“ bleibt aber weiterhin die vorherrschende Beschäftigungsform.

Jeder vierte Beschäftigte mit „atypischer“ Beschäftigungsform

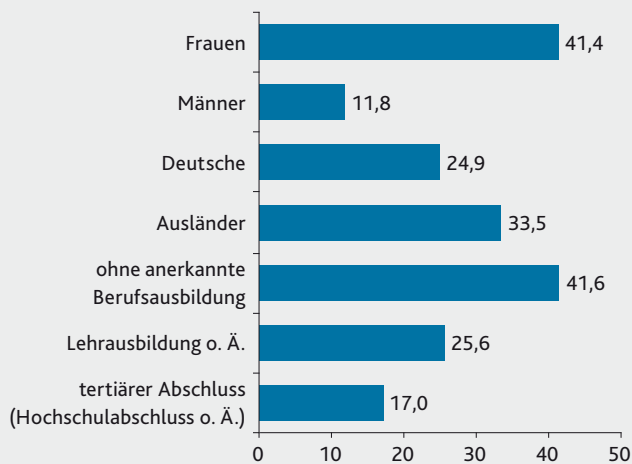
Deutliche Unterschiede gibt es zwischen den Geschlechtern: Während sich 41 Prozent der abhängig beschäftigten Frauen im Jahr 2011 in einer „atypischen“ Beschäftigung befanden, traf dies nur auf zwölf Prozent der Männer zu. Wesentliche Ursache hierfür ist die große Zahl von Frauen in Teilzeitarbeit, die in vielen Fällen auch durchaus gewollt ist (z. B. aus familiären Gründen). Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit geringer Qualifikation sind besonders häufig in atypischen Beschäftigungsformen zu finden. So lag der Anteil atypisch Beschäftigter an allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitneh-

Frauen besonders häufig in „atypischen“ Beschäftigungsformen

G 6

Atypisch Beschäftigte¹ 2011

Anteile an allen abhängig Beschäftigten der jeweiligen Beschäftigungsgruppe in %



¹ Nur Erwerbstätige im Alter von 15 bis unter 65 Jahren ohne Personen in Bildung oder Ausbildung.

mern ohne anerkannte Berufsausbildung im Jahr 2011 bei 42 Prozent. Der entsprechende Wert bei Beschäftigten mit einer Lehrausbildung o. Ä. betrug demgegenüber 26 Prozent, während von den Höherqualifizierten nur 17 Prozent einer atypischen Beschäftigung nachgingen. Mit 34 Prozent waren die neuen Beschäftigungsformen auch bei ausländischen Beschäftigten überdurchschnittlich stark vertreten (deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: 25 Prozent).

Die Frage, woraus sie überwiegend die Mittel für ihren Lebensunterhalt beziehen, beantworteten atypisch Beschäftigte wesentlich seltener mit eigener Erwerbstätigkeit als Beschäftigte in einem Normalarbeitsverhältnis. 77 Prozent der atypisch Beschäftigten, aber 98 Prozent der abhängig Beschäftigten in einem Normalarbeitsverhältnis bestritten ihren Lebensunterhalt überwiegend über eigene Erwerbstätigkeit. Rund 15 Prozent der atypisch Erwerbstätigen gaben an, ihren Lebensunterhalt überwiegend mit

Unterstützung durch Angehörige zu finanzieren. Leistungen nach Hartz IV waren für 2,8 Prozent der atypisch Beschäftigten Haupteinnahmequelle.

Vor allem männliche Erwerbslose auf der Suche nach Vollzeitstellen

Rund 35 Prozent der gut 98 000 Erwerbslosen in Rheinland-Pfalz suchten im Jahr 2011 ausschließlich eine Vollzeittätigkeit; für knapp 17 Prozent kam nur eine Teilzeittätigkeit in Frage. Dagegen waren gut 40 Prozent hinsichtlich des Umfangs der gesuchten Tätigkeit flexibel.

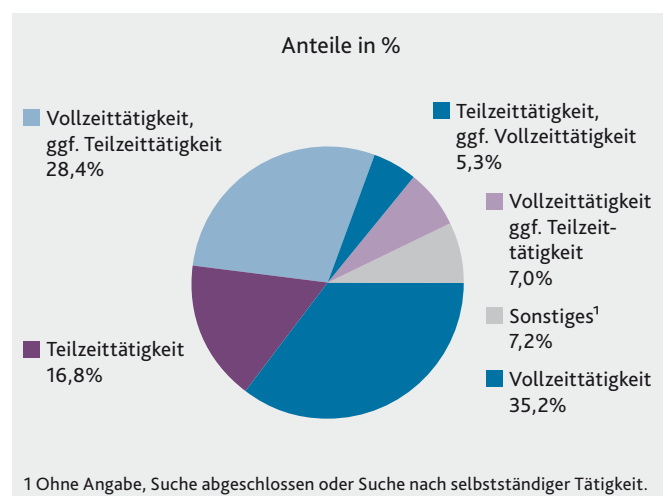
Frauen und Männer unterscheiden sich deutlich hinsichtlich ihrer Präferenzen. Rund 49 Prozent der Männer, aber nur 20 Prozent der Frauen gaben an, ausschließlich eine Vollzeitstelle zu suchen. Dagegen strebten anteilig deutlich mehr Frauen ausschließlich eine Teilzeitstelle an.

Frauen suchen häufiger Teilzeitstellen

Knapp zwei Drittel der Erwerbslosen bestritten ihren Lebensunterhalt überwiegend mit Arbeitslosengeld I oder II, 30 Prozent wurden hauptsächlich durch Angehörige

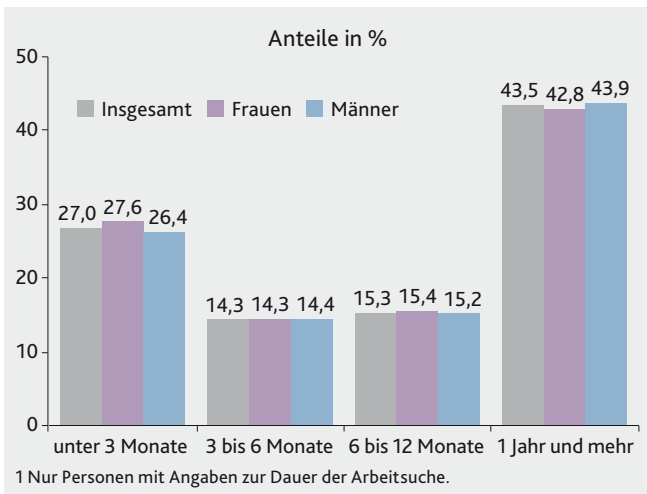
G 7

Erwerbslose 2011 nach der Art der gesuchten Tätigkeit



¹ Ohne Angabe, Suche abgeschlossen oder Suche nach selbstständiger Tätigkeit.

G 8

Erwerbslose 2011 nach der Dauer der
Arbeitsuche¹ und Geschlecht

unterstützt. Arbeitslosengeld war für 65 Prozent der Männer und 57 Prozent der Frauen Haupteinnahmequelle. 27 Prozent der Männer und 34 Prozent der Frauen gaben an, ihren Lebensunterhalt überwiegend mit Unterstützung durch Angehörige zu finanzieren.

Bereits ein Jahr und länger suchten 43 Prozent der Erwerbslosen nach einer Erwerbstätigkeit. Gut ein Viertel der Erwerbslosen war zum Zeitpunkt der Befragung erst seit kurzer Zeit erwerbslos. 28 Prozent der

Frauen und 26 Prozent der Männer gaben an, erst seit weniger als drei Monaten auf der Suche nach Arbeit zu sein.

Fazit

Die amtliche Statistik verfügt mithilfe des Mikrozensus über wichtige Daten zur Erwerbstätigkeit. Überall in Europa hat die Erwerbstätigkeit von Frauen zugenommen; ein Trend, der auch in Rheinland-Pfalz zu beobachten ist. Teilzeitarbeit und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse sind dabei nach wie vor bei Frauen deutlich stärker verbreitet als bei Männern. Strukturelle Veränderungen im Zeitverlauf zeigen sich auch in anderen Bereichen, z. B. beim Anstieg befristeter Arbeitsverhältnisse und der Zahl der Zweitjobs oder der zunehmenden Flexibilisierung der Arbeitszeiten.

Hans Peter Fein, Diplom-Volkswirt, leitet die Abteilung „Bevölkerung, Gesellschaft“. Merle Hattenhauer, Soziologin (M. A.), leitet das Referat „Mikrozensus, Haushaltserhebungen, Verdienste, Preise“.

Abwasserentsorgung 2010

Von Jörg Breitenfeld

Im Jahr 2010 fielen in Rheinland-Pfalz etwa 2,4 Milliarden Kubikmeter Abwasser an. Die 705 öffentlichen Kläranlagen behandelten rund 22 Prozent dieser Menge. Bei dem Abwasser außerhalb des öffentlichen Bereichs handelte es sich überwiegend um Kühlwasser (90 Prozent), das zum größten Teil ohne vorherige Aufbereitung in einer Abwasserbehandlungsanlage in Oberflächengewässer oder in den Untergrund eingeleitet wurde.

Im Abwasserreinigungsprozess fällt neben dem gereinigten Wasser auch Klärschlamm an. Die Menge betrug im Jahr 2010 rund 228 300 Tonnen^{TM1}. Etwa ein Drittel davon stammte aus öffentlichen Kläranlagen. Im Gegensatz zu der Abwassermenge nahm die Klärschlammmenge im Zeitablauf deutlich ab.

Abwässer müssen gereinigt werden

Im Jahr 2010 erzeugten die Haushalte, die Industrie und das Gewerbe in Rheinland-Pfalz über 2,4 Milliarden Kubikmeter Abwasser. Teil dieser Menge ist das sogenannte Fremdwasser, welches über undichte Stellen ins Kanalnetz eindringt sowie das Regenwasser, das nicht getrennt erfasst und abgeleitet wird.

Abwasser darf in Deutschland ohne Vorbehandlung nicht ins Grundwasser oder in Oberflächengewässer, wie Flüsse und Seen,

eingeleitet werden. Das Wasserhaushaltsgesetz (WHG) gibt seit 1976 bundesweit die Mindestanforderungen vor, die beim Einleiten von Abwasser in Gewässer zu beachten sind. Danach müssen die im Abwasser befindlichen Schadstoffe so weit reduziert werden, wie der Stand der Technik dies möglich macht. Abwasser ist so zu beseitigen, dass das Wohl der Allgemeinheit nicht beeinträchtigt wird. Dabei regelt die Abwasserverordnung, welche Stoffe aus dem Schmutzwasser entfernt werden müssen und welche Substanzen erst gar nicht ins Abwasser gelangen dürfen.² Die Abwasserentsorgung gehört wie die Trinkwasserversorgung zu den kommunalen Pflichtaufgaben.³

1 Trockenmasse.

2 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU): Wasser Wohlstand Wandel – Gewässerschutz sichert unsere Grundlagen für Leben, Vielfalt und Nachhaltigkeit – S. 25 f.

3 § 52 Abs. 1 Wassergesetz für das Land Rheinland-Pfalz in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Januar 2004, GVBl 2004, S. 54.

T 1

Abwasseraufkommen 2007 und 2010 nach der Herkunft

Berichtsmerkmal	2007	2010
	1 000 m ³	
Abwasseraufkommen insgesamt ¹	2 426 881	2 425 261
Abwasseraufkommen der öffentlichen Abwasserbeseitigung ²	514 557	525 371
Schmutzwasser	225 024	227 328
Fremdwasser	103 497	111 750
Niederschlagswasser	186 036	186 293
Abwasseraufkommen im nichtöffentlichen Bereich	1 912 324	1 899 890
Abwasseraufkommen der Betriebe	1 885 890	1 864 057
Übernommenes Abwasser	26 434	35 833

1 Enthält Doppelzählungen. – 2 Ab 2010 ohne Kleinkläranlagen. – 3 Ohne ungenutzt abgeleitetes Abwasser.

2,4 Milliarden Kubikmeter Abwasser

Gut ein Fünftel des Abwassers in öffentlichen Kläranlagen behandelt

Grundlage für die folgende Darstellung sind die Ergebnisse der Erhebung über die öffentliche Abwasserbeseitigung und die Erhebung der nichtöffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung.⁴ Die Abwassermenge betrug im Jahr 2010 etwa 2,4 Milliarden Kubikmeter. Eine vergleichbare Menge war auch für das Jahr 2007 ermittelt worden. Längerfristige zeitliche Vergleiche des Abwasseraufkommens sind aufgrund methodischer Änderungen in den zugrunde liegenden Statistiken nur eingeschränkt möglich.

Aus den Haushalten und den an die öffentliche Abwasserentsorgung angeschlossenen Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben stammten 525 Millionen Kubikmeter. In dieser Menge ist das von Anlagen des verarbeitenden Gewerbes gereinigte kommunale Abwasser nicht enthalten. Rund 227 Millionen Kubikmeter bzw. 43 Prozent des Abwassers aus dem öffentlichen Bereich waren Schmutzwasser, der Rest entfiel auf das abgeleitete Niederschlagswasser (186 Millionen Kubikmeter) und das unbeabsichtigt in das Kanalnetz eindringende Fremdwasser (112 Millionen Kubikmeter).

Umfangreiche Bauwerke errichtet

Die Reinigung der Abwässer erfolgt zumeist über mechanische bzw. mechanisch-biologische Kläranlagen. Im gewerblichen bzw. industriellen Bereich gibt es auch zahlreiche Anlagen, die ausschließlich eine chemisch-physikalische Abwasserbehandlung, wie z. B. Neutralisation, Fällung, Flockung, Osmose, Elektrodialyse oder Adsorption durchführen.

Für die Reinigung des Abwassers im öffentlichen Bereich standen 705 Kläranlagen zur Verfügung. Kleinkläranlagen unter 50 Einwohnerwerten wurden im Jahr 2010 nicht mehr erfasst, wodurch die zeitliche Vergleichbarkeit der statistischen Auswertungen eingeschränkt ist. Der Einwohnerwert entspricht die durchschnittlich täglich von einem Einwohner in das Abwasser abgegebene Menge an organischen Verbindungen. Haushalte, Gewerbe- und Industriebetriebe belasten Abwässer im unterschiedlichen Maße. Zur Normierung wird deshalb das gewerbliche Abwasser auf Einwohnergleichwerte umgerechnet. Die Summe aus Einwohnergleichwerten und angeschlossenen Einwohnern ergibt dann die Zahl der Einwohnerwerte.

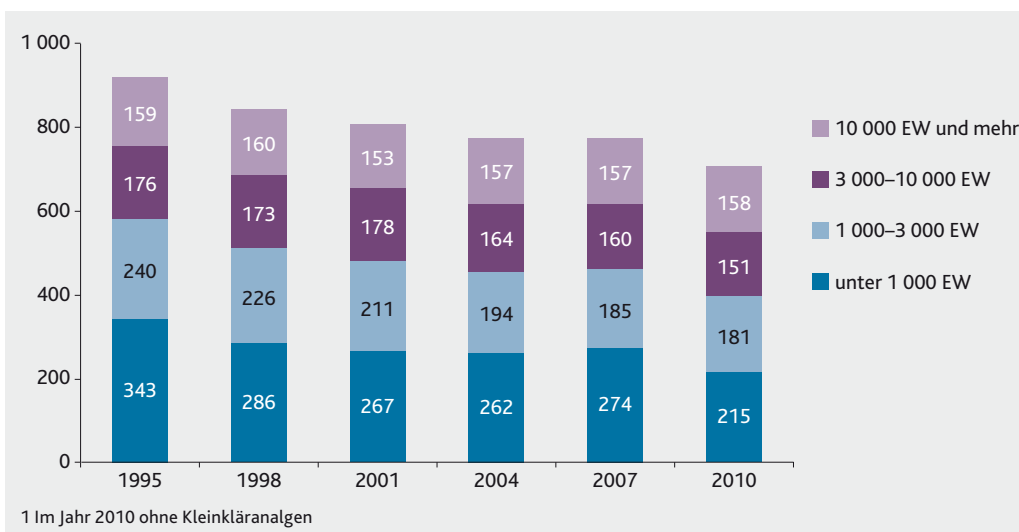
705 öffentliche Kläranlagen

Entsprechend wird die Ausbaugröße der Kläranlagen in Einwohnerwerten erfasst. Die gesamte Ausbaugröße der öffentlichen

⁴ Vgl. <http://www.statistik.rlp.de/fileadmin/dokumente/monatshefte/2012/08-2012-711.pdf>

G 1

Öffentliche Kläranlagen 1995–2010¹ nach der Ausbaugröße in Einwohnerwerten (EW)



Kläranlagen im Land betrug 7,1 Millionen Einwohnerwerte. Die Zahl der tatsächlich angeschlossenen Einwohnerwerte lag bei 5,4 Millionen. Das bedeutet, dass landesweit die Kläranlagen durchschnittlich im Jahresmittel zu rund 75 Prozent ausgelastet sind. Die Kapazitäten sind im Wesentlichen darauf ausgerichtet, die im Jahresverlauf schwankenden Abwassermengen zuverlässig reinigen zu können. Von der Gesamtsumme der angeschlossenen Einwohnerwerte entfielen rund 1,6 Millionen Einwohnergleichwerte auf die Belastung des eingeleiteten Abwassers aus Gewerbe- und Industriebetrieben.

6,2 Prozent der Bevölkerung an Kläranlagen der Industrie angeschlossen

Zu berücksichtigen ist, dass ein Teil der Einwohner nicht an eine öffentliche Kläranlage, sondern an eine Kläranlage des verarbeitenden Gewerbes angeschlossen ist. Dieses betraf 2010 rund 248 000 Personen. Nicht an die Kanalisation angeschlossen waren 2010 rund 29 000 Einwohner. Deren Abwasser wurde entweder in Kleinkläranlagen gereinigt, in abflusslosen Gruben gesammelt und mittels Tankwagen zu einer Kläranlage gefahren oder in der Landwirt-

schaft entsorgt. Mit einer Anschlussquote von 99 Prozent gehört Rheinland-Pfalz zu den Bundesländern mit einer flächendeckenden Abwasserbeseitigung.

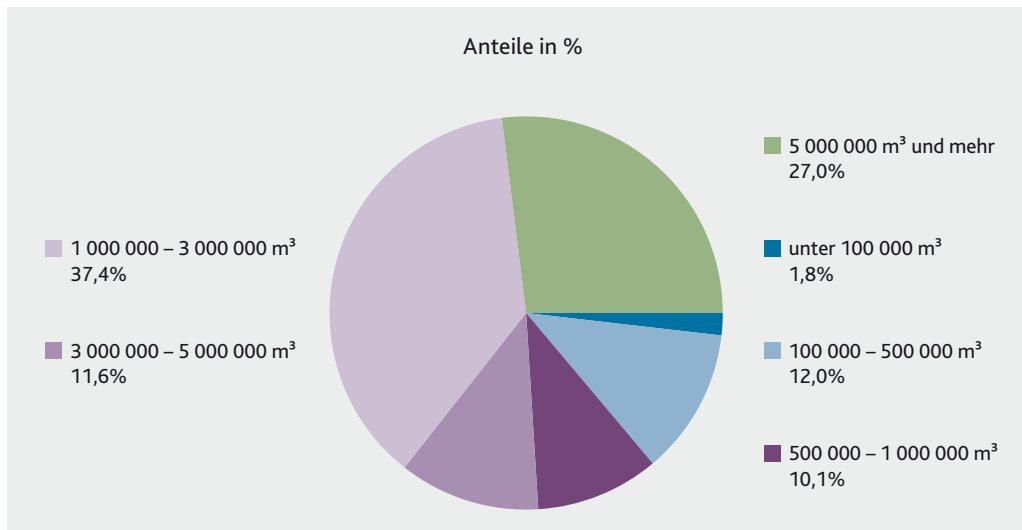
Abwasserreinigung erfolgt in modernen Anlagen

Abwässer weisen eine Vielzahl von Schadstoffen mit einer unterschiedlichen Zusammensetzung auf. Standardtechnologie in den öffentlichen Kläranlagen ist heute die biologische Reinigung mit anschließender Denitrifikation und Phosphorentfernung. Dazu durchläuft das Abwasser drei Reinigungsstufen. Feststoffe und Sand werden mechanisch mit Rechen und in Absetzbecken abgetrennt. Anschließend wandeln in großen, belüfteten Becken Mikroorganismen gelöste Schadstoffe in unbedenkliche Substanzen um. In der dritten Stufe werden auf mikrobiologischem Wege Stickstoffverbindungen abgebaut und Phosphor durch chemische Fällung aus dem Wasser entfernt. Einer solchen Prozedur wurden 84 Prozent des Abwassers in öffentlichen Kläranlagen unterzogen.

Standard ist heute biologische Reinigung mit zusätzlichen Verfahrensstufen

G 2

Abwasseraufkommen der öffentlichen Kläranlagen 2010 nach Größenklassen des Abwasseraufkommens



Eher kleine Kläranlagen

Eine durchschnittliche Kläranlage verfügt über 10 100 Einwohnerwerte

Die durchschnittliche Ausbaugröße einer Kläranlage lag bei knapp 10 100 Einwohnerwerten. Im Jahr 1995 waren noch 918 öffentliche Kläranlagen erfasst worden, die durchschnittliche Größe betrug 7 800 Einwohnerwerten.

Ein Viertel der Ausbaupkapazität entfällt auf neun Kläranlagen

Im Jahr 2010 wiesen die Anlagen eine sehr heterogene Größenordnung auf. Fast ein Drittel der Kläranlagen hatte eine Ausbaugröße von weniger als 1 000 Einwohnerwerten, ein Viertel lag zwischen 1 000 und 3 000. In diesen kleinen Anlagen wurde aber nur knapp neun Prozent des gesamten Abwassers gereinigt. Auf die Größenklasse 100 000 Einwohnerwerte und mehr entfielen nur neun Anlagen, die allerdings gut ein Viertel der Ausbaupkapazität auf sich vereinigten. Gründe für die große Zahl an kleinen Anlagen dürften die eher ländliche Struktur und die durch Mittelgebirge geprägte Topografie des Landes Rheinland-Pfalz sein.

Eine öffentliche Kläranlage behandelte im Jahr 2010 durchschnittlich eine Abwas-

sermenge von 745 000 Kubikmeter. Die Schmutzwassermenge betrug im Mittel 322 000 Kubikmeter. Die Betrachtung nach der Größenklasse der Abwassermenge zeigt, dass über drei Viertel des Abwassers auf Anlagen entfiel, in denen mindestens eine Million Kubikmeter behandelt wurden. Eine entsprechende Menge wurde im Jahr 2010 von 148 Kläranlagenbetreibern gemeldet. In den Anlagen bis 100 000 Kubikmeter wurden weniger als zwei Prozent des Abwassers aufbereitet. Der Anteilswert dieser Anlagen betrug dagegen fast 32 Prozent.

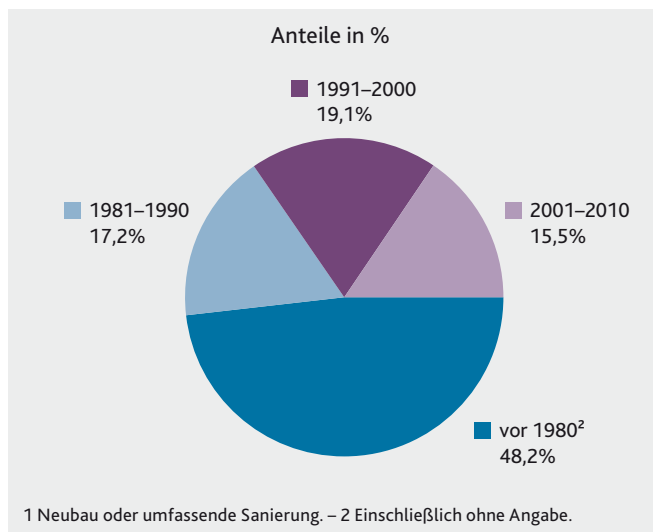
Durchschnittlich 745 000 Kubikmeter Abwasser behandelt

Umfangreiches Abwassernetz errichtet

Für den Transport der Abwässer zu den Kläranlagen wurde über die Jahrzehnte ein umfassendes Kanalnetz gebaut und instand gehalten. Die Länge des Kanalnetzes belief sich 2010 auf 32 188 Kilometer. Das entspricht etwa 80 Prozent der Länge des Äquators. Gegenüber dem Jahr 1995 wurde das Abwassernetz um 9 400 km bzw. 41 Prozent erweitert. Rund ein Drittel des Netzes ist als Trennkanalisation ausgelegt und wird

Kanalnetz umspannt etwa Vierfünftel des Äquators

G 3

Öffentliches Kanalnetz 2010 nach Baujahr¹

entsprechend der Konventionen mit zwei Abwasserleitungen gezählt.

Rund 47 Prozent des rheinland-pfälzischen Kanalnetzes war zum Befragungszeitpunkt älter als 30 Jahre bzw. letztmalig vor 30 Jahren umfassend geändert oder saniert worden. Weitere 17 Prozent wurden zwischen 1981 und 1990 errichtet.

Abwasserentsorgung außerhalb des öffentlichen Sektors

Kühlwasser stellt größten Teil des Abwassers

Im nichtöffentlichen Bereich fiel zwar mit 1,9 Milliarden Kubikmeter etwa die dreieinhalbfache Abwassermenge des öffentlichen Bereichs an, allerdings handelte es sich hierbei überwiegend um Kühlwasser (1,7 Milliarden Kubikmeter). Da Kühlwasser nur erwärmt wurde und ansonsten keine umweltrelevanten Verschmutzungen aufweist, wird es ohne eine weitere Behandlung in ein Oberflächengewässer oder in den Untergrund eingeleitet. Dies traf im Jahr 2010 für 90 Prozent der entsorgten Menge zu.

Definitionen

Abwasser

Abwasser ist das durch häuslichen, gewerblichen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch in seinen natürlichen Eigenschaften veränderte Wasser. Das in öffentliche Kläranlagen eingeleitete Abwasser umfasst auch Fremd- und Niederschlagswasser. Zum gewerblichen Abwasser gehört das produktionsspezifische Wasser, Belegschafts-, Kühl- oder Kesselspeisewasser sowie das von Kommunen und anderen Betrieben übernommene Abwasser.

Einwohnerwert

Ein Einwohnerwert entspricht der täglich von einem Einwohner in das Abwasser abgegebenen Menge an organischen Verbindungen wie z. B. Eiweiß, Fette, Kohlehydrate. Der Wert dieser Schmutzmenge beträgt, bezogen auf den fünftägigen biochemischen Sauerstoffbedarf (BSB₅), im Mittel 60 Gramm je Einwohner und Tag.

Fremdwasser

Unter Fremdwasser wird das in das Kanalnetz eindringende Grundwasser (Undichtigkeiten), unerlaubt über Fehlanlüsse eingeleitete Wasser (z. B. Dränwasser) sowie einem Schmutzwasserkanal zufließende Oberflächenwasser (z. B. über Schachtabdeckungen) verstanden.

Kesselspeisewasser

Wasser, das in Dampferzeugungsanlagen eingespeist wird und in der Regel hohen Qualitätsanforderungen unterliegt.

Klärschlamm

Aus dem Abwasser abtrennbare, wasserhaltige Stoffe, ausgenommen sind Rechen-, Sieb- und Sandfanggut, jedoch einschließlich der bei der Abwasser- und Klärschlammbehandlung zugegebenen Hilfsmittel.

Niederschlagswasser

Das von Niederschlägen aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Flächen abfließende und gesammelte Wasser.

T 2

Klärschlammaufkommen 1995–2010 nach Entsorgungswegen¹

Berichtsmerkmal	1995	1998	2001 ²	2004 ²	2007 ²	2010 ²
	t TM					
Klärschlamm insgesamt	384 993	311 704	290 273	276 532	247 124	228 328
darunter						
thermische Entsorgung	254 728	212 844	194 943	184 540	162 290	159 893
landwirtschaftliche Verwertung	68 196	56 617	70 103	68 547	69 155	62 088
Deponierung	33 458	9 593	2 790	683	12	-

¹ Ohne Schlamm aus chemischen und chemisch-physikalischen Abwasserbehandlungsanlagen. – ² Ohne Klärschlamm aus rein mechanischen Abwasserbehandlungsanlagen.

Die im Produktionsprozess anfallende Abwassermenge belief sich auf 158 Millionen Kubikmeter. In ihr war auch das sonstige Abwasser sowie Kesselabschlammwasser enthalten. Bei dem Rest handelte es sich um das von anderen Betrieben zugeleitete Abwasser, das von Kommunen übernommene Abwasser (36 Millionen Kubikmeter) und das Belegschaftswasser. Rund 159 Millionen Kubikmeter leiteten die Betriebe an betriebseigene Abwasserbehandlungsanlagen weiter.

Im Gegensatz zum öffentlichen Bereich wurde ein großer Teil des Abwassers zunächst einer chemischen oder chemisch-physikalischen und anschließend einer biologischen Reinigung unterzogen.

Klärschlammmenge reduziert

Rund 230 000
TonnenTM
Klärschlamm

Im Abwasserreinigungsprozess fällt neben dem gereinigten Wasser auch Klärschlamm an. Da Klärschlamm eine unterschiedliche Konsistenz hat, wird sein Aufkommen als Trockenmasse (TM) nachgewiesen. In den öffentlichen Kläranlagen fielen 2010 etwa 85 500 TonnenTM Klärschlamm an. In den betrieblichen Anlagen waren es 142 800 TonnenTM. In dieser Menge sind auch Konditionierungs-, Fällungs- und Flockungshilfsmittel sowie sonstige Hilfsmittel enthalten. Der Klärschlamm aus mechanischen

Abwasserbehandlungsanlagen wird wegen des geringen Volumens seit 2001 nicht mehr erfasst.

Im Gegensatz zum Abwasser ist beim Klärschlamm eine klare Entwicklung festzustellen. Die Klärschlammmenge reduzierte sich zwischen 1995 und 2010 um 41 Prozent. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass es in Folge der Einführung der Wirtschaftszweigklassifikation 2008 und der Änderung des Umweltstatistikgesetzes im nichtöffentlichen Bereich zu einer Erweiterung des Berichtskreises kam. Eine wesentliche Ursache für die Rückgang der Klärschlammmenge ist der reduzierte Einsatz von Hilfs- und Konditionierungsmitteln. Nicht in dieser Betrachtung einbezogen wurden die Schlämme aus der chemisch-physikalischen Behandlung (21 400 TonnenTM).

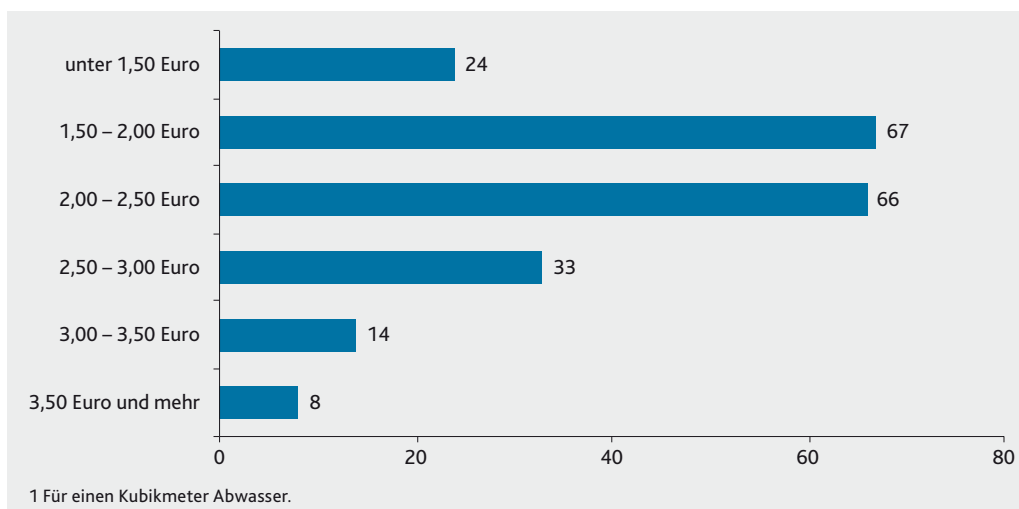
Thermische Verwertung wichtigster Entsorgungsweg

Über eine thermische Verwertung wurde 70 Prozent des Klärschlammes (159 900 TonnenTM) entsorgt. Im Jahr 1995 betrug der Anteilswert rund 66 Prozent. Insbesondere wurde der Klärschlamm aus dem nichtöffentlichen Bereich auf diesem Weg umweltgerecht behandelt. Ein weiterer wichtiger Entsorgungsweg ist die Ausbringung von Klärschlamm auf landwirtschaft-

Klärschlamm-
verbrennung
wichtigster
Entsorgungsweg

G 4

Verbandsgemeinden, verbandsfreie Gemeinden und kreisfreie Städte nach Höhe des mengenbezogenen Abwasserentgelts¹ 2010



lich genutzten Flächen. Rund 62 000 TonnenTM bzw. 27 Prozent wurden so genutzt. Der überwiegende Teil stammte aus öffentlichen Kläranlagen, da hier die Schadstoffgehalte geringer sind. Den übrigen Entsorgungsbzw. Verwertungswegen kommt nur geringe Bedeutung zu.

Hohe Kosten bei der Abwasserreinigung

Abwasserentgelte: Vielzahl an Einflussgrößen

Die Abwasserreinigung verursacht hohe Kosten. Dabei sind große regionale Unterschiede in den Entgelten festzustellen. Unmittelbaren Einfluss auf die Kosten haben die örtlichen Gegebenheiten. Hierzu zählen z. B. die Siedlungsdichte, der Wasserverbrauch bzw. der Abwasseranfall, Höhenunterschiede im Entsorgungsgebiet sowie die Bodenbeschaffenheit bei der Verlegung von Abwasserkanälen. Aber auch das Ausmaß und der Zustand der Kanalnetze und Klärwerke beeinflussen die Kosten.

Weitere Bestimmungsfaktoren sind die Höhe der Abschreibungen und Zinsen für die Unterhaltung und Erneuerung bzw.

Erweiterung der Infrastruktur (Kanalnetz, Kläranlagen) sowie die Personalkosten und der Materialaufwand. Des Weiteren können die Entgelte durch die Erhebung von einmaligen Beiträgen, z. B. für die Herstellung eines Kanalanschlusses, beeinflusst sein. Es ist davon auszugehen, dass Kommunen, die keine einmaligen Kanalanschlussgebühren erheben, die Kosten über höhere Verbrauchsgebühren decken. Auch die Gewährung von Zuschüssen für die Unterhaltung bzw. Erweiterung und Modernisierung der Anlagen kann die Höhe der Abwasserentgelte beeinflussen.

Abwasserentgelte müssen kostendeckend sein

Die Kosten für die Abwasserentsorgung müssen entsprechend den gesetzlichen Regelungen durch die Abwassergebühren gedeckt sein. Bei der Festlegung der Gebührenmaßstäbe haben die Kommunen einen Ermessensspielraum, sodass ein direkter Vergleich der Abwasserentgelte nicht möglich ist. In Rheinland-Pfalz sind die Verbandsgemeinden⁵, verbandsfreien

⁵ Im Folgenden umfasst die Verbandsgemeinde auch die verbandsfreien Gemeinden und kreisfreien Städte.

Gesplittete
Abwasser-
entgelte

Gemeinden und die kreisfreien Städte für die Abwasserentsorgung und damit für die Erhebung der Abwasserentgelte zuständig.

Die Erhebung der Entgelte erfolgt, mit wenigen Ausnahmen, nach einem gesplitteten Gebührenmaßstab. Danach wird zum einen eine Gebühr erhoben, die sich an der Menge des verbrauchten Frischwassers orientiert. Zum anderen wird eine flächenbezogene Gebühr erhoben. Hierbei werden vielfältige Bezugsgrößen verwendet. Mit diesem Entgeltbestandteil soll die Menge des in die Kanalisation eingeleiteten Niederschlags- oder Oberflächenwassers erfasst werden.

Der Frischwassermaßstab bezieht sich entweder auf den kompletten Frischwasserbezug oder es wird ein Abschlag, in der Regel zehn Prozent, vorgenommen. Sonstige mengenbezogene Entgelte kommen nur in Einzelfällen vor. Die Beträge für einen Kubikmeter lagen zum 1. Januar 2010 zwischen 0,90 Euro und 4,49 Euro. Der mit der Zahl der angeschlossenen Einwohner gewichtete Mittelwert betrug 1,97 Euro (Deutschland: 2,36 Euro). Eine Häufigkeitsauszählung zeigt, dass über 62 Prozent der Kommunen einen Kubikmeterpreis zwischen 1,50 Euro und 2,50 Euro erheben.

Die Abwasserentsorger nutzen insbesondere im Bereich der flächenbezogenen Abwasserentgelte die gesetzlichen Möglichkeiten für die Festlegung der Entgeltbestandteile. Ein flächenbezogenes Entgelt erheben mit Ausnahme einer Verbandsgemeinde alle Kommunen. Hierbei wird eine Vielzahl an Bezugsgrößen verwendet. Beispiele sind die Abflussfläche, die bebaubare oder bebaute sowie die befestigte Fläche. Ein Teil der Kommunen verwendet sogar zwei oder mehr flächenbezogene Maßstäbe. Dies traf im Jahr 2010 für 42 Verbandsgemeinden zu.

Eine Grundgebühr – also ein flächen- und mengenunabhängiges Entgelt erhoben 45 Kommunen. Wegen der unterschiedlichen Entgeltstrukturen wird auf die Berechnung der Kosten für einen Musterhaushalt verzichtet. Differenziert nach Verbandsgemeinden stehen die erhobenen Entgelte im Internet unter:

<http://www.statistik.rlp.de/wirtschaft/umwelt/wasser-und-abwasserentgelte/> zur Verfügung.

Jörg Breitenfeld, Diplom-Agraringenieur, leitet das Referat Landwirtschaft, Weinbau, Umwelt und Energie

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann, Thomas Kirschey und Dr. Marc Völker

Stimmung in der deutschen Wirtschaft verschlechtert sich weiter

ifo Geschäftsklima fällt, ZEW Konjunkturerwartungen steigen

Der ifo Geschäftsklimaindex signalisiert für September eine weitere Stimmungseintrübung in der deutschen Wirtschaft. Der Index fiel von 102,3 auf 101,4 Punkte. Das war der fünfte Rückgang in Folge – bereits drei aufeinander folgende Rückgänge gelten als Anzeichen für einen Konjunkturabschwung. Die Unternehmen beurteilten sowohl ihre aktuelle Geschäftslage als auch ihre weiteren Geschäftsaussichten ungünstiger als noch im Vormonat.

Der ZEW-Index, der die Konjunkturerwartungen von Finanzexperten wiedergibt, hat sich dagegen verbessert. Dieser Indikator ist im September um 7,3 Punkte gestiegen und steht nun bei -18 Punkten.

Verantwortlich für die Talfahrt des ifo Geschäftsklimas sowie für den nach wie vor negativen Wert des ZEW-Index sind die Staatsschulden- und Bankenkrise im Euroraum sowie Unsicherheiten über die weitere konjunkturelle Entwicklung bei wichtigen Handelspartnern, wie den USA und China. Das Ende des Rückgangs des ZEW-Index dürfte durch die Ankündigung der Anleihekäufe durch die Europäische Zentralbank bedingt sein.

Nach wie vor gutes Konsumklima

Bei den Verbrauchern in Deutschland ist die Stimmung nach wie vor gut. Der Konsumklimaindex der GfK bleibt im Oktober mit einem Wert von 5,9 auf hohem Niveau und gegenüber September unverändert. Die Konjunkturerwartung der Konsumenten legte leicht zu. Die Einkommenserwartung der Verbraucher nahm dagegen moderat ab, ihre Ausgabenbereitschaft blieb auf hohem Niveau unverändert.

Produktion im verarbeitenden Gewerbe sinkt; Auftragseingänge steigen

Die harten Konjunkturdaten signalisieren für Rheinland-Pfalz einen Rückgang der Produktion im verarbeitenden Gewerbe; davon sind alle drei großen Bereiche betroffen. Die Auftragseingangsindizes verbesserten sich dagegen überwiegend. Nur der Fahrzeugbau verzeichnete eine Abnahme der Bestellungen.

Im Berichtsmonat Juli 2012 sank der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex der Industrie im Vergleich zum Vormonat um 1,5 Prozent und signalisiert für das verarbeitende Gewerbe insgesamt einen Outputrückgang. Im Juni war die Produktion noch um 2,9 Prozent gestiegen. Im Vorjahresvergleich stieg die Produktion im Berichtsmonat um 1,9 Prozent nachdem es im Juni zu einem Zuwachs von 3,2 Prozent gekommen war.

Die Vorleistungsgüterindustrie ist für Rheinland-Pfalz die wichtigste industrielle Hauptgruppe (Anteil am gesamten Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2011: 56 Prozent). Im Juli 2012 verringerte sich der preis-, kalender- und saisonbereinigte Output gegenüber dem Vormonat um 0,3 Prozent nachdem er im Juni noch um 2,9 Prozent gestiegen war. Im Vorjahresvergleich schwächt sich die Produktion schon seit September 2011 ab (Juli 2012: -0,9 Prozent).

Die Investitionsgüterindustrie (Umsatzanteil 2011: 26 Prozent) verbuchte im Berichtsmonat einen preis-, kalender- und saisonbereinigten Rückgang des Güterausstoßes um 2,7 Prozent und damit die dritte Verschlechterung der Produktion in Folge. Im Vorjahresvergleich verzeichnete sie in den vergangenen Monaten jedoch noch Produktionszuwächse

Produktionsleistung des verarbeitenden Gewerbes: -1,5 Prozent

Produktionsrückgang in der Vorleistungsgüterindustrie

(Juli 2012: +2,5 Prozent). Die Dynamik hat in diesem Industriebereich allerdings schon seit Mai deutlich nachgelassen.

In der Konsumgüterindustrie (Umsatzanteil 2011: 18 Prozent) gab der bereinigte Produktionsindex um 3,5 Prozent nach, im Juni war noch ein Anstieg um 6,5 Prozent verbucht worden. Im Vorjahresvergleich verbesserte sich der Güterausstoß zum zweiten Mal in Folge (Juli 2012: +6,6 Prozent).

Produktionsrückgang in den drei großen Branchen des verarbeitenden Gewerbes

In der chemischen Industrie, der größten Branche des verarbeitenden Gewerbes in Rheinland Pfalz (Umsatzanteil: 32 Prozent), werden überwiegend Vorleistungsgüter hergestellt. Ihre Produktion verringerte sich im Juli preis-, kalender- und saisonbereinigt um 2,2 Prozent. Auch im Vergleich zum Vorjahr ergab sich hier, nach einer vorübergehenden Verbesserung im Juni, im Berichtsmonat eine Verringerung des Güterausstoßes (-1,3 Prozent).

Von den Investitionsgüterproduzenten verzeichnete der Fahrzeugbau (Umsatzanteil: 13 Prozent) wie schon im Vormonat einen Outputrückgang; im Juli waren es preis-, kalender- und saisonbereinigt -3,1 Prozent. Im Vorjahresvergleich wurden in den vergangenen Monaten noch Zuwächse verzeichnet, jedoch hat die Dynamik nachgelassen (Juli: 2012 +4,4 Prozent).

Im Maschinenbau (Umsatzanteil: neun Prozent), der ebenfalls Investitionsgüter herstellt, verringert sich die Produktion seit April. Im Berichtsmonat sank der Güterausstoß bereinigt um 1,5 Prozent. Auch im Vergleich zum Vorjahr ergab sich – wie schon im Juni – eine Verringerung des Güterausstoßes (Juli 2012: -5,1 Prozent).

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbes im Plus

Die Auftragseingänge geben einen Hinweis darauf, wie sich die Produktion in den kommenden Monaten entwickeln könnte. Im Juli 2012 haben sich die Bestellungen im Vergleich zum Juni preis-, kalender- und saison-

bereinigt erhöht (+1 Prozent). Während die Inlandsnachfrage stieg (+3,6 Prozent), ging die Auslandsnachfrage zurück (-0,7 Prozent). Im Vorjahresvergleich sanken sowohl die Aufträge aus dem Ausland (-1,6 Prozent) als auch die Bestellungen aus dem Inland (-3,5 Prozent). Dadurch gingen im Berichtsmonat 2,4 Prozent weniger Aufträge ein als im Juli 2011.

In der Vorleistungsgüterindustrie stiegen die Bestellungen preis-, kalender- und saisonbereinigt um fünf Prozent. Dagegen verbuchten die Investitionsgüterindustrie (-3,4 Prozent) rückgehende und die Konsumgüterindustrie stagnierende Auftragseingänge. Im Vorjahresvergleich ergab sich in der Vorleistungsgüterindustrie ein Auftragsplus von 3,4 Prozent. Die Bestellungen in der Investitionsgüterindustrie (-8,3 Prozent) und in der Konsumgüterindustrie (-4,8 Prozent) gingen im Vergleich zum Vorjahr zurück.

Steigende Aufträge in der Vorleistungsgüterindustrie

In der chemischen Industrie hat sich die Lage aufgehellt. Nach zuvor rückläufigen Auftragseingängen konnte im Berichtsmonat preis-, kalender- und saisonbereinigt eine Verbesserung um 5,3 Prozent verzeichnet werden. Im Vergleich zum Vorjahr wurden leicht steigende Bestellungen verbucht (+1,9 Prozent).

Steigende Auftragseingänge in der chemischen Industrie

Im Fahrzeugbau verschlechterte sich die Auftragslage. Im Juli verringerten sich die Auftragseingänge preis-, kalender- und saisonbereinigt um zehn Prozent. Die Aufträge aus dem Ausland sanken erstmals seit März (-17 Prozent) während die Inlandsnachfrage leicht stieg (+0,9 Prozent). Im Vergleich zum Juli 2011 ergab sich ein Rückgang von gut zwölf Prozent.

Sinkende Nachfrage im Fahrzeugbau

Der Maschinenbau verbuchte im Berichtsmonat bereinigt einen Anstieg der Auftragseingänge (+4,8 Prozent). Sowohl die Nachfrage aus dem Inland als auch aus dem Ausland stieg. Im Vorjahresvergleich gingen die Bestellungen in dieser Branche um 1,8 Prozent zurück.

Maschinenbau: Auftragszuwachs

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe leicht im Plus

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe steigen um 0,9 Prozent

Im Bauhauptgewerbe sind die gleitenden Drei-Monats-Durchschnitte der Auftragseingänge im Juni 2012 gegenüber dem Vorjahresmonat um 0,9 Prozent gestiegen. Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe nehmen bereits seit Januar 2011 ununterbrochen zu.

Auftragseingänge im Hochbau: +8,8 Prozent

Die Zuwächse sind im Wesentlichen auf die gute Entwicklung im Wohnungsbau zurückzuführen, der weiterhin von den günstigen Finanzierungsbedingungen und den wachsenden Sorgen um die Geldwertstabilität profitiert. Der Hochbau insgesamt konnte im Juni 2012 im Vergleich zum Vorjahr einen Auftragszuwachs von 8,8 Prozent verbuchen. Davor hatte es im April (+6 Prozent) und Mai (+7,6 Prozent) ebenfalls deutliche Zuwächse gegeben.

Auftragseingänge im Tiefbau: -5,3 Prozent

Im Tiefbau gingen die Auftragseingänge im Berichtsmonat im Vergleich zum Juni 2011 dagegen um 5,3 Prozent zurück. Zuletzt war es bereits im April und Mai zu einem Minus von 2,1 bzw. zwei Prozent gekommen.

Im Bauhauptgewerbe ist zu berücksichtigen, dass selbst die gleitenden Durchschnittswerte noch durch Großaufträge in einzelnen Berichtsmonaten beeinflusst sein können.

Zahl der Baugenehmigungen steigt um 13 Prozent

Die Zahl der Baugenehmigungen, einem Frühindikator der Baukonjunktur, im Wohnungsbau ist im Juni 2012 um 13 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Im Mai war ein Plus von 8,5 Prozent registriert worden, nachdem es seit Dezember 2011 Rückgänge gegeben hatte.

Umsatzrückgänge im Kfz-Handel, Großhandel und Gastgewerbe

Trotz des auf hohem Niveau stagnierenden Konsumklimas entwickelt sich der Umsatz im Kfz-Handel, Großhandel und Gastgewerbe ungünstig. Lediglich der Einzelhandel verzeichnet steigende Umsätze.

Erläuterungen

Der **ifo Geschäftsklimaindex** und die **ZEW Konjunkturerwartungen** sind qualitative Frühindikatoren für die Stimmungslage in der deutschen Wirtschaft. Für den ifo Index befragt das ifo Institut München monatlich 7 000 Unternehmen nach der Beurteilung ihrer aktuellen Geschäftslage und ihren Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate. Das ZEW Mannheim befragt monatlich 350 Finanzexperten nach ihrer mittelfristigen Einschätzung der Konjunktorentwicklung.

Der **Konsumklimaindex** ist ein Indikator für die Konsumneigung der Privathaushalte in Deutschland. Die GfK Nürnberg befragt monatlich 2 000 repräsentativ ausgewählte Personen nach ihrer Konjunkturerwartung, ihrer Einkommenserwartung und ihrer Konsum- und Ausgabenneigung.

Der **Produktionsindex** misst die preisbereinigte monatliche Produktionsleistung des verarbeitenden Gewerbes. Er gilt als quantitativer Referenzindikator, der annähernd zeitgleich mit der Konjunktur läuft.

Die **Auftragseingänge** im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe sind quantitative Frühindikatoren der Konjunktorentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus.

Die **Handelsumsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist in Deutschland ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Für den ifo Index, die ZEW Konjunkturerwartungen, den GfK Konsumklimaindex, den Verbraucherpreisindex und die Arbeitsmarktkennzahlen werden zur Beurteilung der Konjunktorentwicklung die **Originalwerte** herangezogen.

Die Indizes der Produktion und der Auftragseingänge messen den Verlauf der Industriekonjunktur. Die Originalwerte dieser Indizes werden von kalendarischen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.), saisonalen und irregulären Einflüssen überlagert. Deshalb werden zur Beurteilung der Konjunktorentwicklung im verarbeitenden Gewerbe Zeitreihen herangezogen, die mithilfe des Berliner Verfahrens (BV4.1) **kalender- und saisonbereinigt** werden.

Für die Indikatoren der Konjunktorentwicklung im Baugewerbe und Handel wird der gleitende **Drei-Monats-Durchschnitt** der Originalwerte verwendet.

Umsatz im Einzelhandel steigt

Die geglätteten preisbereinigten Einzelhandelsumsätze (ohne Kraftfahrzeughandel) wiesen im Juni 2012 ein Plus von einem Prozent gegenüber dem Vorjahr auf. In den Monaten April und Mai waren die Umsätze in diesem Wirtschaftsbereich im Vorjahresvergleich leicht zurückgegangen.

Umsatz im Kfz-Handel geht weiter zurück

Im Kraftfahrzeughandel verschlechterten sich die Umsätze im Juni preisbereinigt und geglättet um 3,7 Prozent gegenüber dem Juni 2011. Der Kraftfahrzeughandel verbucht damit seit März sinkende Umsätze.

Sinkende Umsätze im Großhandel

Im Großhandel sind die realen Umsätze im Vergleich zum Vorjahr bereits zum fünften Mal in Folge gesunken, nachdem es über eine längere Phase ununterbrochen Zuwächse gegeben hatte. Das Minus belief sich im Juni auf 0,7 Prozent, fiel damit aber geringer aus als noch im Vormonat (Mai: -2,4 Prozent).

Umsätze im Gastgewerbe weiter verschlechtert

Im Gastgewerbe sanken die geglätteten Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im Juni gegenüber dem Vorjahreswert um 5,6 Prozent. Damit gehen die Umsätze in diesem Wirtschaftsbereich im Vorjahresvergleich bereits seit März zurück.

Jahresteuersatzrate im September bei 2,3 Prozent

Höhere Energiepreise tragen maßgeblich zur Entwicklung bei

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex erhöhte sich im September 2012 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 2,3 Prozent. Damit liegt die Inflationsrate wie schon im August (+2,3 Prozent) über der für die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank bedeutsamen Zwei-Prozent-Marke. Im Juni und Juli hatte die Teuerungsraten jeweils zwei Prozent betragen. Zur Entwicklung im September trugen wiederum die starken Preiserhöhungen für Heizöl (+9,6 Prozent) sowie für Kraftstoffe (+9,4 Prozent) bei. Der häufig als Kerninflationsrate bezeichnete „Gesamtindex ohne

Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel“ wies einen Anstieg von 1,5 Prozent auf.

Den höchsten Preisanstieg im Vorjahresvergleich gab es in der Indexhauptgruppe „Verkehr“ (+4,3 Prozent). Außerdem verteuerten sich unter anderem die Waren und Dienstleistungen in den Bereichen „Bildungswesen“ (+3,2 Prozent) sowie „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (+3,1 Prozent) überdurchschnittlich. In der Hauptgruppe „Nachrichtenübermittlung“ (-1,1 Prozent) wurden niedrigere Preise als im Vorjahr festgestellt.

Preisentwicklung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

Arbeitslosigkeit im September erneut gesunken

Die Arbeitslosigkeit ist in Rheinland-Pfalz im September vor allem aufgrund der herbstlichen Belebung erneut gesunken, nachdem sie bereits im August zurückgegangen war. Nach Mitteilung der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit waren im Berichtsmonat 106 700 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet. Das sind rund 5 200 bzw. 4,6 Prozent weniger als im Vormonat. Im Vorjahresvergleich zum September 2011 hat sich die Arbeitslosenzahl allerdings um 4 000 Personen erhöht (+3,9 Prozent).

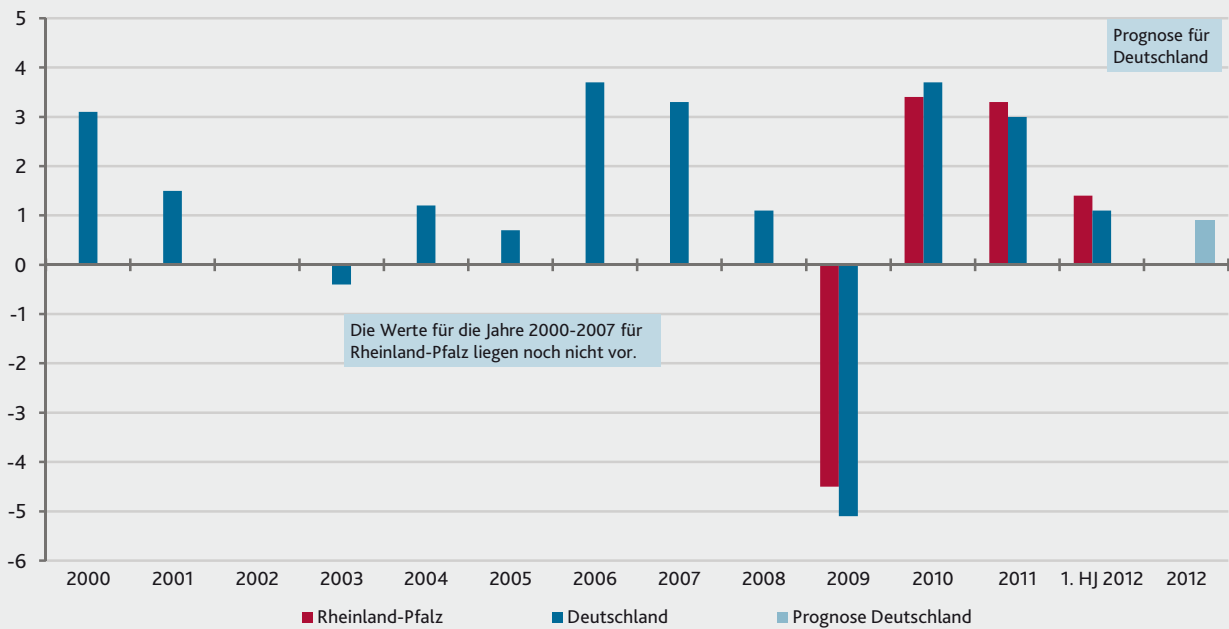
Arbeitslosigkeit sinkt gegenüber Vormonat um 4,6 Prozent

Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, verringerte sich im September 2012 im Vergleich zum Vormonat um 0,2 Prozentpunkte auf 5,1 Prozent. Im September 2011 hatte sie noch bei 4,9 Prozent gelegen.

Arbeitslosenquote bei 5,1 Prozent

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Europa; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt und Dr. Marc Völker sind dort als Referenten tätig.

Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1 Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2012; nächster Fortschreibungstermin im März 2013. Quelle Prognosewert 2012: Projektgruppe

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

3-Monats-Durchschnitte^{2,3} – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

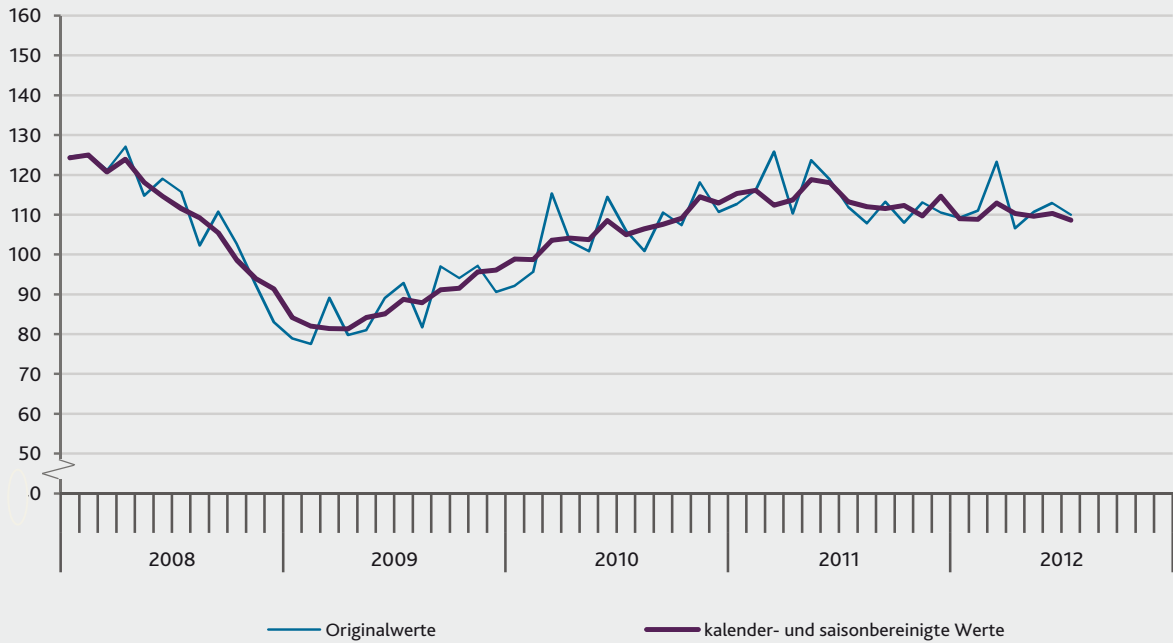


1 Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2011. – 2 Ausbaugewerbe: Quartale. – 3 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Insgesamt

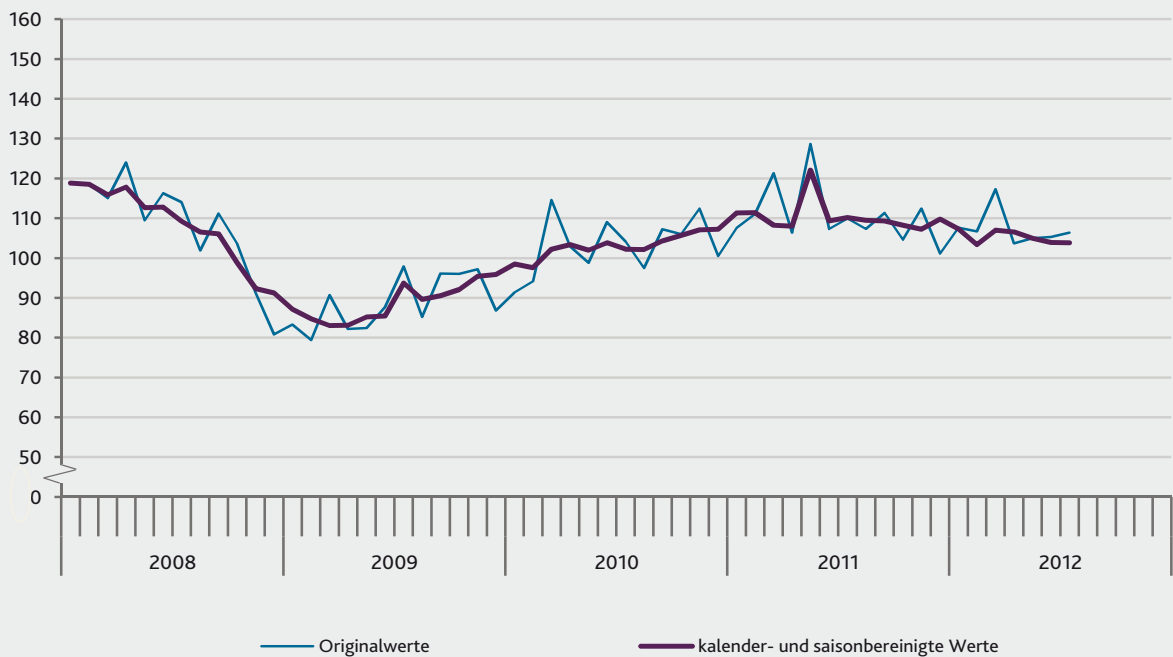
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Inland

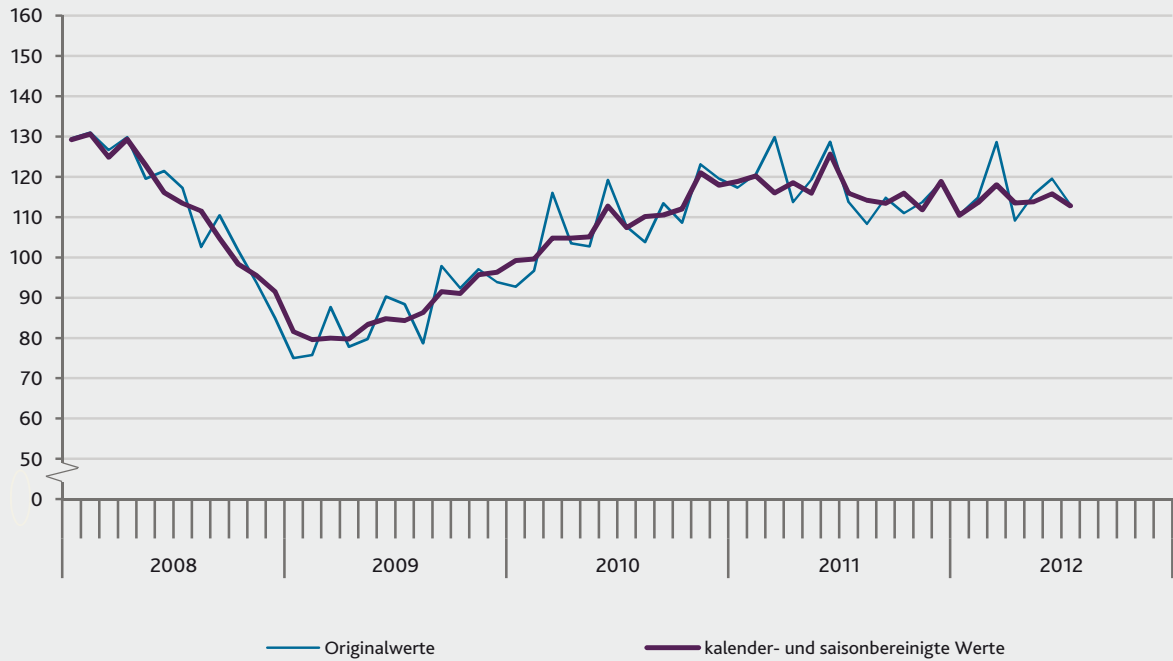
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Ausland

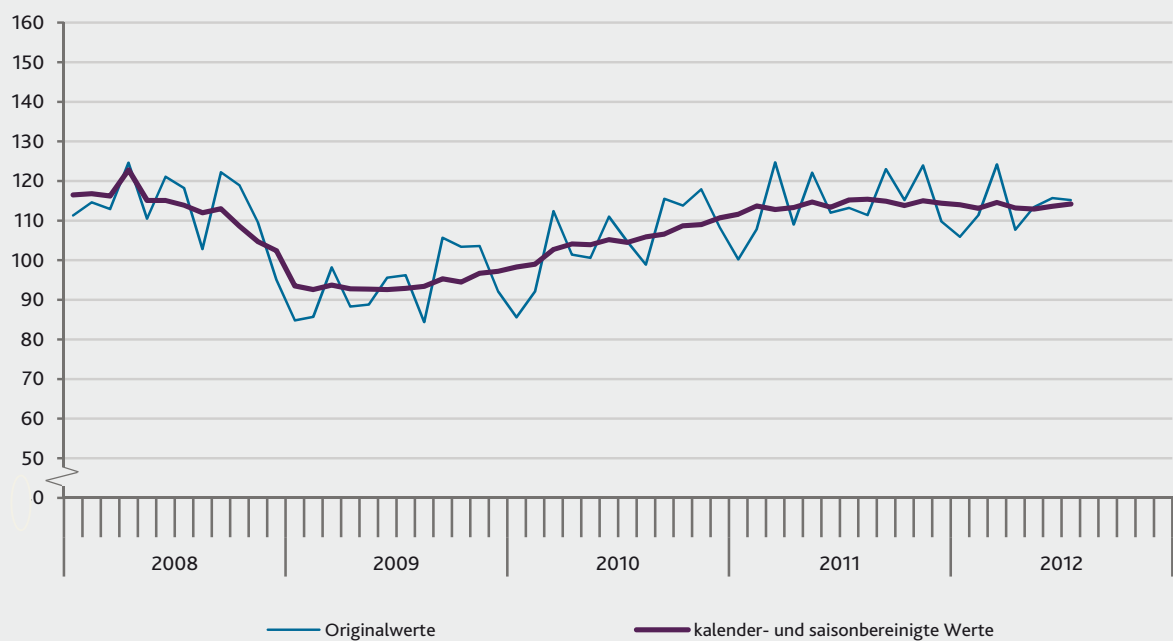
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Insgesamt

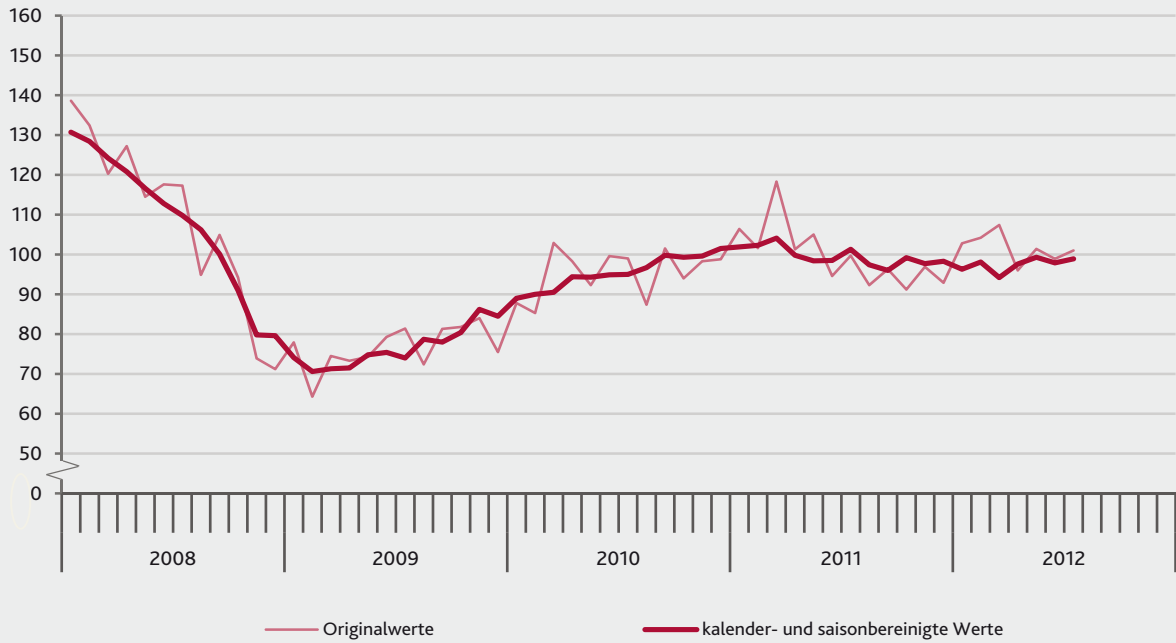
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Insgesamt

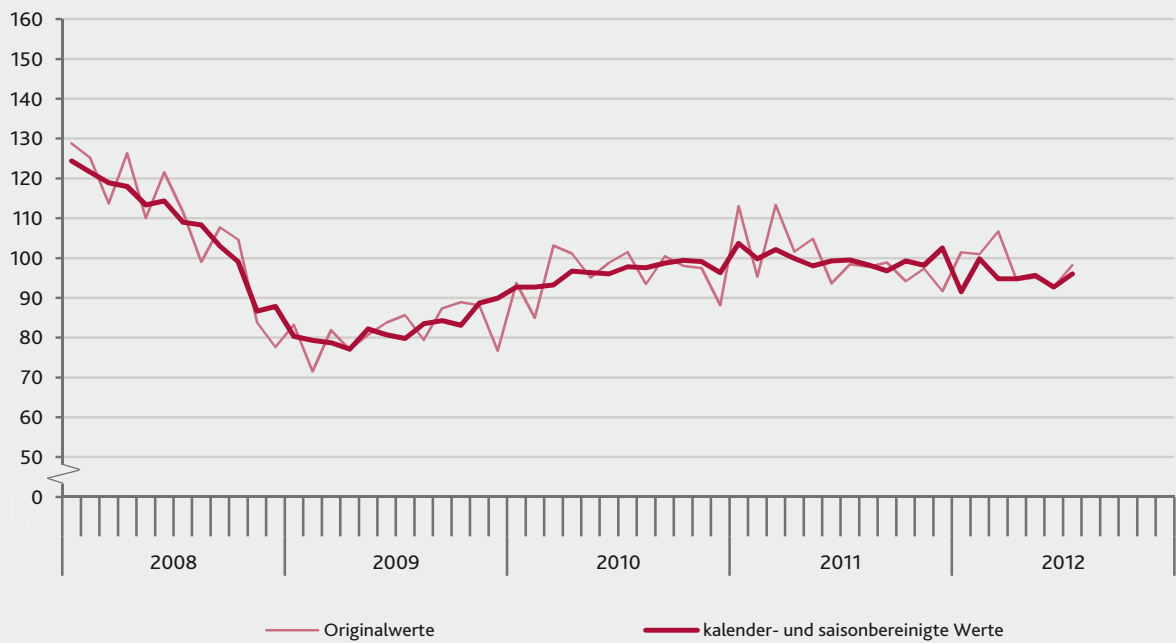
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Inland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Ausland

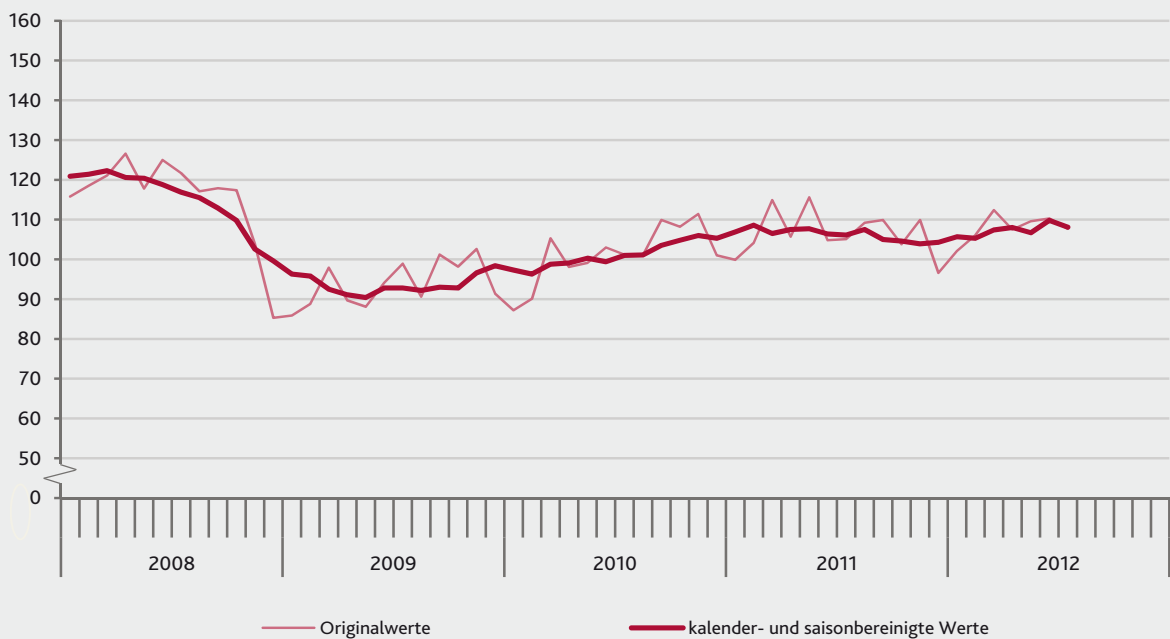
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Insgesamt

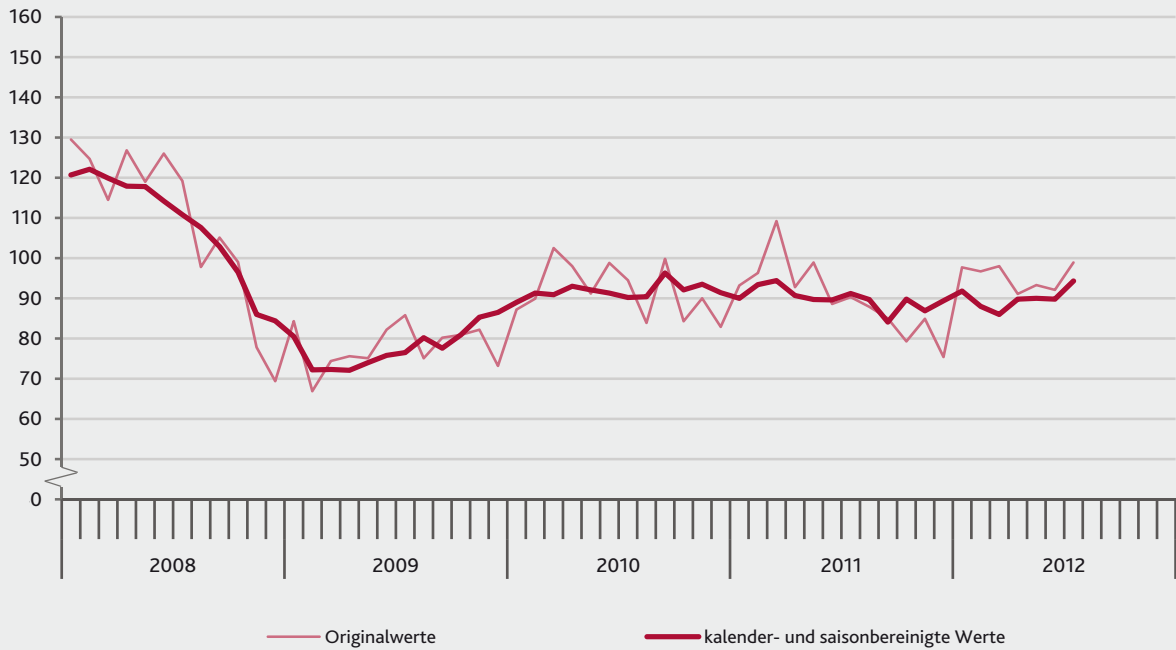
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Vorleistungsgüterindustrie**

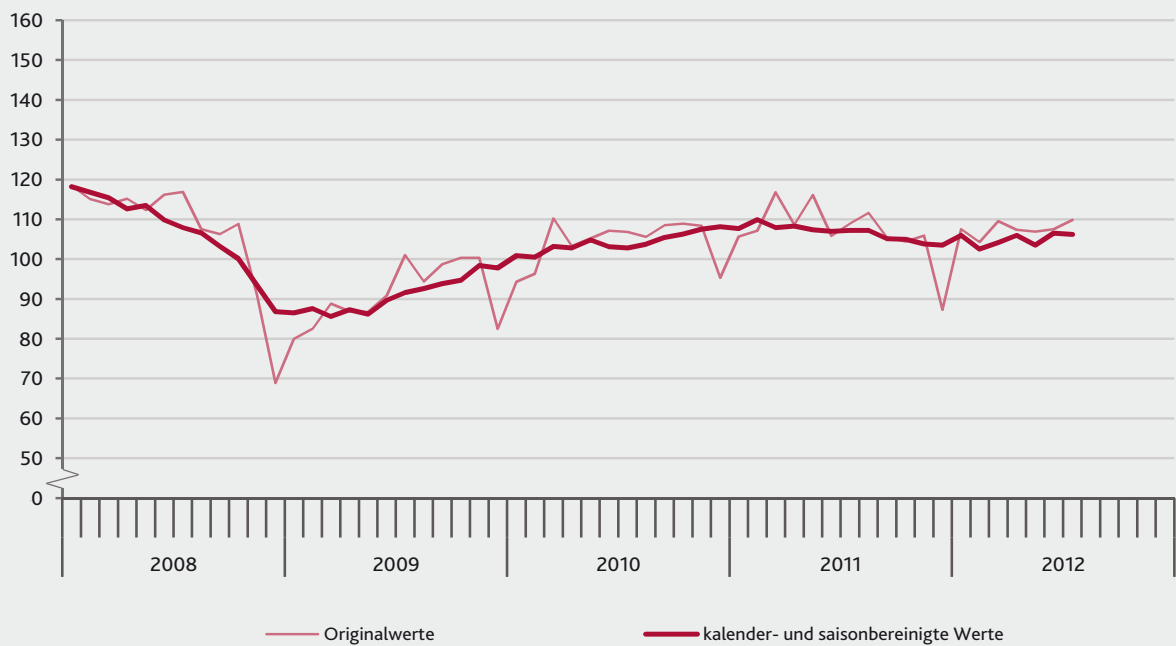
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Vorleistungsgüterindustrie**

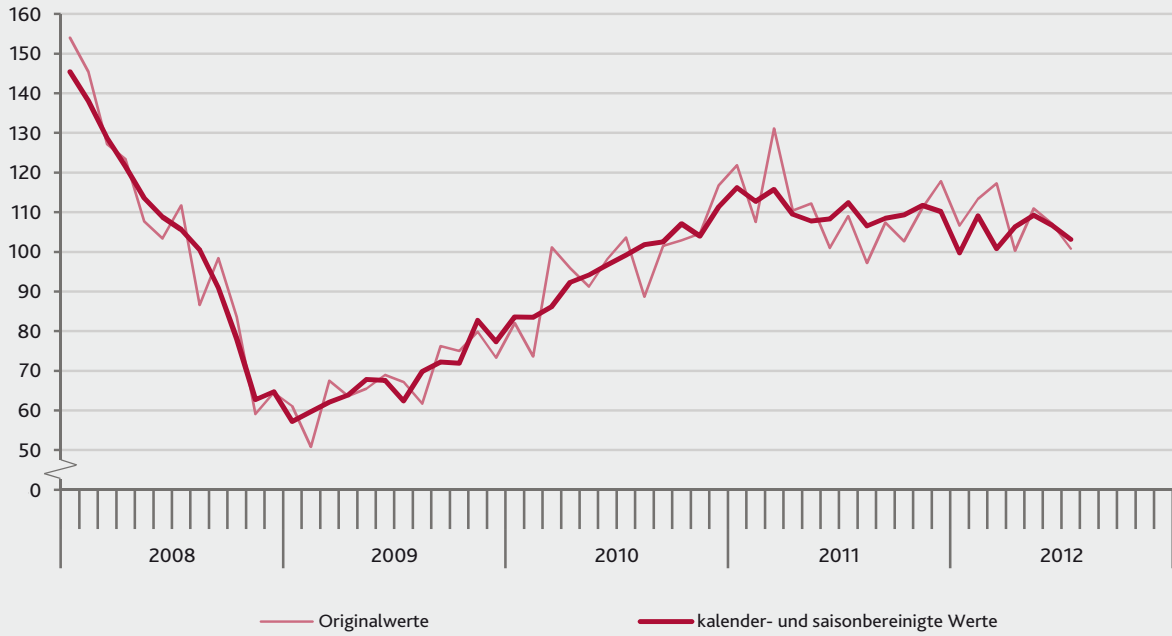
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Investitionsgüterindustrie**

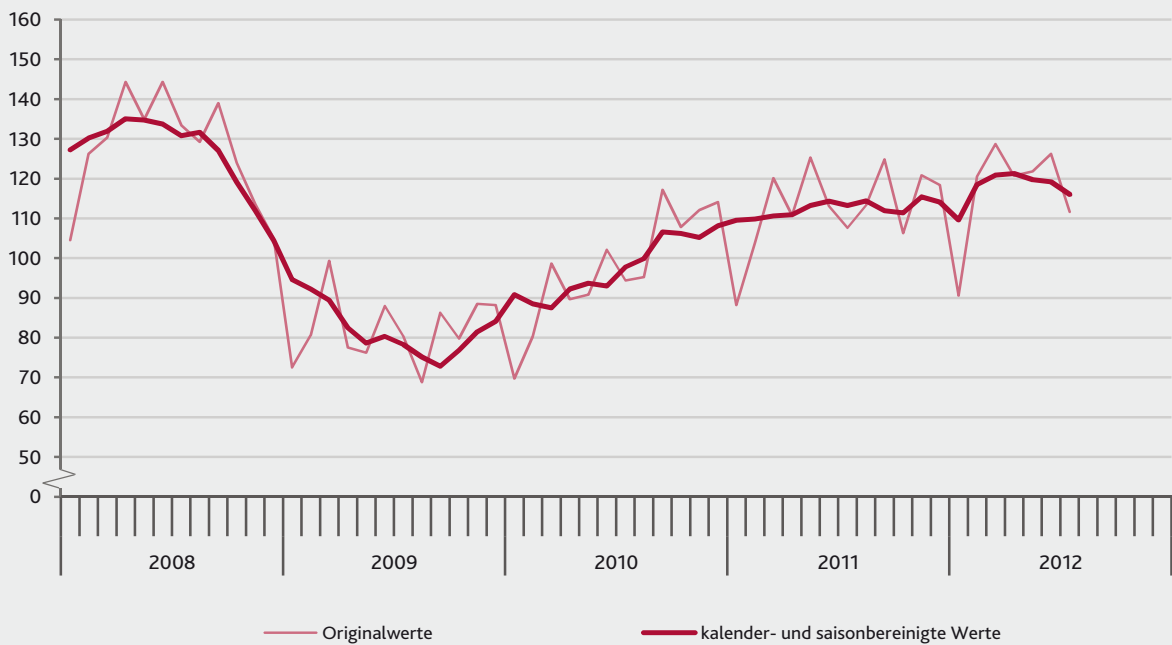
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

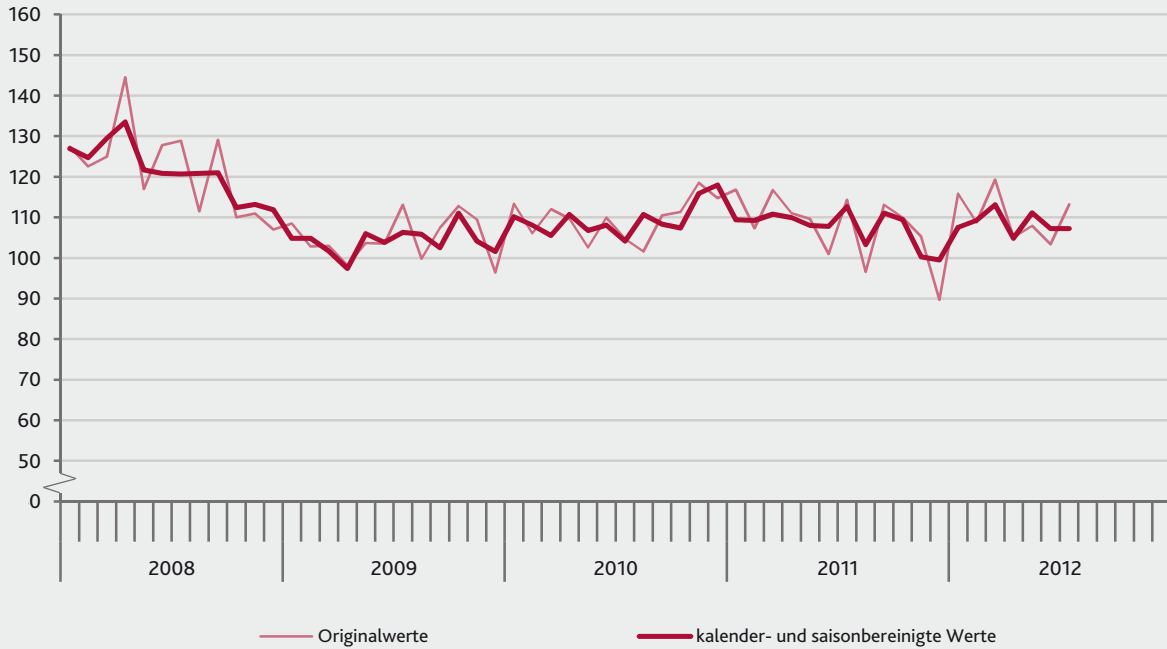
**Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Investitionsgüterindustrie**

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



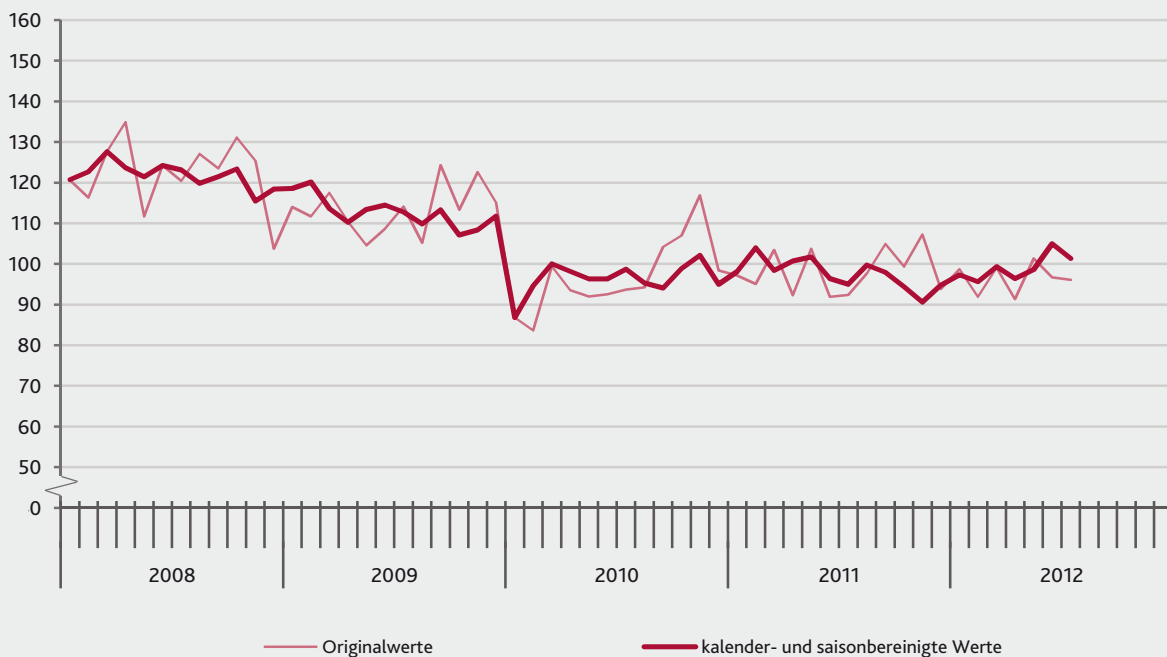
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Konsumgüterindustrie**
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

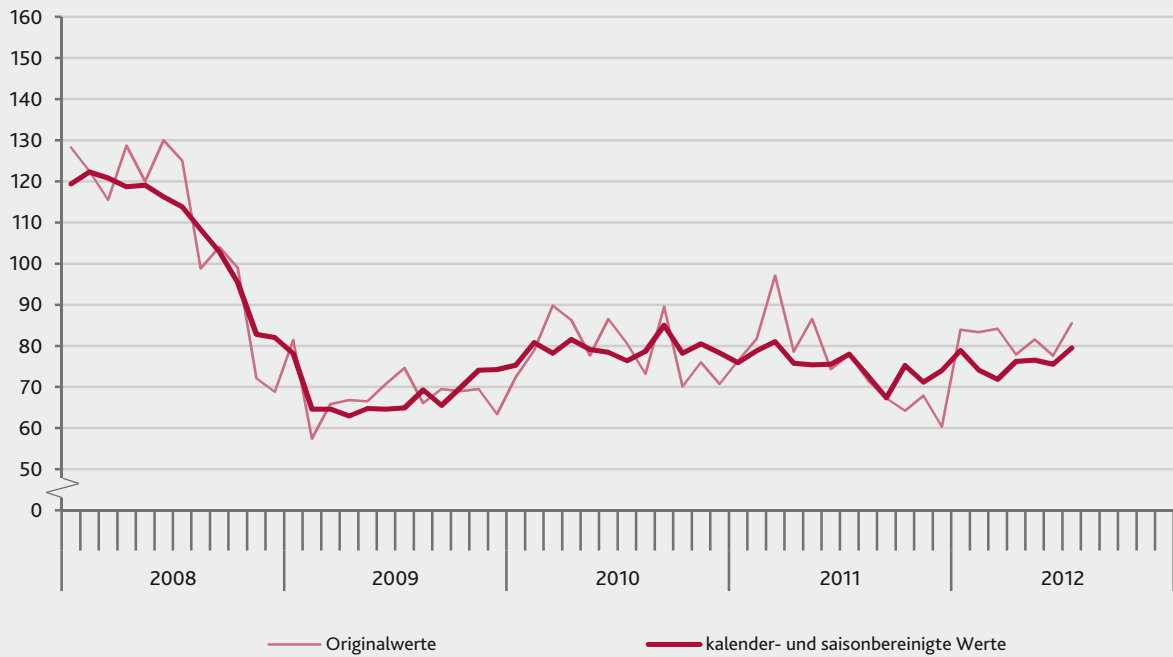
**Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Konsumgüterindustrie**
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Herstellung von chemischen Erzeugnissen

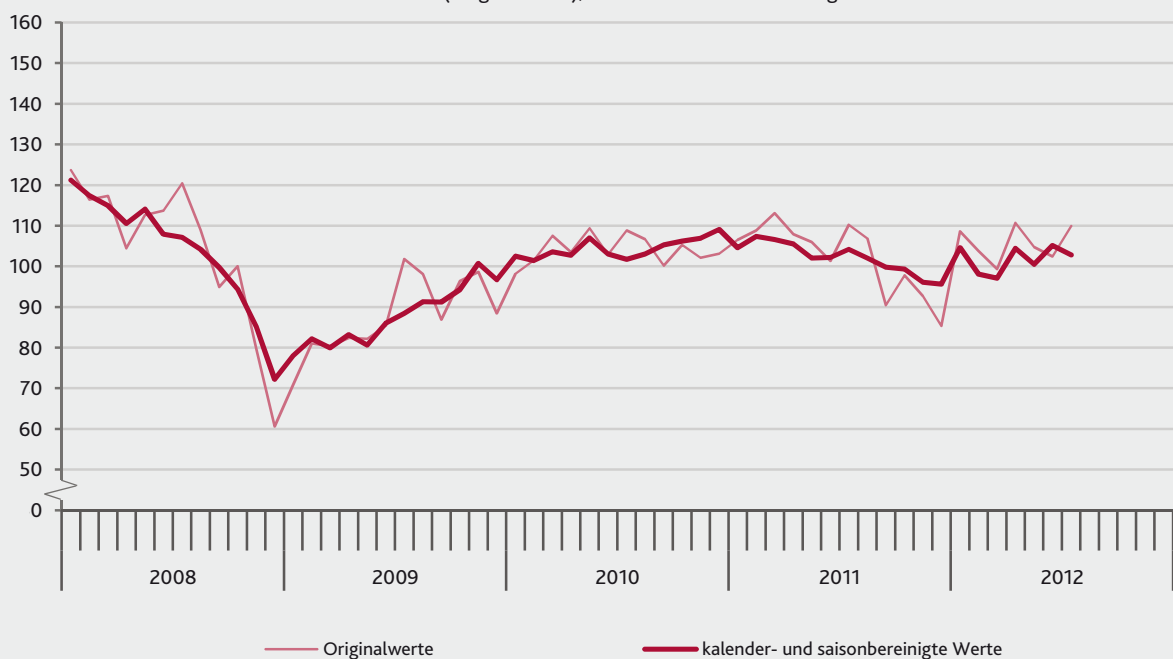
Anteil am Gesamtumsatz 2010: 33%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

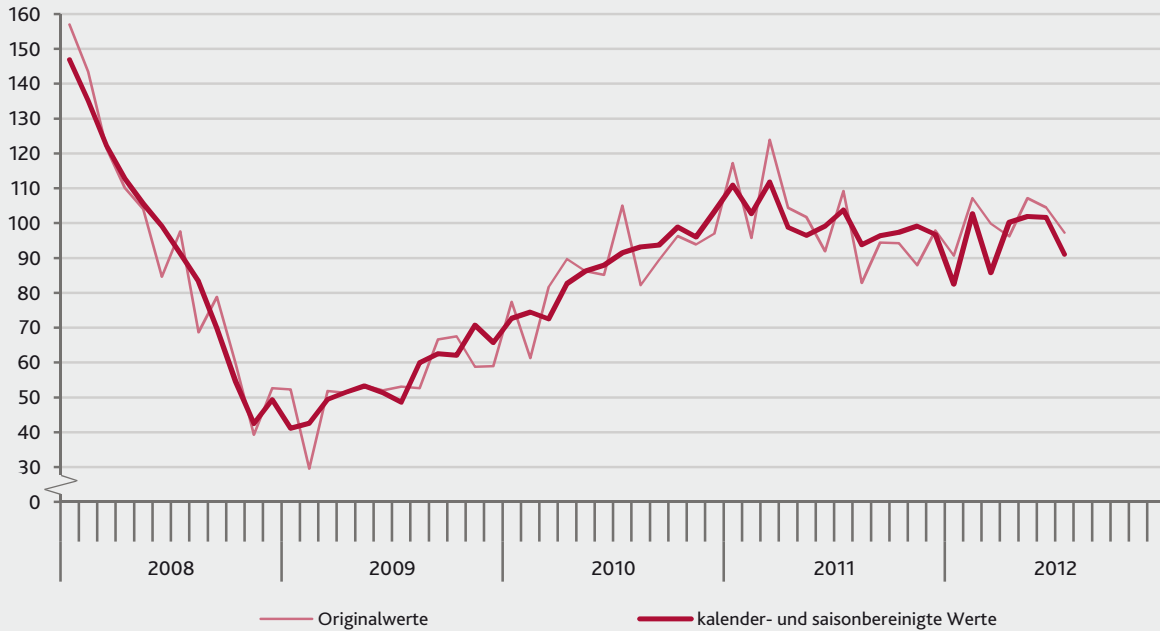
Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Herstellung von chemischen Erzeugnissen

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 33%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

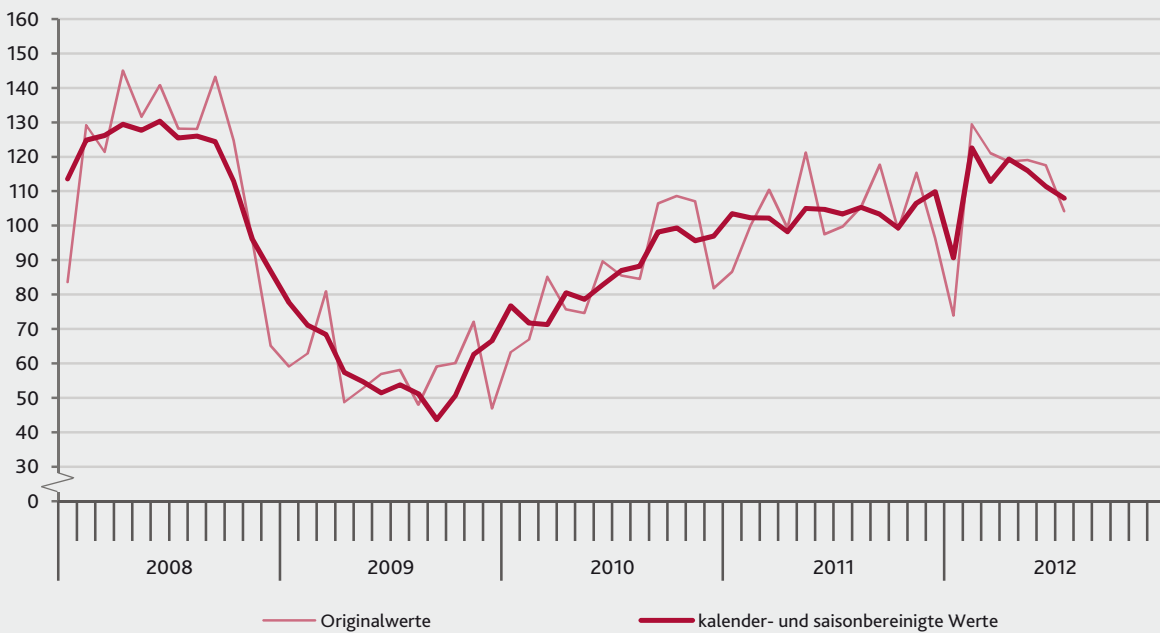
Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
 Anteil am Gesamtumsatz 2010: 12%
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Anmerkung: Wegen der erhöhten Bandbreite der Schwankungen in diesem Wirtschaftszweig mussten die Einträge auf der Ordinatenachse erhöht werden.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
 Anteil am Gesamtumsatz 2010: 12%
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

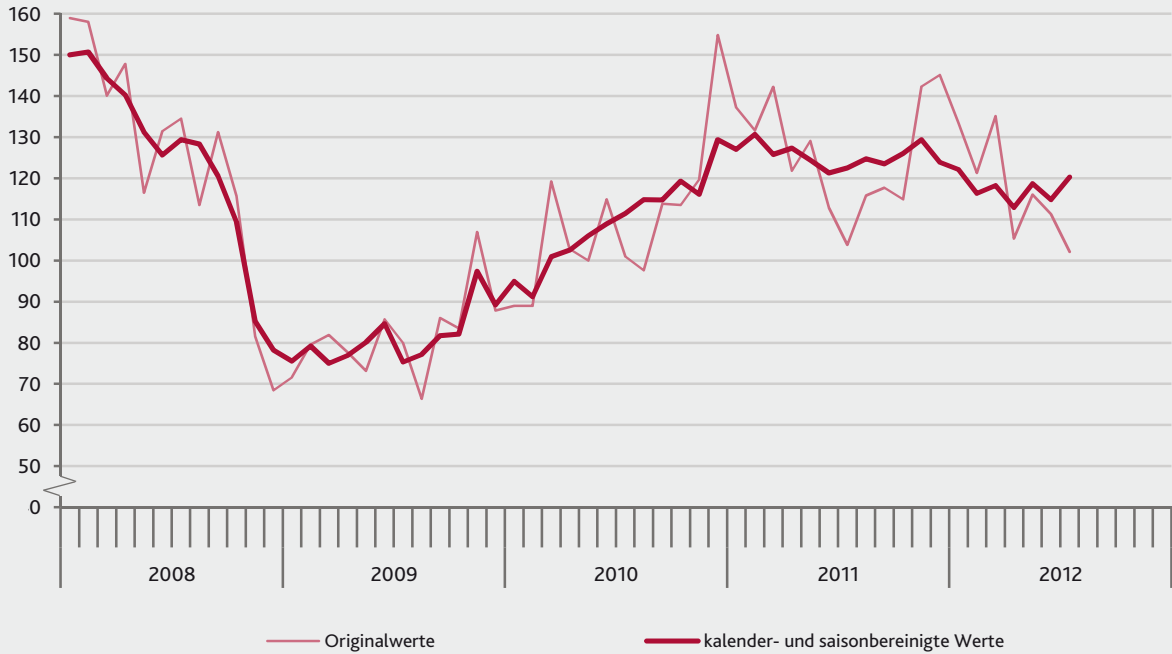


Anmerkung: Wegen der erhöhten Bandbreite der Schwankungen in diesem Wirtschaftszweig mussten die Einträge auf der Ordinatenachse erhöht werden.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Maschinenbau**

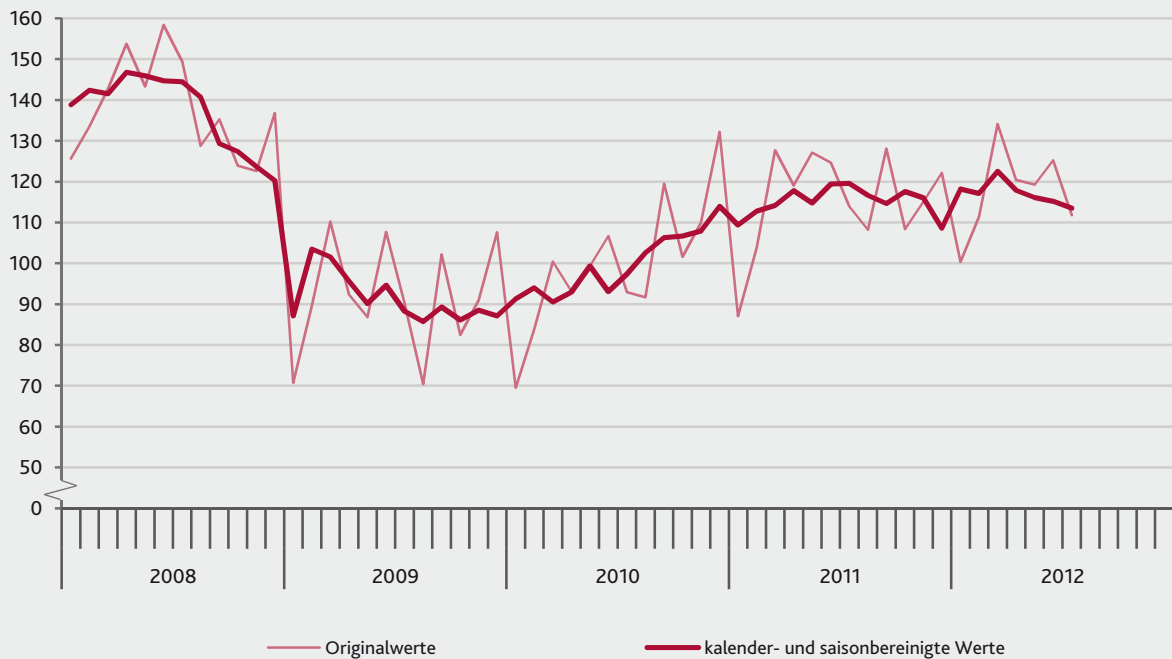
Anteil am Gesamtumsatz 2010: 8%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Maschinenbau**

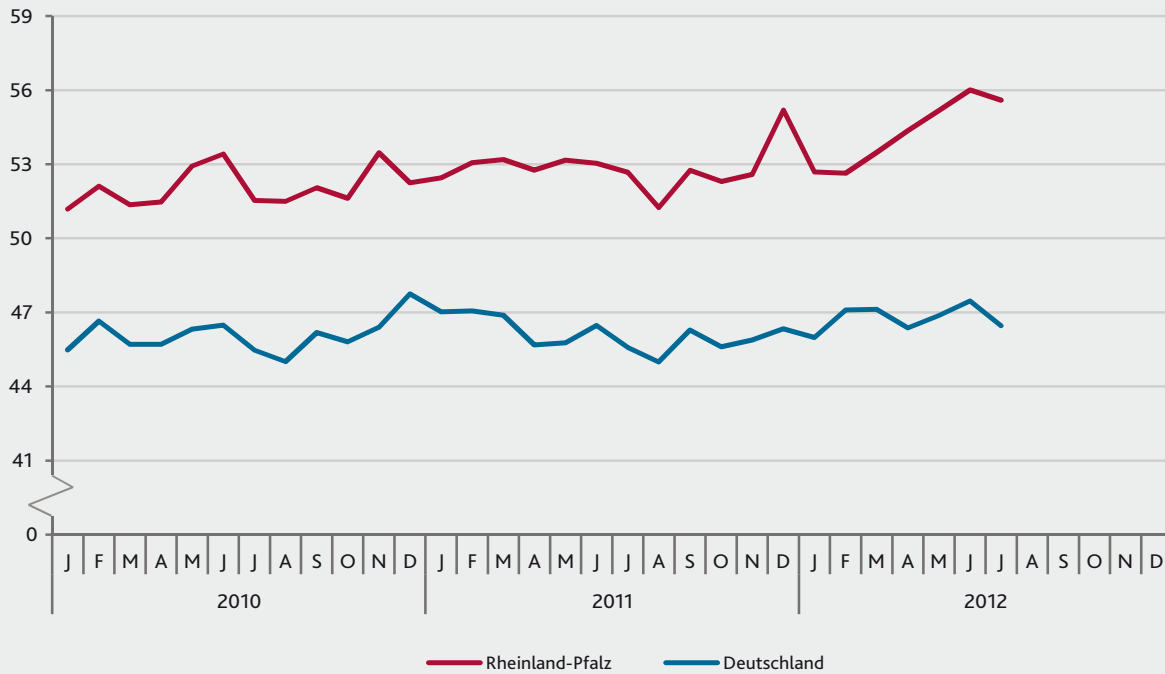
Anteil am Gesamtumsatz 2010: 8%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

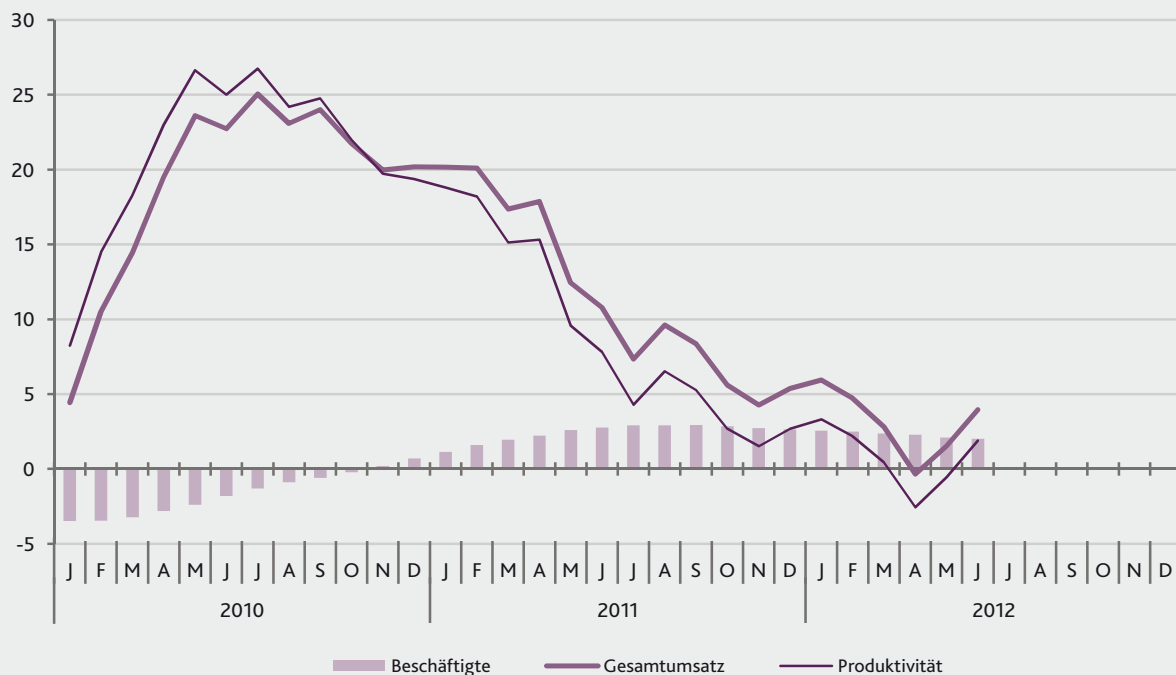
Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im verarbeitenden Gewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



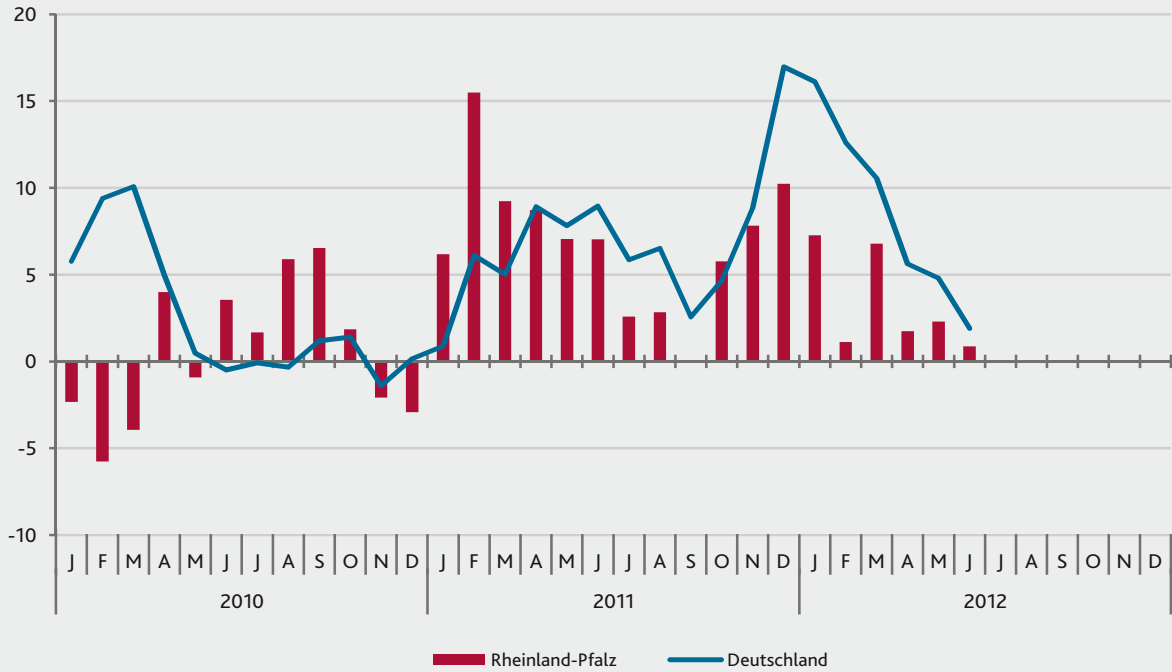
1 Umsatz je Beschäftigten.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

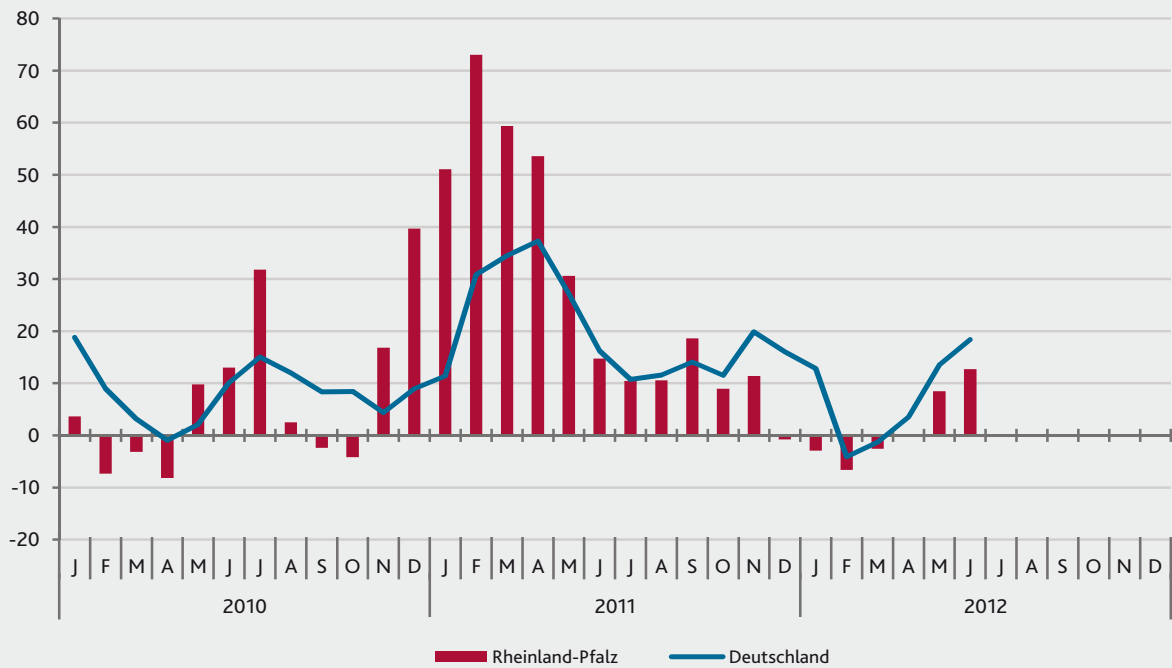


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Baugenehmigungen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

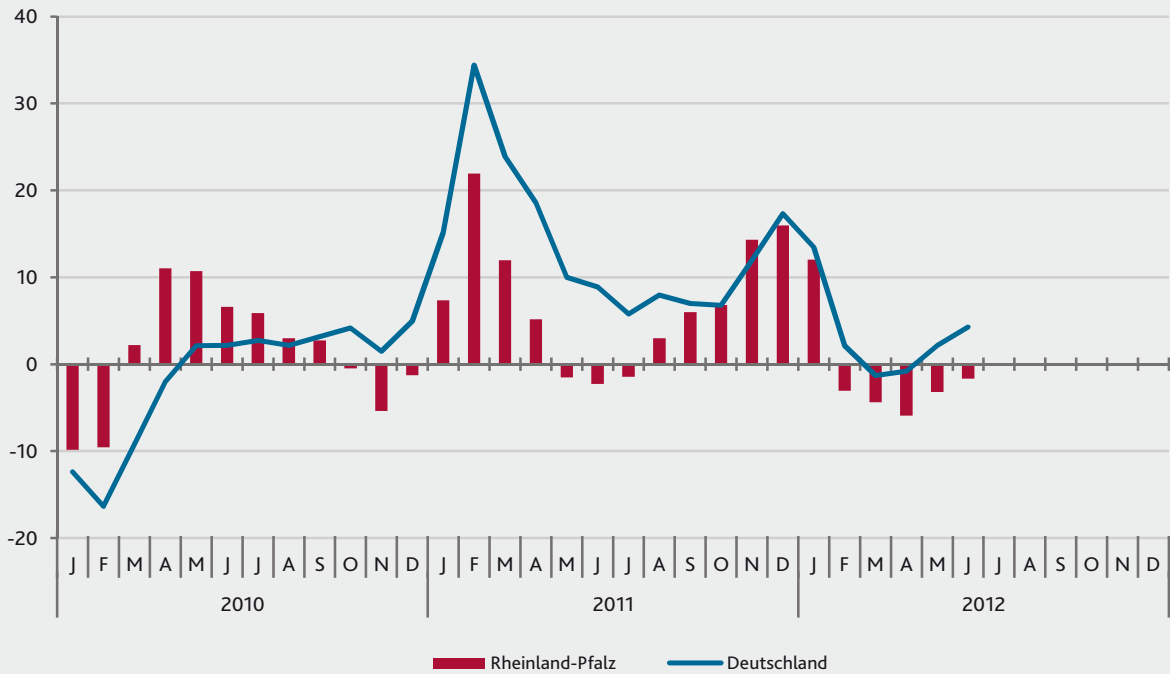


1 Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

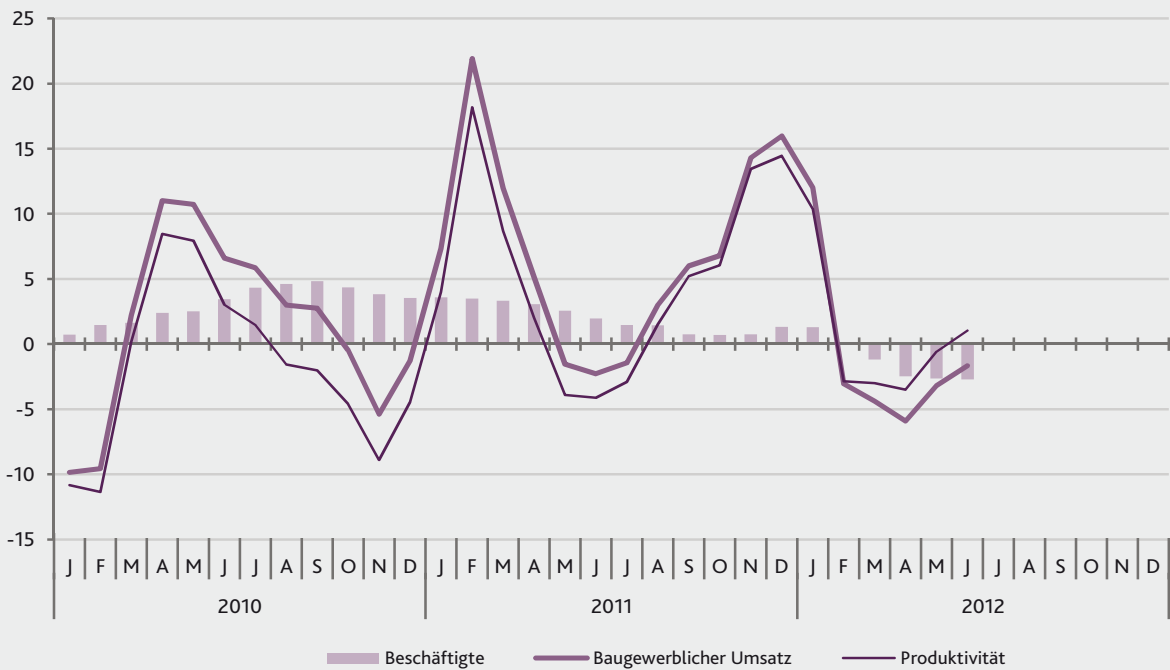
Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im Bauhauptgewerbe
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

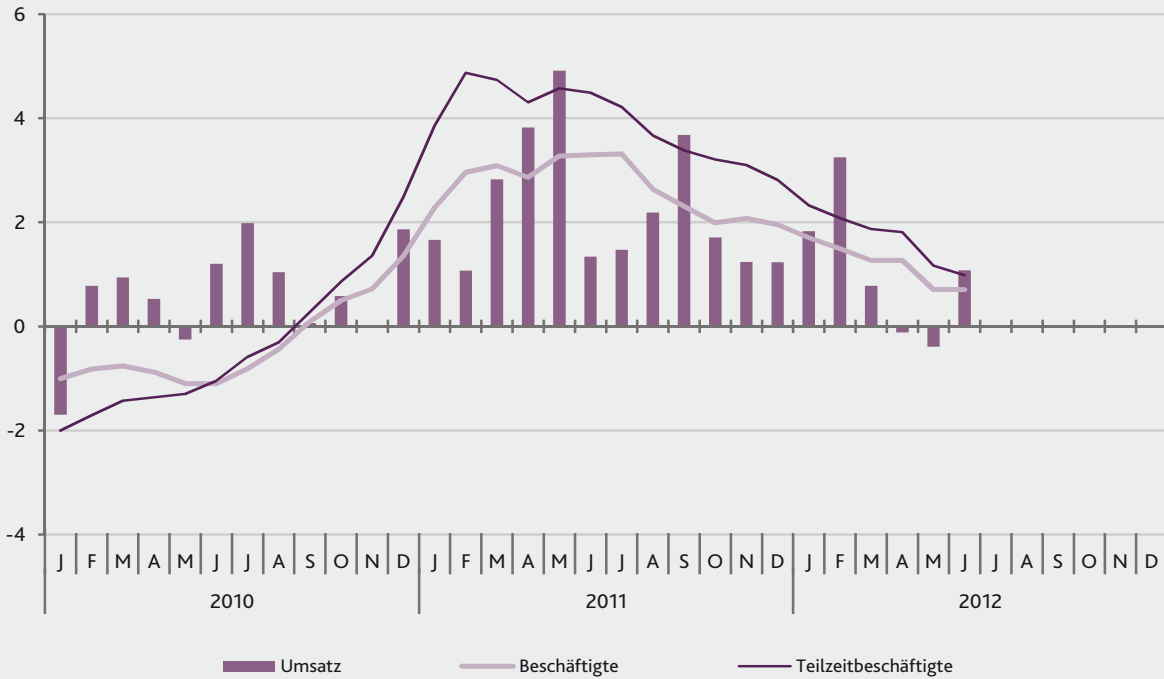


¹ Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. – ² Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

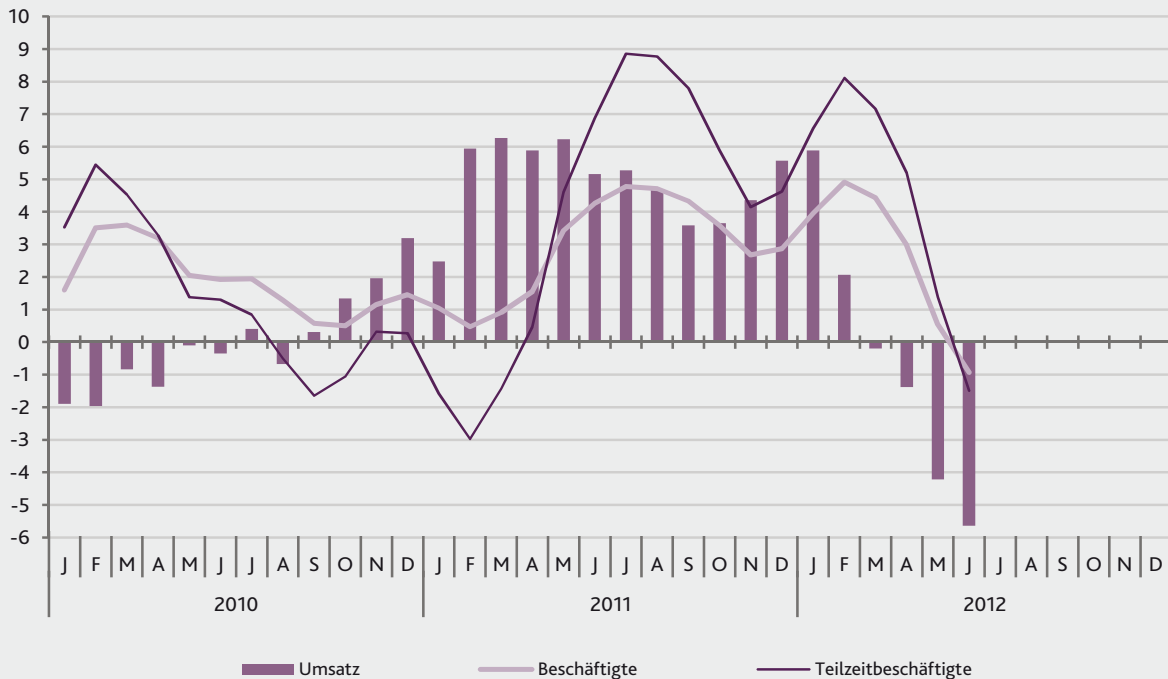


¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

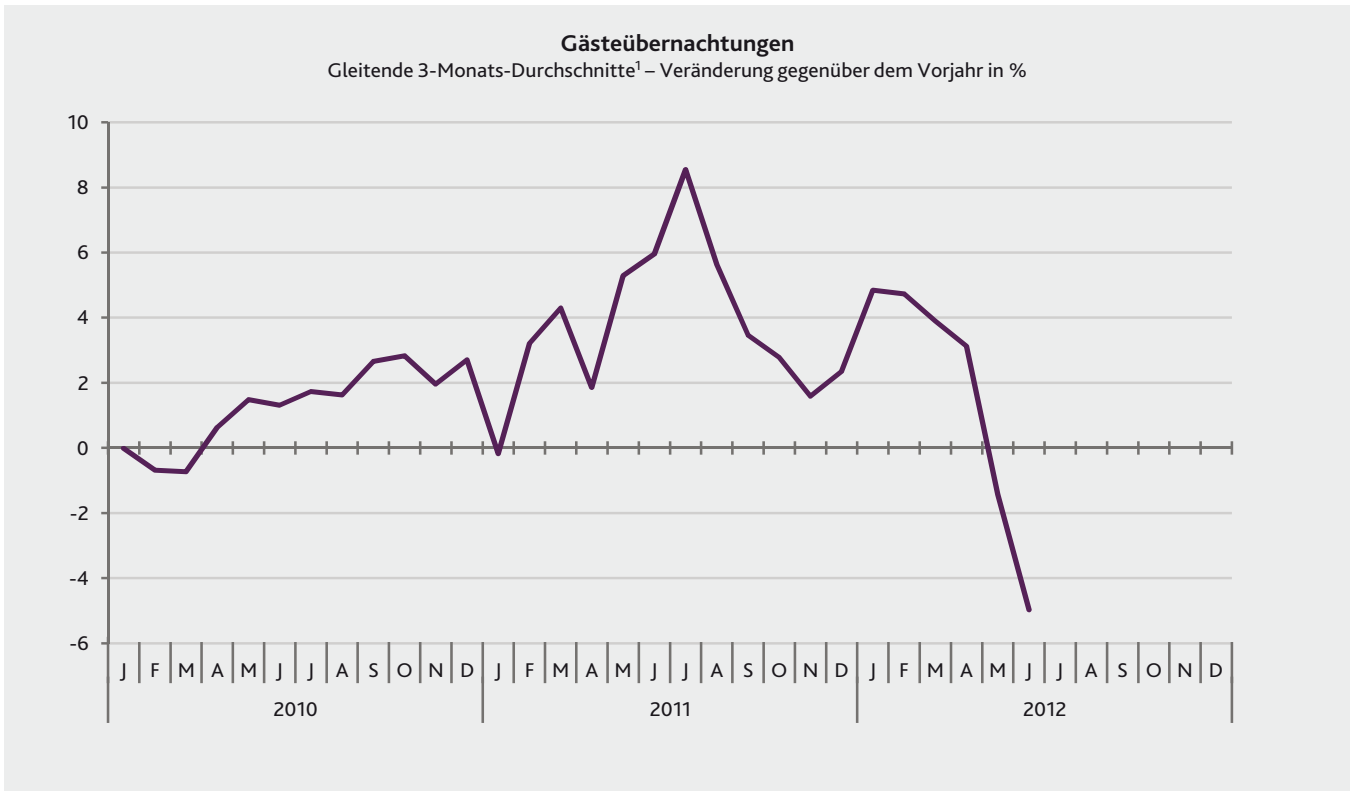
Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



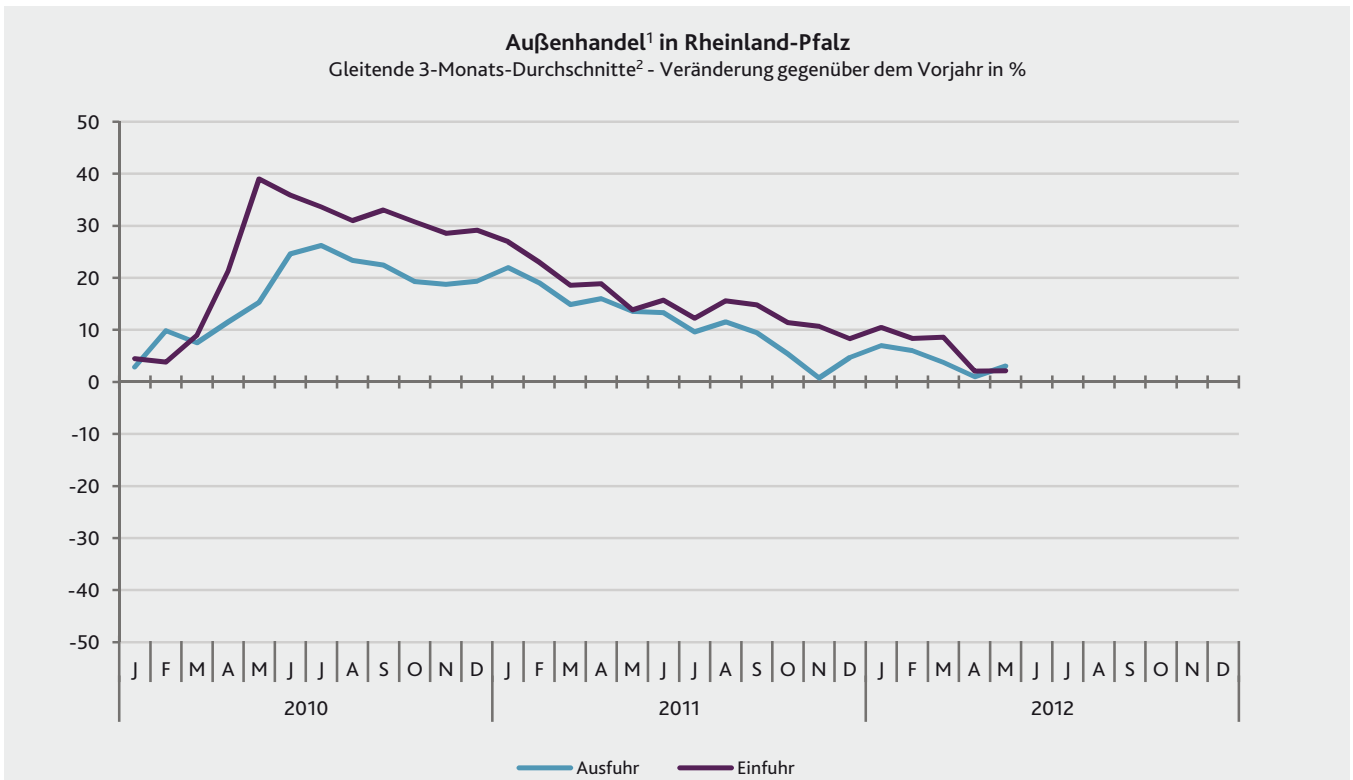
¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz



1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

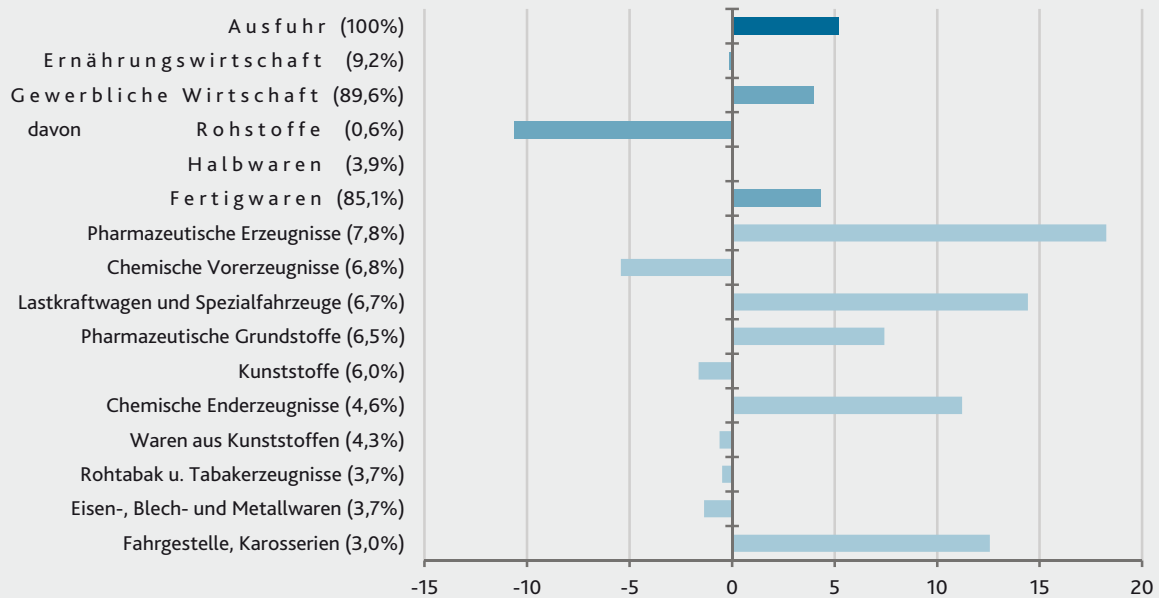


1 Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland.

2 Der Durchschnitt wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

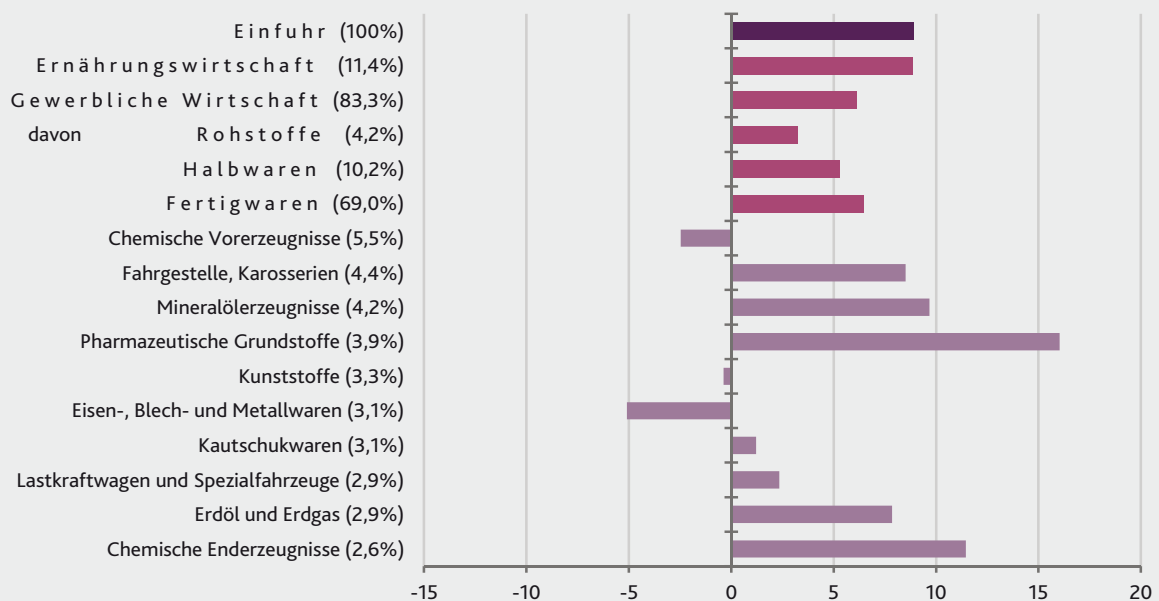
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Juli 2011 - Juni 2012 nach Warengruppen¹
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

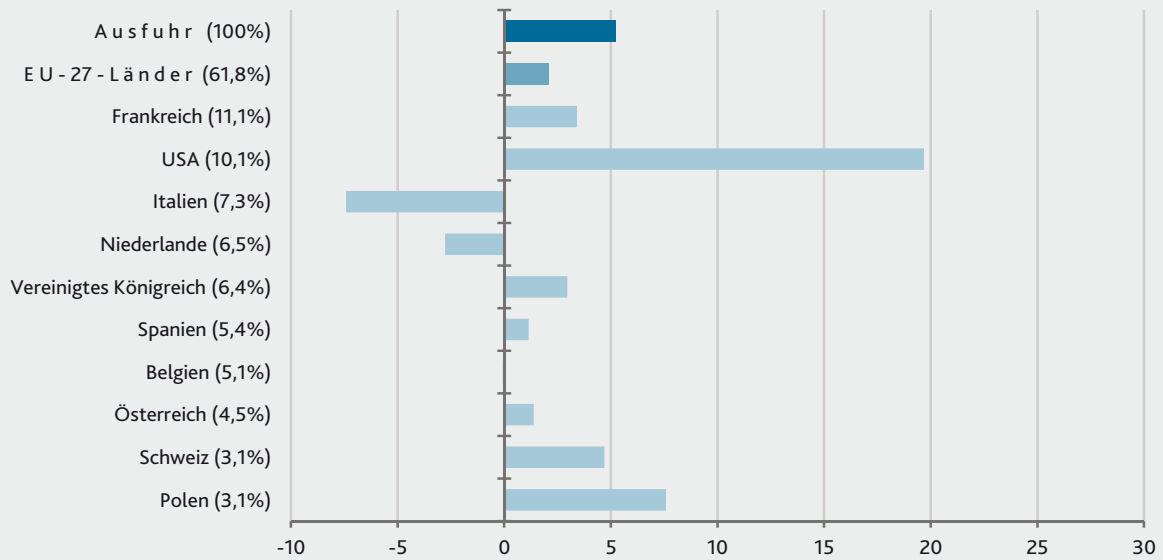
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Juli 2011 - Juni 2012 nach Warengruppen¹
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

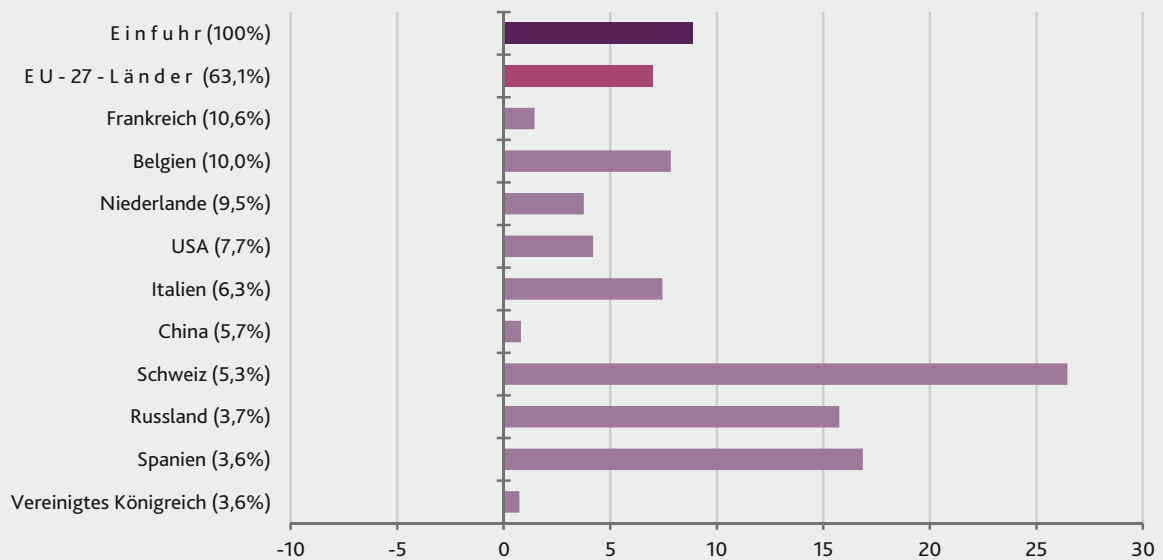
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Juli 2011 - Juni 2012 nach Bestimmungsländern¹
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

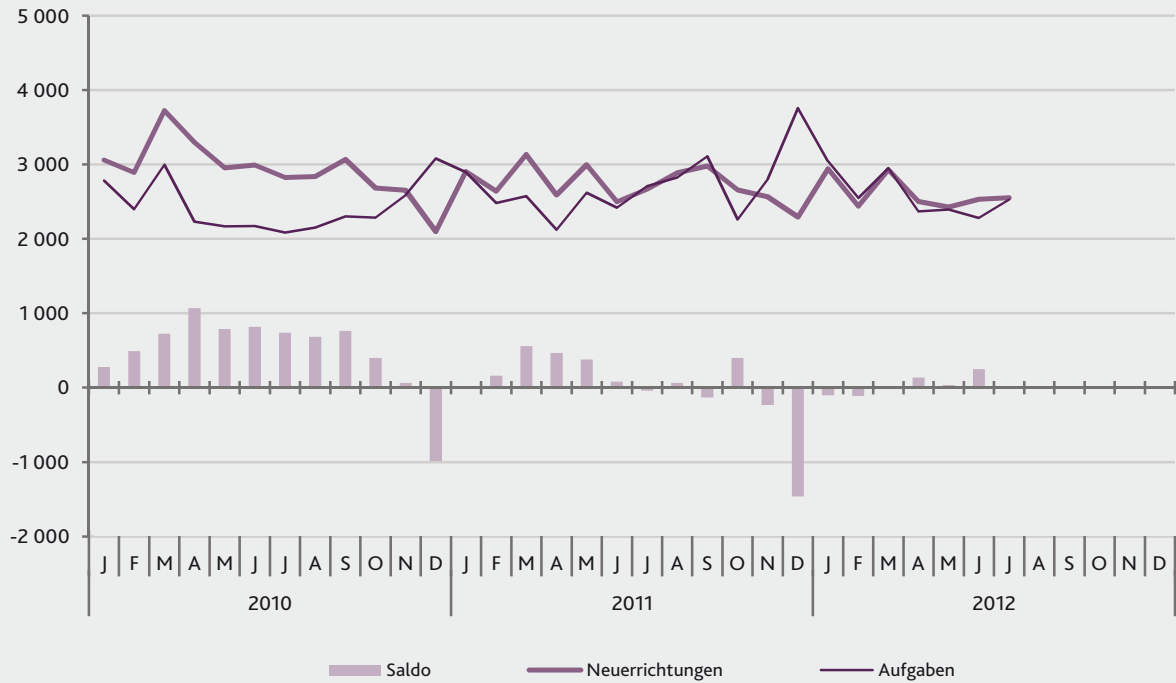
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Juli 2011 - Juni 2012 nach Herkunftsländern¹
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2009.

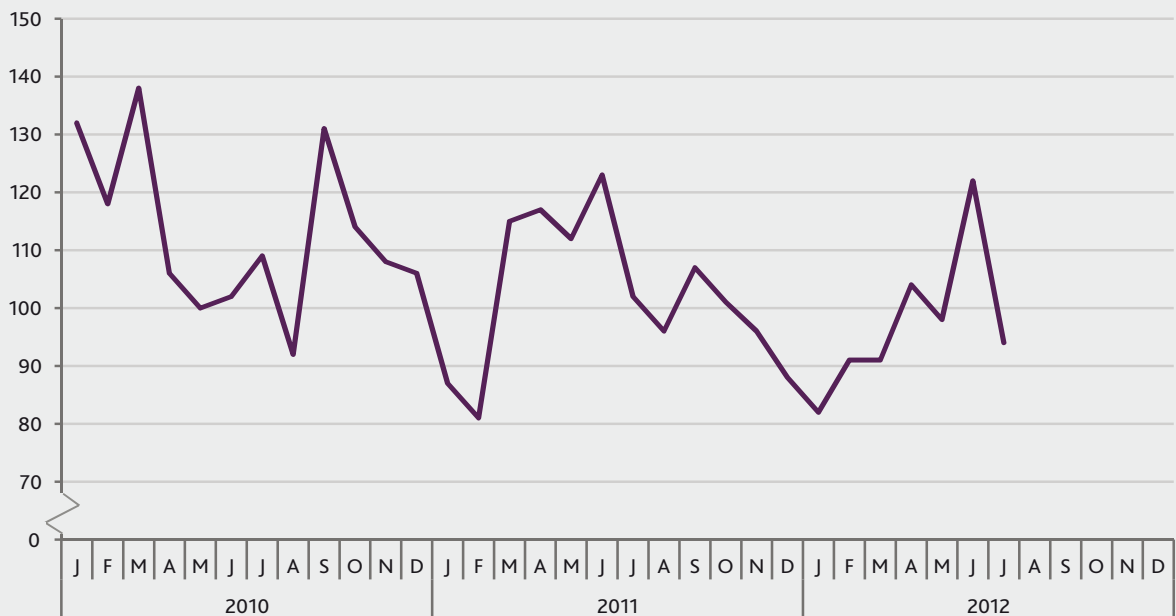
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Gewerbeanzeigen



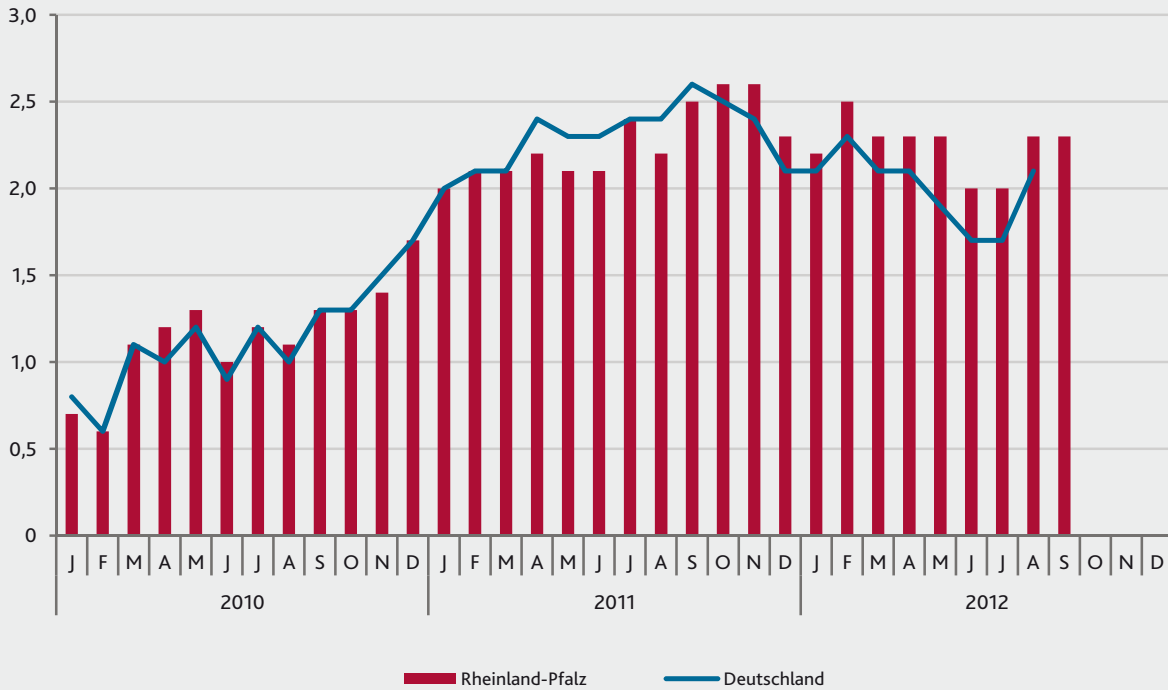
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Unternehmensinsolvenzen



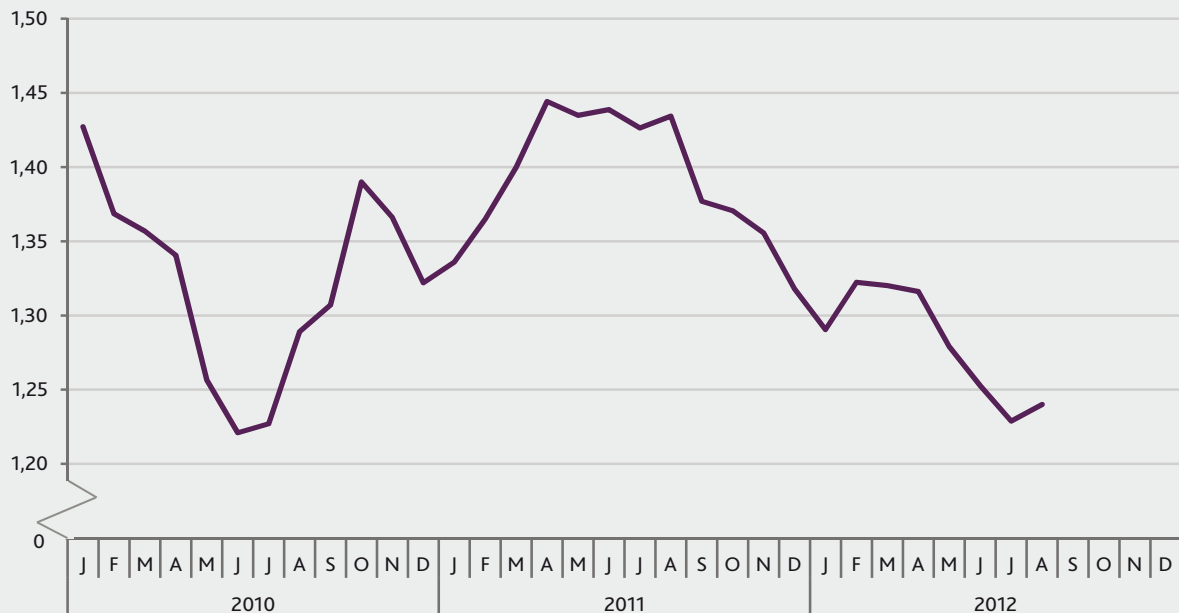
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

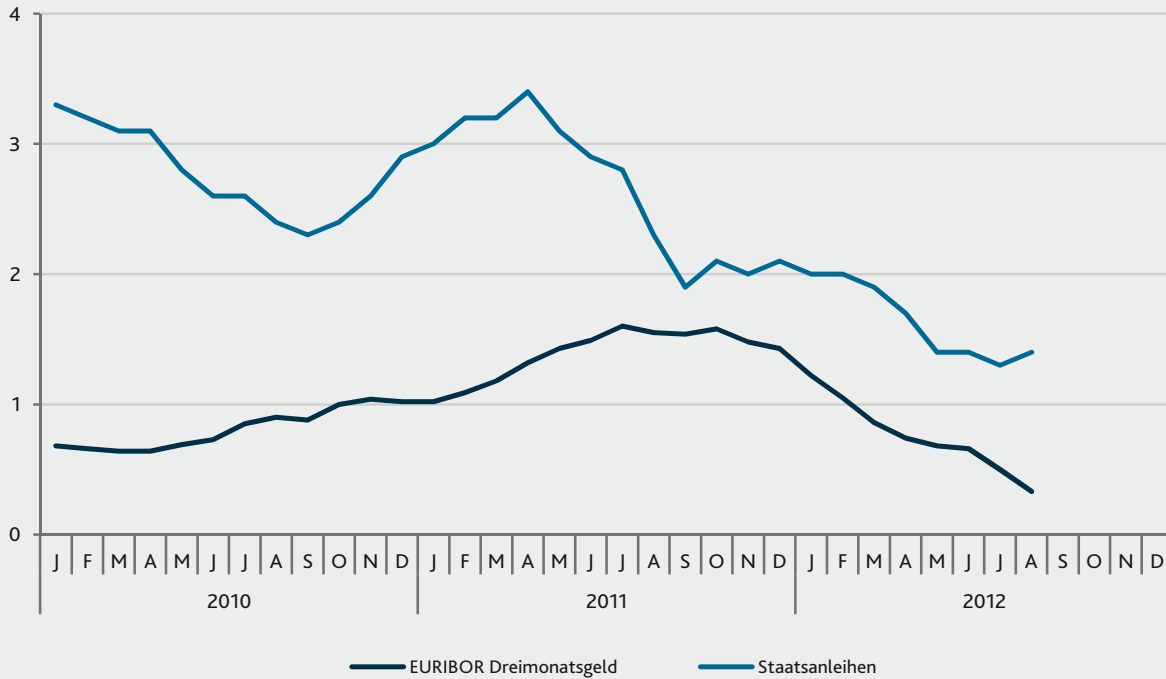
Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

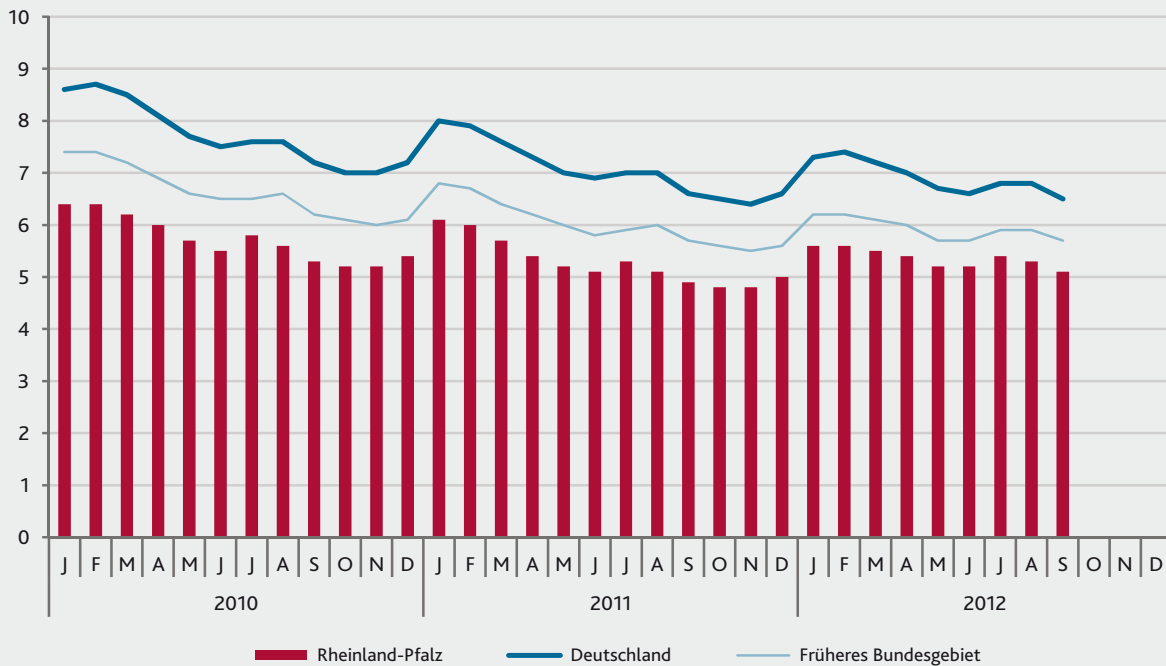
Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
 Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

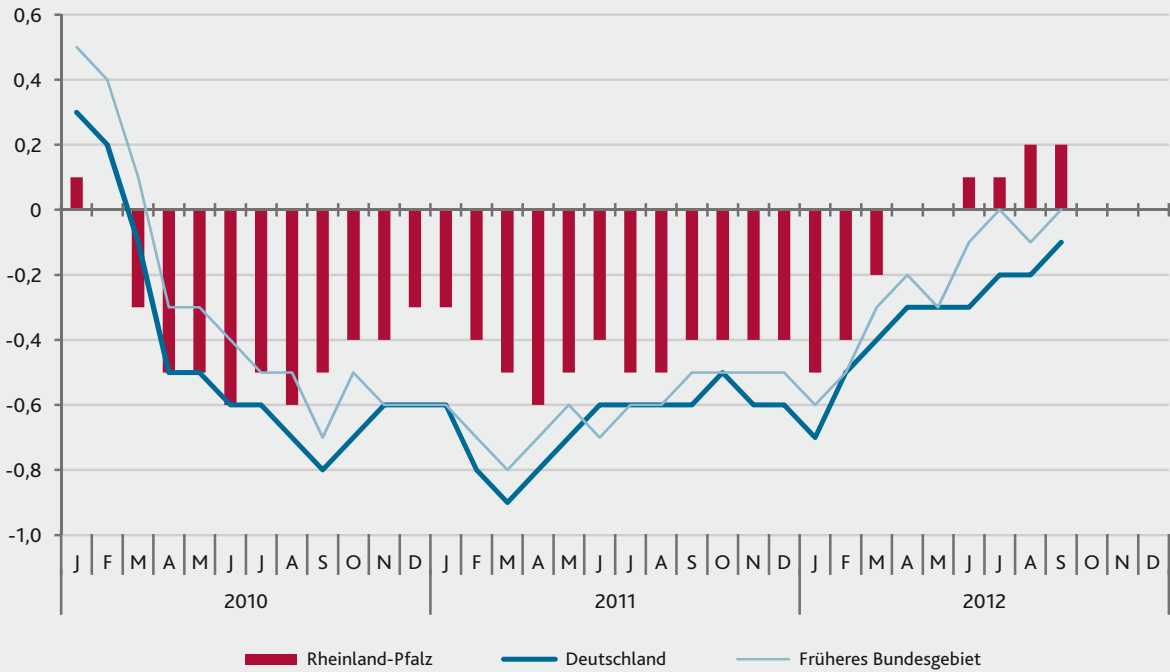
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
 Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

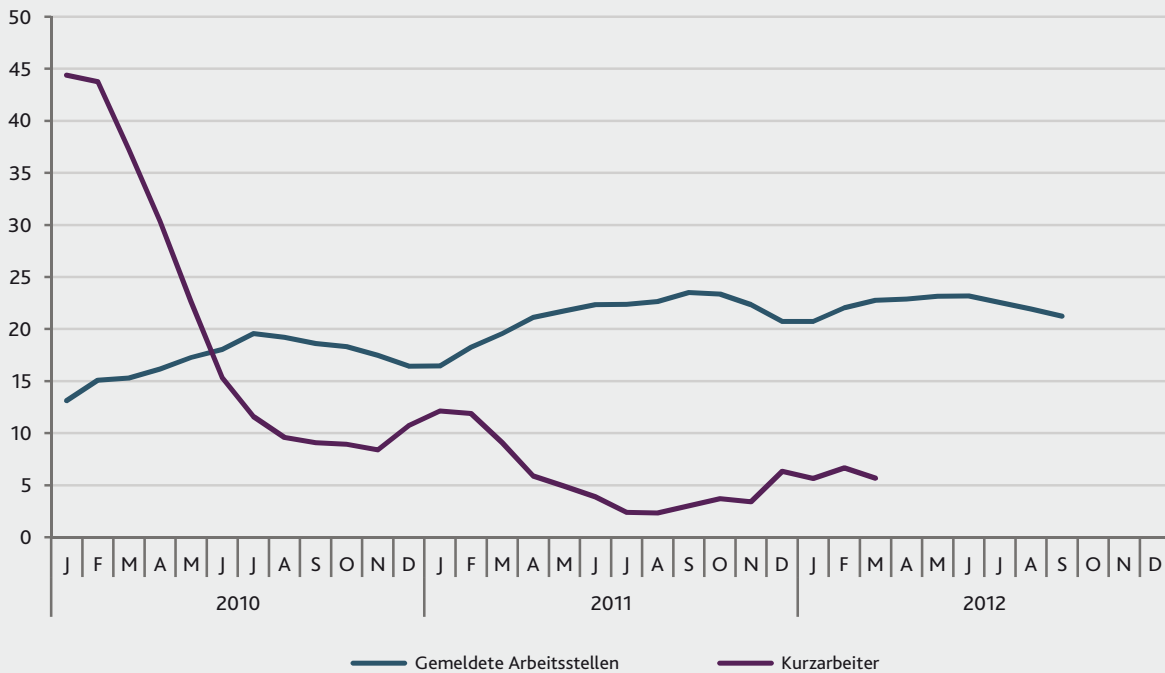
Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

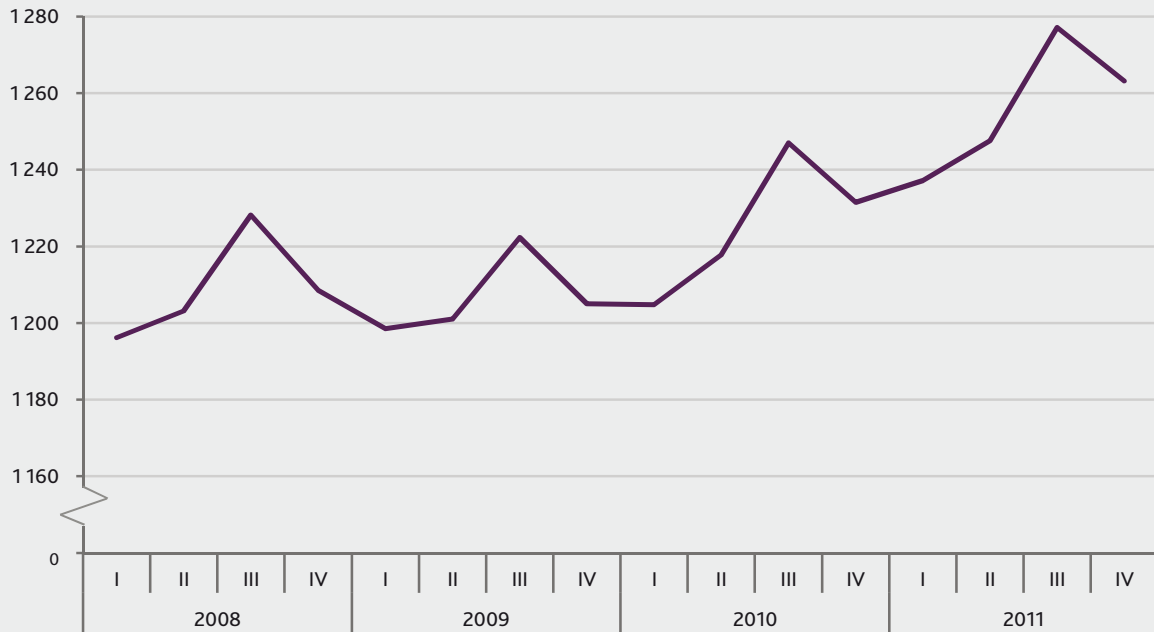
Gemeldete Arbeitsstellen und Kurzarbeiter
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

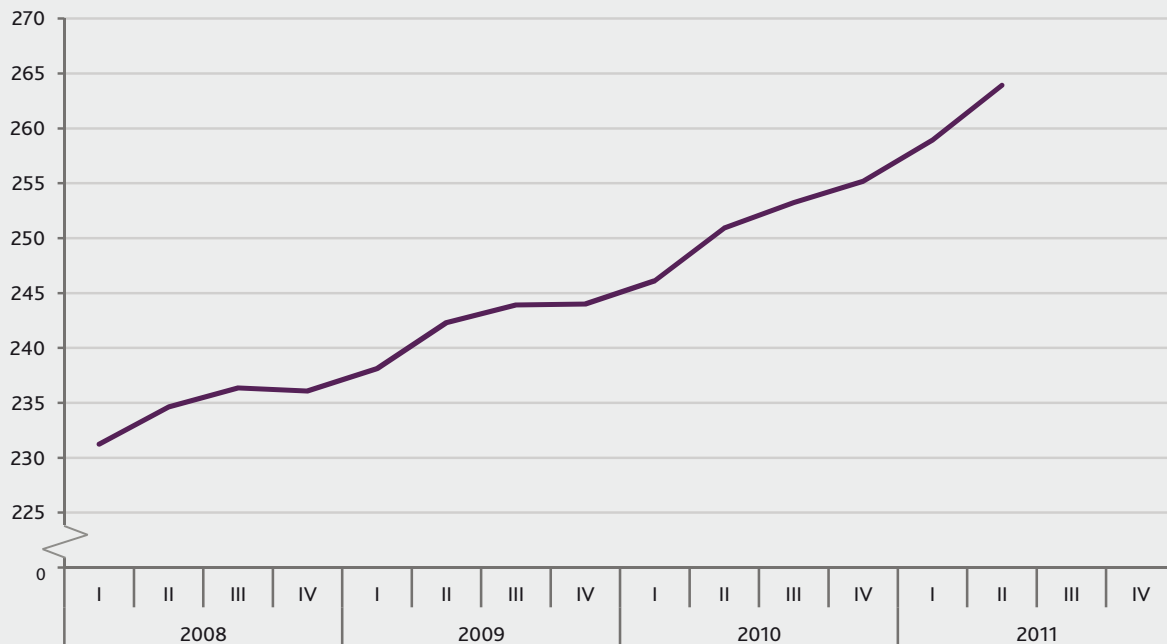
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort
in 1 000

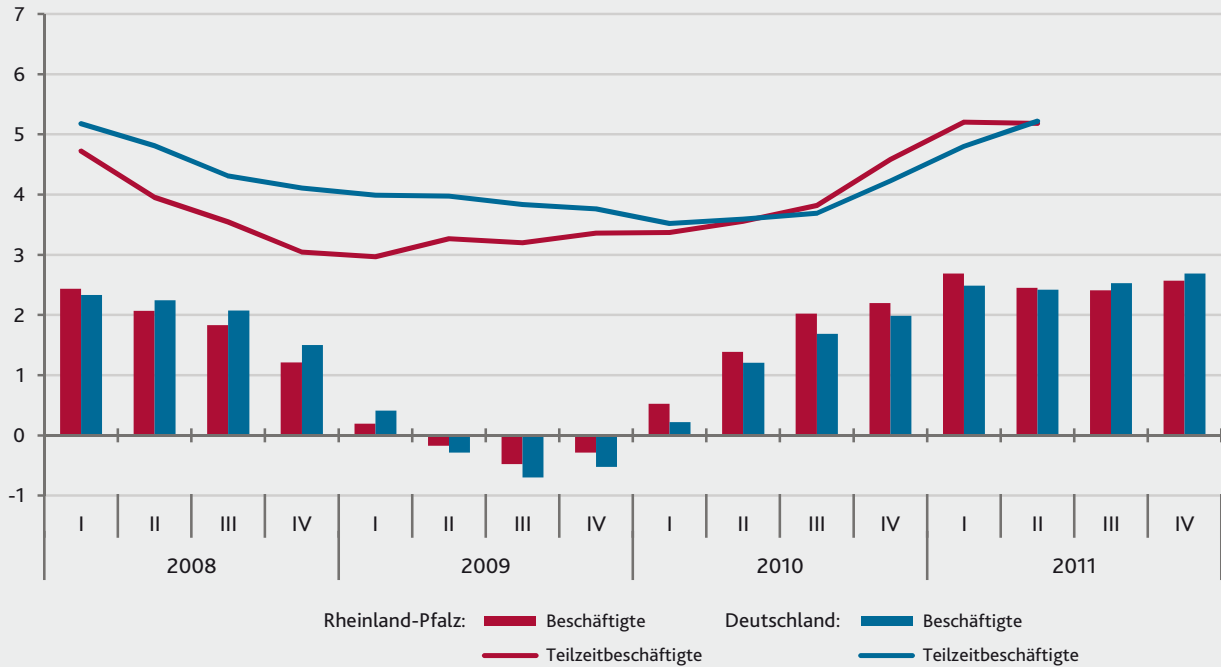


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

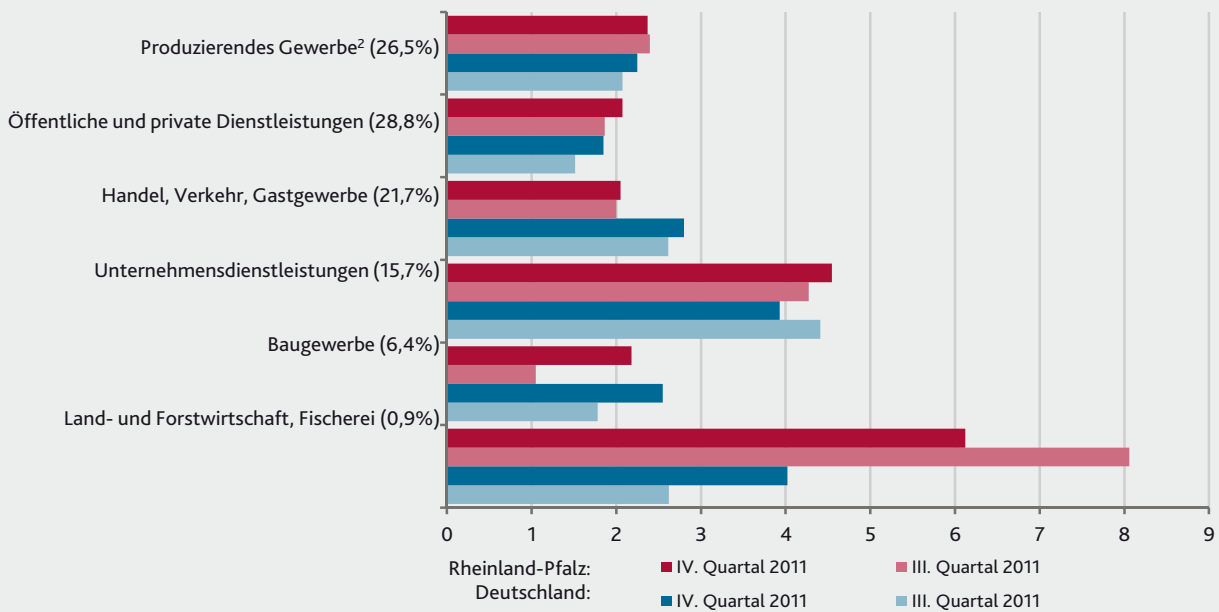


Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Wirtschaftsbereichen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

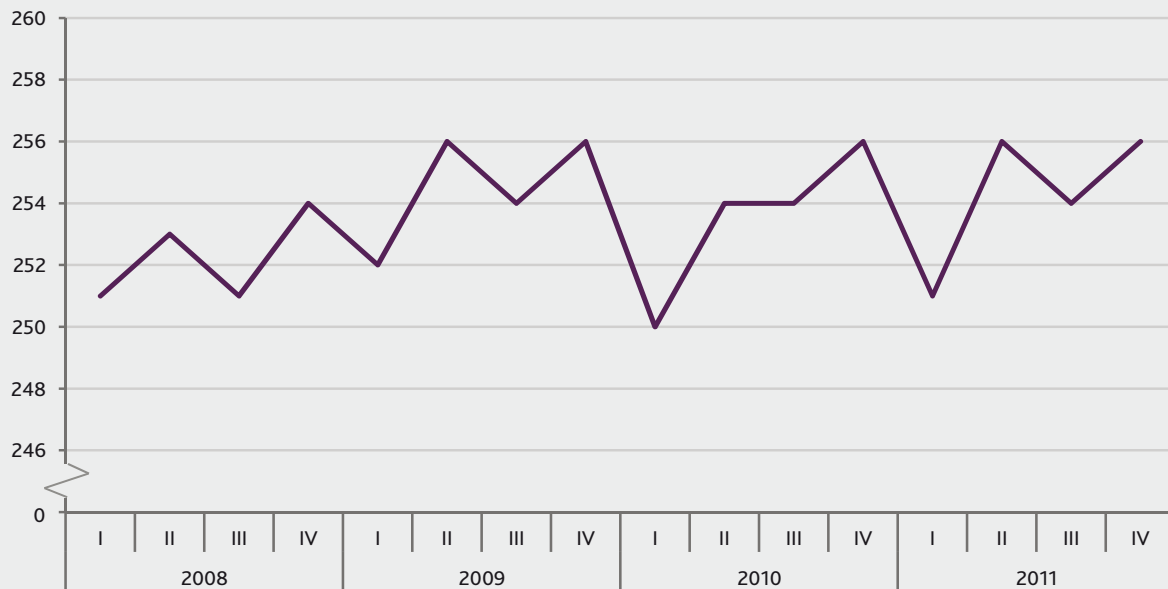
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2011. – ² Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

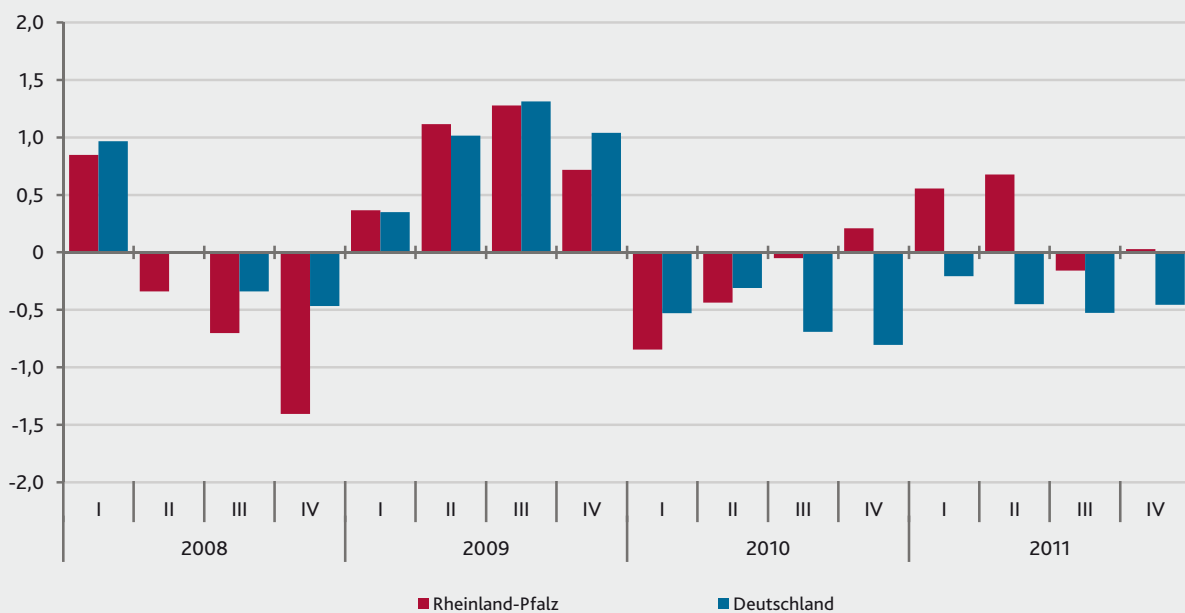
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹ am Arbeitsort
in 1 000



¹ Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

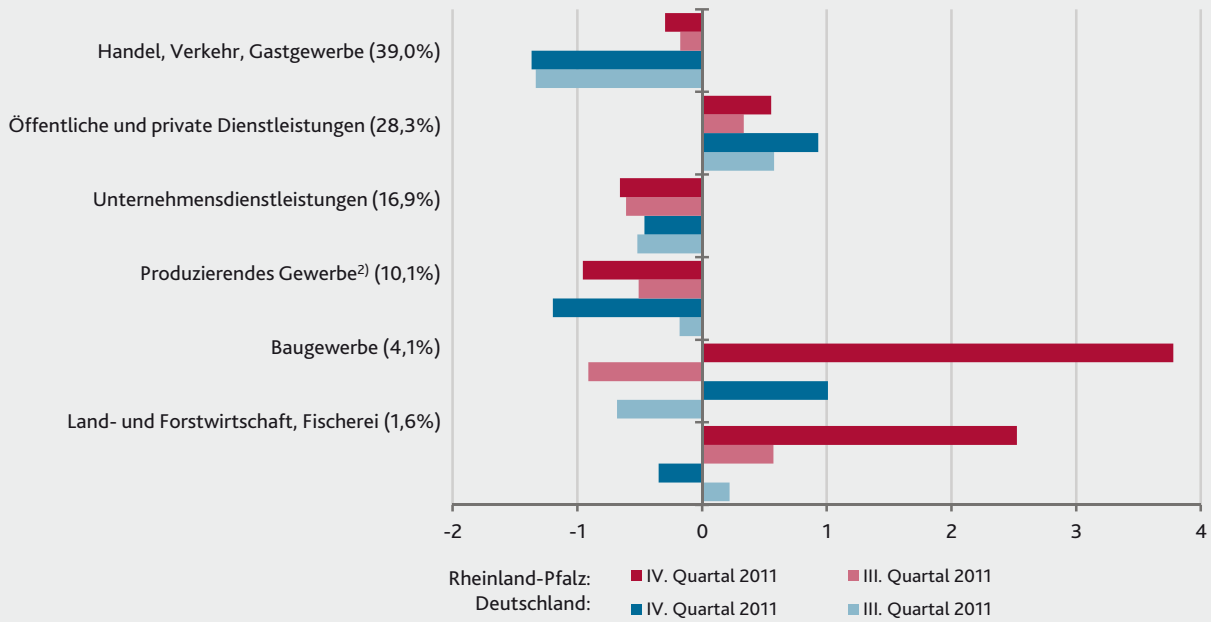
**Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2011. – ² Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 28. September 2012.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz ($= \text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um

Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2005 (d. h. 2005=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Ausbaugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergewerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit

sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neueröffnung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug

in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpachtung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunkturentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktionsindex

Der Produktionsindex für das verarbeitende Gewerbe ist ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Er misst die monatliche Produktionsleistung von rund 1 000 Betrieben des verarbeitenden Gewerbes mit mehr als 50 Beschäftigten. Bei diesen Betrieben wird monatlich die Produktion industrieller Erzeugnisse wertmäßig erhoben. Die Wertangaben werden mit dem Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um Preisentwicklungen bereinigt. Aus

den preisbereinigten Wertangaben werden auf den Monatsdurchschnitt des Jahres 2005 bezogene Messzahlen gebildet. Die Messzahlen werden mit den landesspezifischen Produktionswertanteilen zu Wirtschaftszweigindizes verdichtet.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer zugeordnet, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten mit einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 400 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatz-

steuergesetz umsatzsteuerpflichtigen Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Ferner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des Vermögens des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

20	129 151	130 993	128 093	127 962	127 492
752	134 121	128 093	133 450	128 492	127 492
6 058	126 824	133 450	157 264	152 522	152 522
134 628	134 545	157 264	111 776	110 138	110 138
157 811	157 827	111 776	80 756	77 092	77 092
113 466	113 035	80 756	63 568	61 112	61 112
87 007	84 980	63 568	77 648	77 648	77 648
65 282	64 829	77 648	92 396	92 396	92 396
78 320	78 146	92 396	125 873	125 873	125 873
95 409	94 429	125 873	103 800	103 800	103 800
	125 677	103 800	69 027	69 027	69 027

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung	Einheit	2010	2011			2012				
		Durchschnitt	März	April	Mai	Febr.	März	April	Mai	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 004 ¹	3 999 ¹	4 000	3 999	3 999	3 997	3 997	3 997	3 997
darunter Ausländer ²	1 000	309 ¹	315 ¹	309	310	311	316	317	319	319

Natürliche Bevölkerungsbewegung³

* Eheschließungen ⁴	Anzahl	1 681	1 684	802	1 232	1 967	654	1 021	1 221	2 229
* Lebendgeborene ⁵	Anzahl	2 631	2 590	2 563	2 179	2 611	2 331	2 482	2 407	2 617
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	7,9	7,8	7,5	6,6	7,7	7,3	7,3	7,3	7,7
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶	Anzahl	3 622	3 637	4 001	3 478	3 726	3 792	3 853	3 864	3 736
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,8	10,9	11,8	10,6	11,0	11,9	11,4	11,8	11,0
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁶	Anzahl	8	9	10	5	8	13	12	8	9
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,1	3,4	3,9	2,3	3,1	5,6	4,8	3,3	3,4
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 991	-1 047	-1 438	-1 299	-1 115	-1 461	-1 371	-1 457	-1 119
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 3,0	- 3,1	- 4,2	- 4,0	- 3,3	- 4,6	- 4,0	- 4,4	- 3,3

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 088	8 807	8 426	7 932	8 702	7 281	8 765	9 240	8 476
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 746	3 307	3 248	2 945	3 719	2 844	3 644	3 877	3 409
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 851	8 153	7 831	7 249	7 660	6 855	7 665	7 526	7 249
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 273	2 325	2 277	1 789	2 231	2 131	2 318	2 068	2 229
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	237	654	595	683	1 042	426	1 100	1 714	1 227
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁷	Anzahl	12 576	12 938	13 061	11 846	13 008	11 631	13 132	13 096	12 880

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte ^{8,9}	Einheit	2008	2009	2010		2011				
				30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰	1 000	1 203	1 201	1 218	1 247	1 232	1 237	1 248	1 277	1 263
* Frauen	1 000	540	549	558	571	569	570	571	585	584

1 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 2 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 4 Nach dem Ereignisort. – 5 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 8 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 9 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 10 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit**Beschäftigte^{1,2}**

	Einheit	2008	2009	2010			2011			
				30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.
* Ausländer/-innen	1 000	77	76	78	81	76	79	84	87	82
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	235	242	251	253	255	259	264
* darunter Frauen	1 000	202	208	214	216	218	221	224
davon nach Wirtschaftsbereichen ³										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1.000	10	11	11	11	9	11	12	12	9
* produzierendes Gewerbe	1 000	411	404	402	410	404	407	411	419	414
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	263	264	265	272	268	267	270	278	274
* Erbringung von Unternehmens- dienstleistungen	1 000	185	176	187	192	188	192	195	201	197
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	333	345	353	361	362	362	359	367	369

Arbeitsmarkt⁴

	Einheit	2010	2011			2012				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Arbeitslose	Anzahl	119 933	111 054	111 816	107 866	102 672	109 030	114 009	111 860	106 672
* Frauen	Anzahl	55 198	52 451	54 469	52 726	50 059	52 125	55 273	54 325	51 591
* Männer	Anzahl	64 735	58 603	57 347	55 140	52 613	56 905	58 736	57 535	55 081
* SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁵	Anzahl	46 790	40 987	41 934	39 622	37 042	39 289	44 134	42 551	40 323
* SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁶	Anzahl	73 143	70 067	69 882	68 244	65 630	69 741	69 875	69 309	66 349
* Arbeitslosenquote ⁷	%	5,7	5,3	5,3	5,1	4,9	5,2	5,4	5,3	5,1
* Frauen	%	5,7	5,4	5,6	5,4	5,1	5,3	5,6	5,5	5,2
* Männer	%	5,8	5,2	5,1	4,9	4,7	5,1	5,2	5,1	4,9
* jüngere von 15–25 Jahren	%	5,5	4,8	6,0	5,3	4,8	4,7	6,0	5,5	4,8
* jüngere von 15–20 Jahren	%	3,5	3,1	4,4	4,0	3,5	3,0	4,1	4,0	3,3
* Ältere von 50–65 Jahren	%	6,0	5,8	5,6	5,5	5,3	5,4	5,5	5,5	5,3
* Ältere von 55–65 Jahren	%	6,4	6,3	6,1	6,0	5,8	5,9	6,0	6,0	5,9
* Ausländer/-innen	%	12,6	11,8	11,4	11,3	10,9	11,6	11,8	11,8	11,4
* Deutsche	%	5,2	4,8	4,9	4,7	4,5	4,7	4,9	4,8	4,6
* Kurzarbeiter/-innen ⁸	Anzahl	21 000	5 754	2 399	2 341	3 025
* Gemeldete Arbeitsstellen ⁹	Anzahl	17 048	21 201	22 365	22 626	23 518	23 173	22 537	21 934	21 222

Soziales**Leistungsbezug nach SGB II¹⁰**

* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	242 801	225 426	224 200	222 339	219 116
* darunter Frauen	Anzahl	123 975	115 815	115 489	114 864	113 242
davon										
* erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	172 212	160 240	159 514	157 747	155 334
* nicht erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	70 589	65 186	64 686	64 592	63 782
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	68 100	62 785	62 302	62 208	61 418

1 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 3 Abgrenzung nach WZ 2008. – 4 Quelle: Bundesagentur für Arbeit; unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit unter Arbeitsmarkt im Überblick zu finden. – 5 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 6 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 7 Arbeitslose aller zivilen Erwerbspersonen. – 8 Ab Januar 2009 auf neuer methodischer Grundlage. – 9 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. – 10 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Bautätigkeit**(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für Wohngebäude**

Einheit	2010	2011			2012					
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli		
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	452	552	615	622	586	548	586	599	583
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	426	518	575	593	550	515	540	563	542
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	1	2	2	1	...	1	...	4	4
Unternehmen	Anzahl	50	66	63	15	76	48	63	57	40
private Haushalte	Anzahl	401	484	550	606	510	499	523	538	539
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	662	848	936	858	820	853	984	1 101	862
* Umbauter Raum	1 000 m ³	464	595	666	648	618	615	653	682	629
* Wohnfläche	1 000 m ²	87	112	126	120	112	116	123	129	117
Wohnräume	Anzahl	3 546	4 524	5 153	4 925	4 432	4 515	4 886	5 177	4 586
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	121	156	176	172	163	168	176	182	175

Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	128	135	144	150	150	126	145	125	144
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	17	13	16	14	11	11	17	12	19
Unternehmen	Anzahl	107	116	127	125	135	113	120	102	109
private Haushalte	Anzahl	4	6	1	11	4	2	8	11	16
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	20	35	100	39	19	12	28	22	35
* Umbauter Raum	1 000 m ³	748	977	1 539	883	737	554	1 060	657	1 774
* Nutzfläche	1 000 m ²	104	127	170	125	111	88	133	80	211
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	80	88	116	80	81	75	94	48	121

Genehmigte Wohnungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	780	1 008	1 199	1 009	1 055	922	1 115	1 208	1 013
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	4 145	5 236	6 072	5 812	5 349	4 984	5 528	5 926	5 333

Landwirtschaft

	Einheit	2010	2011			2012				
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	10 541	11 060	11 093	9 948	10 384	10 683	10 604	9 631	10 630
darunter										
* Rinder insgesamt	t	2 291	2 322	2 368	1 954	1 919	2 081	1 821	1 750	1 660
darunter										
* Kälber ²	t	12	12	8	6	7	10	8	4	5
* Jungrinder	t	9	15	25	7	6	9	8	4	4
* Schweine	t	8 198	8 683	8 670	7 946	8 424	8 543	8 738	7 834	8 927
* Eierzeugung ³	1 000	12 188	13 472	14 088	13 668	14 601	13 958	13 857	12 928	15 867

Produzierendes Gewerbe**Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden⁴**

* Betriebe	Anzahl	1 006	996	996	996	995	1 005	1 004	1 004	1 004
* Beschäftigte ⁵	Anzahl	238 784	244 658	243 034	244 119	245 256	247 823	248 222	248 784	250 096
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	30 349	31 436	33 390	29 415	29 255	31 087	31 614	31 206	30 685
* Entgelte	Mill. EUR	853	928	1 163	935	865	966	1 249	985	916
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	6 217	6 918	7 593	6 854	6 721	6 938	7 326	7 359	7 320
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁶	Mill. EUR	3 609	3 888	4 303	3 800	3 856	3 908	4 202	4 147	4 204
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 470	1 778	1 977	1 820	1 703	1 804	1 782	1 950	1 800
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	100	105	110	99	79	93	95	94	83
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 038	1 148	1 204	1 135	1 083	1 135	1 247	1 167	1 233
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 050	2 208	2 419	2 106	2 205	2 293	2 515	2 424	2 500
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	745	912	1 005	889	875	894	877	979	915
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 240	3 658	4 037	3 635	3 541	3 771	4 042	4 121	4 069
Exportquote ⁷	%	52,1	52,9	53,2	53,0	52,7	54,4	55,2	56,0	55,6
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2005=100	95,4	99,7	105,0	94,6	99,7	101,2	107,0	105,7	107,8
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2005=100	91,9	90,2	98,9	88,6	90,3	90,8	93,3	92,5	98,1
Investitionsgüterproduzenten	2005=100	96,7	110,8	112,2	101,0	109,0	114,3	125,6	124,3	119,7

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 4 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 5 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 7 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹

Einheit	2010	2011				2012				
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Gebrauchsgüterproduzenten	2005=100	103,0	111,7	111,0	114,9	90,4	99,3	97,9	113,0	89,0
Verbrauchsgüterproduzenten	2005=100	110,7	106,9	109,3	98,5	118,5	106,2	109,7	101,7	117,3
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2005=100	79,3	75,3	86,5	74,3	77,9	77,7	81,3	77,6	84,4
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2005=100	87,1	100,1	101,7	91,9	109,2	120,3	134,5	137,0	130,4

Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen²

* Betriebe ³	Anzahl	164	168	169	167	168	172	172	172	172
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	9 470	9 495	9 402	9 386	9 420	9 578	9 593	9 621	9 621
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 205	1 193	1 301	1 064	1 057	1 121	1 194	1 171	1 169
* Entgelte ³	Mill. EUR	36	37	36	35	34	44	37	40	36
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ⁵										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	494	419	151	237	425	417	379	403	435
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	480	406	144	225	414	405	367	390	423

Baugewerbe⁶ Bauhauptgewerbe⁷

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	37 497	38 263	38 418	38 809	38 778	37 451	37 367	37 817	37 673
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 512	3 933	4 670	4 029	3 937	3 874	4 174	4 093	4 117
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 326	1 565	1 859	1 631	1 551	1 558	1 730	1 673	1 714
* gewerblicher Bau ⁸	1 000 h	873	934	1 055	988	930	917	978	932	919
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 313	1 434	1 756	1 410	1 456	1 399	1 466	1 488	1 484
darunter Straßenbau	1 000 h	636	717	891	723	756	682	732	724	715
* Entgelte	Mill. EUR	85	90	92	94	92	89	90	92	92

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Leistung ab 1 MW. – 6 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 7 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 8 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe¹**Bauhauptgewerbe²**

Einheit	2010	2011			2012			
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli

* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	356	383	405	395	398	357	363	402	413
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	110	124	137	136	134	139	133	134	149
* gewerblicher Bau ³	Mill. EUR	94	104	100	109	103	95	89	110	100
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	151	155	167	150	161	122	140	158	163
darunter Straßenbau	Mill. EUR	70	77	82	77	81	58	70	77	82

**Ausbaugewerbe
(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)⁴**

Einheit	2010	2011	2010	2011				2012	
	Durchschnitt		IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.

Betriebe ⁵	Anzahl	362	353	361	355	354	352	352	395	395
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁵	Anzahl	13 268	13 485	13 326	13 199	13 367	13 745	13 629	14 704	14 948
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 335	4 448	4 474	4 257	4 446	4 567	4 523	4 769	4 758
* Entgelte	Mill. EUR	94	99	101	92	97	99	107	106	110
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	343	375	439	274	364	387	477	341	459

Handel⁶**Großhandel^{P,7}**

Einheit	2010	2011			2012			
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli

* Beschäftigte	2005=100	118,3	120,7	120,1	120,5	121,1	121,1	120,9	121,0	121,7
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	122,7	128,0	128,0	128,0	129,5	128,9	128,4	129,7	131,7
* Umsatz nominal ⁸	2005=100	113,6	122,3	128,2	123,4	116,5	116,2	124,2	123,2	120,9
* Umsatz real ⁹	2005=100	103,0	107,0	111,2	107,2	101,6	99,9	107,2	106,7	103,9

Einzelhandel^{P,9}

* Beschäftigte	2005=100	105,8	108,7	107,8	109,2	108,6	109,3	109,1	109,1	109,7
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	107,4	111,7	110,6	112,2	112,3	112,6	112,1	112,8	113,5
* Umsatz nominal ⁸	2005=100	110,8	114,9	117,9	112,0	112,1	118,5	119,8	119,8	113,9
* Umsatz real ⁸	2005=100	106,9	109,4	111,5	106,1	107,0	110,0	110,8	110,9	106,4

1 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 2 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 3 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 5 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 6 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 7 Einschließlich Handelsvermittlung. – 8 Ohne Umsatzsteuer. – 9 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel¹**Kfz-Handel^{P, 2}**

	Einheit	2010	2011			2012				
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Beschäftigte	2005=100	105,5	107,3	106,5	105,8	105,4	109,6	108,6	107,1	106,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	127,6	130,4	131,9	128,6	127,3	129,9	131,5	129,7	130,1
* Umsatz nominal ³	2005=100	92,3	97,4	109,7	93,5	92,5	99,1	99,4	94,1	93,8
* Umsatz real ³	2005=100	87,6	91,2	103,1	87,6	86,5	91,7	92,4	87,6	86,9

Gastgewerbe^P

* Beschäftigte	2005=100	105,8	108,9	111,9	115,1	115,3	111,3	112,9	112,7	113,5
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	114,9	119,2	122,0	129,3	129,7	123,2	125,3	125,2	124,8
* Umsatz nominal ³	2005=100	101,6	108,5	118,5	122,3	124,1	107,9	119,8	114,9	116,7
* Umsatz real ³	2005=100	92,6	97,5	106,6	110,1	111,4	95,7	105,6	100,9	103,1

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	640	684	812	924	917	670	860	833	837
* darunter von Auslandsgästen	1 000	156	159	186	213	274	163	195	192	268
* Gästeübernachtungen	1 000	1 714	1 794	2 016	2 439	2 603	1 740	2 198	2 124	2 413
* darunter von Auslandsgästen	1 000	449	448	507	588	881	408	539	518	849

Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

	Einheit	2010	2011			2012				
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 886	1 931	1 993	2 224	2 058	1 734	1 760	2 118	1 971
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 229	1 318	1 455	1 646	1 440	1 214	1 204	1 526	1 374
* Getötete Personen	Anzahl	17	16	18	15	17	12	13	27	21
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	8	8	5	7	7	6	8	10	8
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	5	4	9	5	4	4	3	9	8
Radfahrer	Anzahl	1	1	1	2	3	-	1	3	3
Fußgänger	Anzahl	1	2	2	1	1	-	1	1	1
* Verletzte Personen	Anzahl	1 599	1 709	1 912	2 076	1 839	1 603	1 571	1 986	1 749

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab neun Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). Ab Januar 2012 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwere-wiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

	Einheit	2010	2011			2012				
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
schwer verletzte Personen	Anzahl	290	320	394	426	411	267	292	428	334
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	130	147	164	168	154	116	143	159	131
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	73	75	116	110	129	64	60	144	109
Radfahrer	Anzahl	43	50	72	97	74	44	55	76	64
Fußgänger	Anzahl	31	34	31	31	38	32	22	37	20

Kraftfahrzeuge¹

	Einheit	2010	2011			2012				
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Zulassungen fabrikneuer										
Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 933	12 789	14 728	13 807	12 734	12 756	13 741	14 736	11 994
darunter										
Krafträder	Anzahl	609	608	1 032	787	759	1 021	950	779	724
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	10 154	10 699	12 003	11 558	10 547	10 325	11 341	12 155	9 933
* Lastkraftwagen	Anzahl	833	1 003	1 116	1 004	926	907	989	1 033	974
Zugmaschinen	Anzahl	274	403	490	396	455	429	384	340	306

Personenbeförderung

	Einheit	2010	2011	2010	2011			2012		
		Durchschnitt	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	
Beförderte Personen										
im Linienverkehr	1 000	53 245	54 787	55 011	58 167	55 244	49 859	55 876	56 012	...
Personenkilometer ³	Mill.	530	537	589	543	534	478	594	528	...

Binnenschifffahrt

	Einheit	2010	2011			2012				
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Gütereingang	1 000 t	1 153	1 064	1 007	1 055	1 148	1 097	1 025	1 061	1 080
* Güterversand	1 000 t	930	778	802	753	813	880	763	840	829

Außenhandel⁴**Ausfuhr (Spezialhandel)⁵**

* Insgesamt	Mill. EUR	3 369	3 743	3 632	4 081	3 931	4 023	3 842	4 074	4 086
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	282	292	280	325	290	284	277	295	305
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 052	3 400	3 306	3 709	3 584	3 650	3 466	3 639	3 641

1 Quelle: Kaffahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹Ausfuhr (Spezialhandel)²

Einheit	2010	2011			2012					
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni		
* Rohstoffe	Mill. EUR	23	23	25	23	27	23	25	23	24
* Halbwaren	Mill. EUR	152	166	166	177	171	181	185	171	163
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 877	3 210	3 115	3 509	3 386	3 445	3 256	3 446	3 455
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	912	921	901	1 039	1 013	1 007	903	987	969
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 965	2 290	2 215	2 470	2 373	2 438	2 353	2 459	2 485
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 328	2 616	2 583	2 869	2 729	2 730	2 639	2 788	2 777
* darunter in EU-Länder ³	Mill. EUR	2 023	2 237	2 222	2 414	2 343	2 293	2 194	2 332	2 384
Belgien	Mill. EUR	172	184	173	210	173	193	200	189	185
Luxemburg	Mill. EUR	52	58	62	60	64	68	59	67	64
Dänemark	Mill. EUR	34	36	35	33	36	37	35	41	43
Finnland	Mill. EUR	25	29	30	32	30	34	36	33	31
Frankreich	Mill. EUR	370	429	437	462	446	462	407	422	445
Griechenland	Mill. EUR	30	29	30	25	39	21	32	50	36
Großbritannien	Mill. EUR	201	218	201	218	208	209	188	214	232
Irland	Mill. EUR	9	9	9	9	10	11	11	11	10
Italien	Mill. EUR	247	251	271	286	280	240	233	263	247
Niederlande	Mill. EUR	205	222	222	249	235	213	220	225	234
Österreich	Mill. EUR	136	151	155	159	159	150	152	161	165
Schweden	Mill. EUR	58	66	67	72	75	78	72	76	74
Spanien	Mill. EUR	171	183	174	201	174	178	173	191	187
Portugal	Mill. EUR	20	22	21	24	23	20	18	23	22
* Afrika	Mill. EUR	82	90	79	101	94	110	91	100	97
* Amerika	Mill. EUR	452	458	407	474	557	561	530	554	502
darunter nach USA	Mill. EUR	289	278	241	264	360	384	327	367	310
* Asien	Mill. EUR	474	538	526	597	512	580	537	585	656
darunter nach China	Mill. EUR	118	150	170	176	158	154	169	162	186
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	31	40	37	40	39	41	46	48	53

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	2 257	2 615	2 394	2 928	2 553	2 882	2 612	2 729	2 710
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	216	241	248	252	229	286	253	273	282
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	1 969	2 250	2 058	2 373	2 199	2 448	2 198	2 251	2 200
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	91	125	50	210	55	62	109	108	109
* Halbwaren	Mill. EUR	293	312	308	302	310	364	306	313	323
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 585	1 812	1 700	1 860	1 833	2 022	1 782	1 829	1 767

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27).

noch: Außenhandel¹**Einfuhr (Generalhandel)²**

Einheit	2010	2011				2012				
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni		
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	472	512	486	541	564	552	502	551	488
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 113	1 300	1 214	1 319	1 270	1 470	1 281	1 278	1 280
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 657	1 892	1 782	1 985	1 904	2 100	1 929	2 037	1 990
* darunter aus EU-Ländern ³	Mill. EUR	1 398	1 595	1 597	1 623	1 667	1 826	1 614	1 684	1 696
Belgien	Mill. EUR	240	274	268	283	294	318	293	296	315
Luxemburg	Mill. EUR	36	44	48	42	47	46	48	41	45
Dänemark	Mill. EUR	24	14	13	16	11	19	17	19	19
Finnland	Mill. EUR	11	12	9	20	17	12	12	9	12
Frankreich	Mill. EUR	225	254	267	256	261	285	250	225	256
Griechenland	Mill. EUR	8	8	9	8	7	9	7	7	6
Großbritannien	Mill. EUR	74	83	98	74	93	91	78	91	97
Irland	Mill. EUR	11	12	11	10	14	16	13	14	12
Italien	Mill. EUR	134	158	165	160	163	167	157	172	164
Niederlande	Mill. EUR	228	262	269	267	287	273	252	262	254
Österreich	Mill. EUR	81	88	80	95	91	113	88	100	95
Schweden	Mill. EUR	27	26	24	26	26	39	30	35	36
Spanien	Mill. EUR	82	97	90	99	93	115	94	113	106
Portugal	Mill. EUR	14	16	14	19	16	17	17	22	17
* Afrika	Mill. EUR	39	52	46	57	31	49	42	46	37
* Amerika	Mill. EUR	229	267	224	474	240	321	264	297	298
darunter aus USA	Mill. EUR	149	181	142	371	162	229	183	198	198
* Asien	Mill. EUR	327	399	336	405	375	407	369	342	378
darunter aus China	Mill. EUR	150	162	137	168	149	142	136	158	152
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	4	5	6	6	4	4	7	7	8

Gewerbeanzeigen⁴

Einheit	2010	2011				2012				
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli		
* Gewerbebeanmeldungen	Anzahl	3 434	3 272	3 522	3 064	3 171	3 027	2 903	3 037	3 128
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	496	553	627	497	500	512	451	517	527
sonstige Neugründungen	Anzahl	2 415	2 168	2 364	1 994	2 148	1 980	1 971	2 007	2 017
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 934	3 230	3 066	2 932	3 175	2 894	2 869	2 741	3 032
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	455	459	409	356	451	442	439	410	469
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 969	2 238	2 201	2 056	2 236	1 918	1 949	1 865	2 050

¹ Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – ² Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – ³ Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27). – ⁴ Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2010	2011			2012				
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Insgesamt	Anzahl	670	611	655	631	538	549	679	624	601
davon										
* Unternehmen	Anzahl	113	102	112	123	102	104	98	122	94
* Verbraucher	Anzahl	420	387	412	387	338	366	469	377	373
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	116	102	106	101	79	60	96	104	108
* sonstige natürliche Personen, ¹										
Nachlässe	Anzahl	21	20	25	20	19	19	16	21	26
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	151	93	75	148	76	68	79	264	79

Handwerk²

	Einheit	2010	2011	2011				2012		
		Durchschnitt	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	
* Beschäftigte ³	2009=100 ⁴	98,4	99,0	98,6	98,0	98,5	101,4	99,3	98,8	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2009=100 ⁶	97,7	104,0	113,7	84,6	104,6	107,5	118,9	85,3	...

Preise

	Einheit	2010	2011			2012				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005=100	107,4	109,9	110,2	110,2	110,2	111,9	112,4	112,7	112,7
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2005=100	104,6	105,7	105,8	105,9	106,0	106,7	106,7	106,8	106,8

Verdienste⁷

	Einheit	2010	2011	2011				2012		
		Durchschnitt	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	
* Bruttomonatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 494	3 593	3 242	3 243	3 285	3 288	3 312
* Frauen	EUR	3 002	3 077	2 805	2 822	2 843	2 846	2 864
* Männer	EUR	3 686	3 798	3 414	3 410	3 460	3 463	3 490
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	6 039	6 228	5 493	5 444	5 535	5 550	5 591
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	3 971	4 075	3 714	3 700	3 762	3 769	3 796
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	3 057	3 153	2 845	2 839	2 889	2 898	2 911
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 502	2 579	2 360	2 358	2 398	2 409	2 411
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	1 867	1 926	1 813	1 809	1 829	1 836	1 854

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung (ab 01.01.2004); die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die entsprechenden Ergebnisse des Vorjahres wurden umgerechnet. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernete Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

	Einheit	2010	2011	2010	2011				2012	
		Durchschnitt		IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.
* Produzierendes Gewerbe	EUR	3 689	3 842	3 359	3 353	3 430	3 435	3 449
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 425	3 542	3 214	3 220	3 230	3 306	3 289
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	3 777	3 943	3 421	3 424	3 492	3 491	3 508
* Energieversorgung	EUR	5 134	5 173	4 404	4 372	4 389	4 487	4 477
* Wasserversorgung ²	EUR	2 912	2 987	2 689	2 751	2 772	2 803	2 822
* Baugewerbe	EUR	3 001	3 090	2 881	2 815	2 961	2 987	2 981
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 354	3 412	3 159	3 164	3 180	3 181	3 211
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 256	3 300	2 981	2 956	2 983	3 001	3 038
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 835	2 888	2 646	2 643	2 678	2 679	2 707
* Gastgewerbe	EUR	2 044	2 058	1 987	2 004	2 009	2 002	2 004
* Information und Kommunikation	EUR	4 686	4 847	4 289	4 197	4 380	4 314	4 359
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	(4 528)	4 598	3 913	3 936	3 962	3 971	3 997
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	3 768	3 772	3 585	3 474	3 491	3 600	3 577
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	3 903	4 022	3 596	3 603	3 658	3 652	3 672
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	(1 902)	1 940	1 856	1 866	1 868	1 864	1 902
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 260	3 338	3 174	3 188	3 194	3 204	3 219
* Erziehung und Unterricht	EUR	3 991	4 040	3 926	3 887	3 904	3 919	3 946
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 480	3 567	3 285	3 287	3 324	3 369	3 381
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	(3 371)	3 374	3 155	3 173	3 167	3 205	3 228
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	2 802	2 828	2 650	2 668	2 657	2 640	2 682

Geld und Kredit³

	Einheit	2009	2010		2011				2012	
		Durchschnitt	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	112 943	116 827	117 256	116 241	117 085	118 290	117 670	117 908	119 731
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	11 791	12 434	12 690	12 507	12 777	12 221	11 737	12 113	12 169

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die entsprechenden Ergebnisse des Vorjahres wurden umgerechnet. – 2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit¹

Einheit	2009	2010		2011			2012	
	Durchschnitt	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	11 679	13 693	14 007	14 092	14 368	15 191	14 919	15 322	15 413
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	89 473	90 701	90 559	89 642	89 940	90 878	91 014	90 473	92 149
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	103 636	106 680	107 548	106 664	107 629	107 811	107 259	108 841	110 912
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	95 570	97 386	97 495	96 721	97 134	97 515	97 203	98 754	100 226
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	8 066	9 294	10 053	9 943	10 495	10 296	10 056	10 087	10 686
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	9 307	10 147	9 708	9 577	9 456	10 479	10 411	9 067	8 819

Einlagen und aufgenommene**Kredite von Nichtbanken**

Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	103 669	109 118	110 845	110 049	111 255	111 545	112 585	111 755	111 769
Sichteinlagen	Mill. EUR	34 674	41 764	43 584	43 233	43 891	43 853	44 412	44 477	45 313
Termineinlagen	Mill. EUR	34 510	31 010	30 389	29 690	30 015	30 419	30 667	29 818	29 377
Sparbriefe	Mill. EUR	8 091	7 040	7 098	7 252	7 628	7 825	7 981	7 962	7 870
Spareinlagen	Mill. EUR	26 394	29 304	29 774	29 874	29 721	29 448	29 525	29 498	29 209
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	101 502	106 608	108 404	107 672	108 995	109 181	110 083	109 246	109 216
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	99 326	104 341	105 624	105 248	106 430	107 057	107 012	106 764	106 499
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 176	2 267	2 780	2 424	2 565	2 124	3 071	2 482	2 717
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 167	2 510	2 441	2 377	2 260	2 364	2 502	2 509	2 553

Steuern

Einheit	2010	2011			2012			
	Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	3 103	3 398	3 837	2 964	3 318	3 578	4 126	3 189	3 638
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	923	1 002	1 359	577	943	1 254	1 684	742	1 073
Lohnsteuer	Mill. EUR	647	699	637	568	941	993	671	599	985
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	133	136	-	-	432	413	-	-	446
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	119	130	396	- 52	- 28	- 13	403	- 16	- 32
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	63	73	54	40	20	177	317	142	26

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

Einheit	2010	2011			2012			
	Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.

Gemeinschaftsteuern

Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	34	30	4	15	44	110	7	17	47
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	15	13	-	6	28	102	-	7	33
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	60	69	268	7	- 33	- 13	287	1	46
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	- 2	- 7	-	-	- 39	- 1	-	-	9
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 180	2 397	2 478	2 387	2 374	2 325	2 442	2 447	2 566
Umsatzsteuer	Mill. EUR	443	441	371	496	461	476	404	459	493
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 737	1 956	2 108	1 891	1 913	1 848	2 038	1 988	2 072

Zölle	Mill. EUR	181	205	206	204	215	170	186	192	214
--------------	-----------	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----	-----

Bundessteuern¹	Mill. EUR	114	109	133	90	89	101	126	106	90
----------------------------------	-----------	-----	-----	-----	----	----	-----	-----	-----	----

darunter

Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	28	27	22	26	26	27	15	32	27
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	38	38	39	36	38	43	35	42	36
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	40	44	72	28	25	31	76	32	27

Landessteuern	Mill. EUR	45	43	52	60	54	55	52	59	60
----------------------	-----------	----	----	----	----	----	----	----	----	----

Erbschaftsteuer	Mill. EUR	12	7	16	26	15	11	11	19	19
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	17	20	19	18	23	28	25	26	26
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	12	12	11	11	12	12	11	10	11
Feuerschutzsteuer ¹	Mill. EUR	1	2	3	1	1	1	1	1	1
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	4	3	3	3	4	3	3

Einheit	2010	2011	2010	2011				2012	
	Durchschnitt		IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.

Gemeindesteuern	Mill. EUR	490	541	556	501	541	528	595	521	711
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	4	4	5	6	4	4	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	111	116	101	105	115	135	107	113	122
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	366	412	444	383	411	376	476	394	572
sonstige Gemeindesteuern ²	Mill. EUR	9	9	7	8	9	10	9	9	13

¹ Die Versicherungsteuer und die Feuerschutzsteuer werden ab dem 01.07.2010 nicht mehr von den Finanzämtern der Länder, sondern vom Bundeszentralamt für Steuern in Bonn verwaltet. Daher wird die Versicherungsteuer nicht mehr und von der Feuerschutzsteuer nur noch der Zerlegungsanteil nachgewiesen. – ² Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern**Steuerverteilung****Steuereinnahmen der****Gemeinden und Gemeindeverbände**

Einheit	2010	2011	2010		2011				2012	
	Durchschnitt		III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	
Mill. EUR	762	824	686	1 035	557	798	819	1 121	543	
Gewerbesteuer (netto) ¹	Mill. EUR	299	334	222	332	352	336	298	352	369
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	298	320	284	525	77	300	329	576	45
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	39	40	35	66	12	33	41	75	2

Einheit	2010	2011				2012				
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni		
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	698	738	564	1 009	994	864	640	836	1 211
Landessteuern	Mill. EUR	45	43	44	45	52	56	59	55	52
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	335	370	206	609	537	460	241	440	702
Lohnsteuer	Mill. EUR	213	236	155	307	214	158	173	318	228
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	50	55	12	- 8	168	153	19	- 6	171
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	26	31	16	267	19	6	10	87	156
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	15	13	5	30	2	4	5	48	3
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	30	35	18	12	134	140	34	- 7	143
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	301	304	260	351	405	347	283	341	457
Umsatzsteuer	Mill. EUR	221	211	186	242	320	243	190	229	353
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	80	92	73	109	85	104	93	112	105
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	4	6	14	1	0	0	15	0	0
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	6	0	0	0	5	0	-
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	9	11	29	2	0	0	30	0	-
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	2	2	6	0	0	0	6	0	-
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 643	1 808	1 618	2 084	2 034	1 858	1 644	1 855	2 163
Bundessteuern	Mill. EUR	114	109	99	120	133	127	106	101	126
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	401	436	265	712	601	519	300	546	761
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 124	1 257	1 240	1 251	1 300	1 212	1 223	1 208	1 276
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	4	6	14	1	0	0	15	0	- 0

¹ Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im September 2012

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerungsvorgänge im 1. Vierteljahr 2012
Kennziffer: A1013 201241

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Wachstumstand und Ernte von Feldfrüchten
und Grünland im September 2012
Kennziffer: C2013 201202

Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland –
Getreide- und Winterernte 2012
(vorläufiges Ergebnis)
Kennziffer: C2023 201200

Wachstumstand der Reben im August 2012
Kennziffer: C2063 201202

Schlachtungen, Legehennenhaltung und Eierzeugung
im 2. Vierteljahr 2012
Kennziffer: C 3053 201242

Wirtschaftsdüngerausbringung 2010
und Proteineinsatz in der Schweinemast 2011
Kennziffer: C3103 201101

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und
Gewinnung von Steinen und Erden im Juli 2012 –
Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe
mit 50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201207

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende
Gewerbe im Juli 2012
Kennziffer: E1033 201207

Bauhauptgewerbe im Juli 2012 –
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Kennziffer: E2023 201207

Ausbaugewerbe im 2. Vierteljahr 2012 – Bauinstallation
und sonstiges Baugewerbe (Ergebnisse der viertel-
jährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe bei Betrieben
von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)
Kennziffer: E3023 201242

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke
der allgemeinen Versorgung im Juni 2012
Kennziffer: E4023 201206

Beschäftigte und Umsatz im Handwerk
im 2. Vierteljahr 2012
Kennziffer: E5023 201242

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Juli 2012
Kennziffer: F2033 201207

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel
und im Gastgewerbe im Juli 2012
Kennziffer: G1023 201207

Aus- und Einfuhr im Juni 2012
Kennziffer: G3023 201206

Gäste und Übernachtungen im Tourismus im Juli 2012
Kennziffer: G4023 201207

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Juni 2012
Kennziffer: H1023 201206

Binnenschifffahrt im Juni 2012
Kennziffer: H2023 201206

Sozialleistungen

Ausbildungsförderung 2011
Kennziffer: B3063 201100

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz
und in Deutschland im August 2012
Kennziffer: M1013 201208

Umwelt

Öffentliche Klärschlamm Entsorgung 2011
Kennziffer: Q1063 201100

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe September 2012
Kennziffer: Z2201 201209

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Siemens

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Fotos: © pressmaster - Fotolia.com und Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte